



# Plenarprotokoll

## 57. Sitzung

Donnerstag, 28. März 2019

<b>Bericht zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie</b> .....	4326	Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	4336
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1191		<b>Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein bedarfsgerecht sicherstellen ...</b>	4336
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	4326	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1362 (neu)	
Heiner Rickers [CDU].....	4328	<b>Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege verbessern</b> .....	4336
Sandra Redmann [SPD].....	4329	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1384	
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4331	Birte Pauls [SPD].....	4336
Dennys Bornhöft [FDP].....	4332	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	4338
Volker Schnurrbusch [AfD].....	4334		
Flemming Meyer [SSW].....	4335		

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4339	Dennys Bornhöft [FDP].....	4359
Dennys Bornhöft [FDP].....	4340	Volker Schnurrbusch [AfD].....	4361
Claus Schaffer [AfD].....	4342	Flemming Meyer [SSW].....	4362
Flemming Meyer [SSW].....	4343	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	4363
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	4343	Beschluss: 1. Alternativantrag Druck- sache 19/1383 hat durch die Mit- antragstellung zum Antrag Druck- sache 19/1341 (neu) seine Erledi- gung gefunden	
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/1362 (neu) und des Alternativantrags Drucksache 19/1384 an den Sozialausschuss....	4346	2. Annahme des Antrags Drucksache 19/1341 (neu).....	4364
<b>Bericht zum Branchencheck Pfle- gekräfte</b> .....	4346	<b>Gemeinsame Beratung</b>	
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1287		<b>a) Klimaschutz durch Innovation - Reallabore für Schleswig-Hol- stein</b> .....	4364
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	4346	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1375	
Claus Schaffer [AfD].....	4348	<b>b) Klimaschutz fördern, Men- schenrechte wahren</b> .....	4364
Katja Rathje-Hoffmann [CDU]....	4349	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1129	
Birte Pauls [SPD].....	4350	Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschus- ses Drucksache 19/1346	
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4352	Oliver Kumbartzky [FDP], Be- richterstatter.....	4364
Dennys Bornhöft [FDP].....	4354	Andreas Hein [CDU].....	4364
Flemming Meyer [SSW].....	4355	Thomas Hölck [SPD].....	4365
Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landes- regierung erledigt.....	4356	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4367
<b>Plastik- und Verpackungsmüll in Schleswig-Holstein deutlich redu- zieren</b> .....	4356	Oliver Kumbartzky [FDP].....	4368
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1341 (neu)		Jörg Nobis [AfD].....	4369
<b>Plastik- und Verpackungsmüll in der Landesverwaltung vermeiden ..</b>	4356	Flemming Meyer [SSW].....	4371
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1383		Volker Schnurrbusch [AfD].....	4372
Stefan Weber [SPD].....	4356	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	4373
Heiner Rickers [CDU].....	4357		
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	4358		

Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 19/1375		Beschluss: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.....	4391
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/1129 in der Fas- sung der Drucksache 19/1346.....	4374	Beschluss: Der Berichts Antrag Druck- sache 19/1172 hat durch die Be- richterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden....	4391
<b>Den Bau der S 4 (Ost) von Ham- burg nach Bad Oldesloe nicht ver- zögern</b> .....	4374	<b>Gebührenfreie Meisterinnenprü- fung und Meisterprüfung garantie- ren</b> .....	4391
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1367		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1366	
<b>Planung und Ausbau der S 4 (Ost) wird wie geplant vorangetrieben</b> ....	4374	Thomas Hölck [SPD].....	4391
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Peer Knöfler [CDU].....	4393
Drucksache 19/1385 (neu)		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4394
Kai Vogel [SPD].....	4374	Kay Richert [FDP].....	4395
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4376	Volker Schnurrbusch [AfD].....	4396
Lukas Kilian [CDU].....	4377	Flemming Meyer [SSW].....	4397
Kay Richert [FDP].....	4379	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	4398
Volker Schnurrbusch [AfD].....	4380	Beschluss: Ablehnung.....	4399
Flemming Meyer [SSW].....	4380		
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	4381		
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1367			
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/1385 (neu).....	4382		
<b>Bericht zum Status des Onlinezu- gangsgesetzes</b> .....	4383		
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP			
Drucksache 19/1172			
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	4383		
Lukas Kilian [CDU].....	4384		
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	4385		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4387		
Stephan Holowaty [FDP].....	4388		
Claus Schaffer [AfD].....	4389		
Lars Harms [SSW].....	4390		

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Daniel Günther, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

\* \* \* \*

**Beginn: 10:04 Uhr****Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Erkrankt sind die Abgeordneten Regina Poersch, Dr. Marret Bohn, Barbara Ostmeier und Peter Lehner. - Wir wünschen gute Besserung!

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen sind von der Landesregierung beurlaubt Ministerin Dr. Sütterlin-Waack und Ministerin Heinold.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Abgeordneten Kerstin Metzner herzlich zum heutigen Geburtstag gratulieren. - Alles Gute für das neue Lebensjahr!

(Beifall)

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schüler und Schülerinnen der Elbschule Glückstadt und der Gemeinschaftsschule Mölln. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

**Bericht zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1191

Ich erteile das Wort dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union ist vor rund 18 Jahren in Kraft getreten und hat ambitionierte Ziele. In allen Gewässern soll ein guter chemischer und ein guter ökologischer Zustand erreicht werden. Zurzeit befinden wir uns im zweiten Bewirtschaftungszeitraum, der sich über sechs Jahre von 2016 bis 2021 erstreckt, und unseren Gewässern geht es - wie den meisten Gewässern in Deutschland - im Lichte dieser unzweifelhaft hohen Ziele nicht gut.

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

Zu Beginn dieses zweiten Bewirtschaftungszeitraums haben nur 6 % der Fließgewässer, 16 % der Seen und kein Küstengewässer das vorgegebene Ziel erreicht. Beim Grundwasser ist der mengenmäßige Zustand überall gut, der gute chemische Zustand wird hingegen nur von knapp der Hälfte der Grundwasserkörper erreicht. Wir sind also insgesamt noch weit von der flächendeckenden Zielerreichung entfernt und müssen weitere Anstrengungen unternehmen und Maßnahmen zur Verbesserung umsetzen. Unsere Schwerpunkte der Maßnahmenplanung liegen bei der Verbesserung der Gewässerstruktur, der Verbesserung der Durchgängigkeit für Fische sowie der Reduktion der Belastung durch Nähr- und Schadstoffe.

Meine Damen und Herren, seit Inkrafttreten der Wasserrahmenrichtlinie haben wir im Land sehr viel angestoßen, bereits eine Menge umgesetzt und viel Geld investiert. Im Zeitraum 2016 bis 2018 haben wir investiert: an den Fließgewässern und Seen rund 20 Millionen €, für den Schutz des Grundwassers knapp 7 Millionen € und rund 38 Millionen € für Agrar-, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Trotzdem konnten von den geplanten Maßnahmen des zweiten Bewirtschaftungsplans bis Ende 2018 erst ein Drittel tatsächlich begonnen werden. Das bedeutet, wir sind nicht so weit wie geplant. Für die Verzögerung gibt es unterschiedliche Ursachen. Da ist zum Beispiel auf der einen Seite fehlender Flächenzugang zu nennen. Das ist ein zentrales Problem, mit dem wir zu kämpfen haben. Wir haben auch fehlende Akzeptanz. Auch daran müssen wir arbeiten. Wir haben fehlende Maßnahmenträger, die bereit sind, diese Maßnahmen umzusetzen, und wir haben vor allen Dingen fehlende Fachkräfte. All das sind Herausforderungen, denen wir uns bei unseren Planungen in Zukunft stärker stellen müssen, um sie zu meistern.

Bei den Maßnahmen selbst unterscheiden wir auf der einen Seite solche, mit denen unmittelbar an den Gewässern durch Baumaßnahmen Verbesserungen erreicht werden, so ist zum Beispiel das Einzugsgebiet der Schwentine von der Mündung in die Ostsee bis in fast alle Nebengewässer wieder für Fische wie die Meerforelle durchgängig, und ordnungsrechtliche Maßnahmen auf der anderen Seite wie die Novellierung der Düngeverordnung in 2017 und den Erlass der Landesdüngverordnung Schleswig-Holstein 2018 sowie die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Pflanzenschutz.

Darüber hinaus setzen wir landesweit auf ergänzende Maßnahmen wie zum Beispiel die Allianz für den Gewässerschutz, eine Maßnahme, die durchaus erfolgreich gewesen ist, und die Beratung der Landwirtschaft für den Gewässerschutz. Das ist tatsächlich ein zentraler Punkt, denn viele Landwirtinnen und Landwirte wollen und könnten auch deutlich schonender mit den Gewässern und ihrem Land wirtschaften, aber sie brauchen dazu Know-how, Beratung und Technikwissen. Das müssen wir ihnen vermitteln. An der Stelle müssen wir mehr tun.

Weiter zu nennen ist die Gewässerrandstreifenkampagne, eine hier im Land immer erfolgreichere Maßnahme, bei der auch immer mehr Landbesitzerinnen und Landbesitzer und eben auch Landwirtinnen und Landwirte mitmachen. Daran müssen wir anknüpfen, diese müssen wir ausbauen.

Zu nennen sind auch das Auenprogramm Schleswig-Holstein und die Beratung zur schonenden Gewässerunterhaltung. Das sind Maßnahmen, die wir hier im Land ergriffen haben und die im bundesweiten Vergleich durchaus vorbildlich sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Bundesweit schauen derzeit viele Länder auf uns, das merke ich, weil es hier zumindest gelingt, gemeinsam solche Maßnahmen auf den Weg zu bringen und gemeinsam viele wirklich ambitionierte Ziele in Angriff zu nehmen und davor nicht zurückzuschrecken oder sich auseinanderzuidividieren, und weil es hier nicht darum geht, einfach nur Regeln aufzustellen, die am Ende nicht richtig umgesetzt werden und doch nicht ausreichen, um das Ziel der EU-Vorgaben zu erreichen, wie wir das auch derzeit auf Bundesebene sehen.

Mit diesen kooperativen Maßnahmen, die wir hier im Land ergriffen haben, haben wir gute Erfahrungen gemacht, weil sie dazu führen, dass Bewirtschaftungs- und Handlungsweisen verändert werden und somit ein großer Beitrag zur Zielerreichung geleistet werden kann. Für ausführliche Informationen will ich an der Stelle auf unsere Broschüre „Zwischenbilanz 2018“ hinweisen. Sie wurde zur Information der Öffentlichkeit erstellt, aber natürlich auch zu Ihrer Information und ist sowohl in Papierform als auch im Landesportal online verfügbar.

Meine Damen und Herren, wie soll es weitergehen? Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, die Wasserrahmenrichtlinie weiterhin gemeinsam auf freiwilliger Basis mit den Wasser- und Bodenverbänden, dem Bauernverband und den Naturschutzverbänden

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

umzusetzen. Der Umfang der erforderlichen Maßnahmen lässt erwarten, dass diese auch innerhalb des dritten Bewirtschaftungszeitraums, also von 2021 bis 2027, nicht alle umgesetzt werden können. Auch deshalb setzen sich die Umweltminister der Länder und des Bundes für eine Verlängerung der Wasserrahmenrichtlinie über 2027 hinaus bei gleichbleibendem Zielniveau ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Das klingt natürlich immer noch nach einem langen Weg. Doch die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie lohnt sich für uns und die nachfolgenden Generationen in vielerlei Hinsicht: Das Grundwasser - und damit unser Trinkwasser - bleibt in guter Qualität erhalten. Die Gewässer werden nicht nur für die Tiere und Pflanzen verbessert; auch die Naherholung der Menschen wird dadurch gefördert. So profitieren auch der Tourismus und die regionale Wirtschaft von der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Die Landwirtinnen und Landwirte werden weiterhin von unseren guten Böden profitieren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, vereinzelt SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Der Minister hat die Redezeit um 1 Minute und 30 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zusätzlich zur Verfügung.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heiterkeit)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen und Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Albrecht, ich bin Ihnen für diesen Bericht außerordentlich dankbar. Er ist nicht nur ein Nachschlagewerk für die Öffentlichkeit. Sie und Ihre Verwaltung haben sich unwahrscheinlich viel Mühe gegeben, die wichtigen Themen Wasser und Gewässerunterhaltung sowie vor allen Dingen die Maßnahmen zur Erreichung des Ziels der Reinhaltung und der nachhaltigen Bewirtschaftung der Gewässer beispielhaft darzustellen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sie haben auf die Erfolge, aber auch auf die Zielrichtung für die kommenden Jahre hingewiesen.

Ein umfangreiches Nachschlagewerk von rund 100 Seiten ist entstanden. Es ist gar nicht so einfach, es in fünf Minuten zusammenzufassen. Aber wie bei allen Dingen, die in einem Bericht beziehungsweise Zwischenbericht dargestellt werden, gibt es natürlich auch hier eine Einführung und eine logische Aufbauanleitung: Welche Maßnahmen werden beispielhaft genannt? Welche Ziele werden verfolgt? Was können wir als Ergebnis zusammenfassen?

Wir alle sind uns einig, dass das Wasser - mit das höchste Gut zur Sicherung der Daseinsvorsorge - im Mittelpunkt dieser Wasserrahmenrichtlinie steht. Wasser sollte für uns alle ein schützenswertes Gut sein. Das muss auch so bleiben.

Der Grundsatz in dieser Wasserrahmenrichtlinie ist - Sie sind darauf eingegangen, Herr Minister -, dass wir den guten ökologischen beziehungsweise den ursprünglichen Zustand von Gewässern nicht nur im Oberflächen- und Küstenbereich, sondern insbesondere auch im Grundwasserbereich erhalten beziehungsweise wiederherstellen sollen. Dafür gibt es ein Regelwerk der EU.

Wir brauchen Zahlen, Daten und Fakten, zum einen zur chemischen Beschaffenheit, insbesondere der des Grundwassers, zum anderen zum morphologischen Aufbau, insbesondere dem der Fließgewässer. Der natürliche Aufbau der Fließgewässer mit entsprechendem chemischem Zustand und Sauerstoffgehalt ist - das wissen Sie - für Kleinstlebewesen, Wirbellose und Fische, aber auch für Pflanzen von großer Bedeutung. Die chemische Beschaffenheit ist ein äußerst wichtiges, messbares Kriterium. Dessen Bedeutung ist wissenschaftlich belegbar, nicht nur für die Küsten- beziehungsweise Fließgewässer, sondern auch für das Grundwasser; auch darüber sind wir uns alle einig.

Begrüßenswert ist - auch das wird in Ihrem Bericht genannt -, dass wir in Schleswig-Holstein mit dem Grundwasser, was dessen Menge angeht, auch in Zukunft keine Probleme haben werden. Wir werden, so die Prognosen von Fachleuten, immer ausreichend Nachschub haben, also ausreichend Niederschläge, die im Boden versickern und unten, in den Grundwasserleitern, ankommen. Unser Trinkwasser wird zu 100 % aus dem Grundwasser gewonnen. Dass wir uns, zumindest was dessen Menge angeht, keine Sorgen machen müssen, können wir nur begrüßen.

Wir müssen uns aber über den Zustand des Grundwassers Sorgen machen; das haben Sie richtig be-

**(Heiner Rickers)**

schrieben. Die Nährstoffbelastung mit Phosphor und Nitrat - als ein Verursacher wird zu Recht immer wieder die Landwirtschaft genannt - müssen wir berücksichtigen. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Düngeverordnung, die bereits greift und im Ergebnis von Novellierungen zu weiteren Verschärfungen führen wird, bei politischen Entscheidungen das Mittel der Wahl ist, um Verbesserungen herbeizuführen.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke sehr. - In dieser Verordnung geht es um eine Begrenzung der Ausbringzeiten, um Obergrenzen für die auszubringenden Mengen, um die Nährstoffbelastung pro Einheit und Hektar, um Agrarumweltmaßnahmen, aber auch um Beratungsangebote. All das ist nicht nur angeschoben worden; es läuft bereits hervorragend. Ich hoffe, dass wir in den nächsten Jahren die Ernte einfahren können aus all den Maßnahmen, die wir gemeinsam politisch auf den Weg gebracht haben und noch bringen werden.

Für die Fließgewässer - das habe ich erwähnt - sind sehr von Bedeutung die Durchlässigkeit, die chemische Beschaffenheit, der Nährstoffgehalt sowie die Möglichkeit, Lebensräume für Kleinstlebewesen und insbesondere für Fische zu schaffen. Dafür wird im Land viel unternommen. Die Zahlen sind erwähnt worden; Millionen wurden und werden investiert. Wir versuchen, ursprüngliche Gewässerläufe wiederherzustellen oder die Gewässer so zurückzubauen, dass sie der Ursprünglichkeit entsprechen. Ich nenne das Beispiel des Störs, den ich quasi vor meiner Tür finde. Sie werden aus Ihren Wahlkreisen weitere Beispiele kennen. Auen und Fließgewässer, insbesondere unsere großen Flüsse, werden so zurückgebaut, dass all das, was die Wasserrahmenrichtlinie verlangt, letztlich erreicht werden kann.

Mich freut die Aussage zu den Küstengewässern, dass in den vergangenen 25 Jahren - wer hätte das gedacht! - die Nährstoffbelastung deutlich gesenkt werden konnte. Trotzdem konnte das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie leider noch nicht erreicht werden. Wir kennen die Probleme: Schiffsverkehr, Bebauung in den Meeren, Überfischung, zum Teil auch Munition und andere Altlasten. All das ist Ihnen bekannt. An diese Themen müssen wir heran.

Ich komme zur Zusammenfassung. Wir sind uns einig, dass Wasser - mit das höchste Gut der Daseinsvorsorge - im Mittelpunkt dieser Wasserrahmenrichtlinie steht. Wir müssen politisch alles daran

setzen, dass wir im Interesse auch der nachfolgenden Generationen vernünftig planen und geeignete Maßnahmen fördern - der Minister hat einige genannt -, um das Wasser sauber zu halten sowie die Morphologie der Fließgewässer, die Beschaffenheit der Küstengewässer und insbesondere den Zustand des Grundwassers so zu erhalten, dass wir hervorragend damit leben können. Dieser Zwischenbericht dient nicht nur als Kriterienkatalog und Nachschlagewerk für den Istzustand, sondern bietet auch einen Ausblick auf die Zukunft.

Lassen Sie mich auch mit einer ganz leichten Kritik schließen, Herr Minister: Sie kennen den Ausspruch: „One out - all out“. Der Katalog zum Bemessen eines Gewässers, ob unter der Erde oder oberflächlich, umfasst laut Vorgabe der Wasserrahmenrichtlinie rund 20 bis 30 Kriterien. Das Folgende wird Sie vielleicht interessieren: Wenn nur ein Kriterium von diesen insgesamt circa 25 Kriterien nicht dem Zielwert entspricht, dann bedeutet das für das Gesamtgewässer, dass es nicht den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie entspricht.

Damit komme ich auf den Stör vor meiner Tür zurück. Nach 30 Jahren ist es nun endlich gelungen, dass ich wieder darin baden kann, vielleicht sogar gefahrlos das Wasser trinken könnte, ohne gleich vergiftet zu sein. Trotzdem erreicht die Stör nicht das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie. Das liegt zum Teil auch an der Bemessung in diesem Kriterienkatalog.

Vielleicht sollten wir - -

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Vielleicht sollten wir darüber nachdenken, das noch anzugleichen. - Ich danke herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Sandra Redmann.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst darf ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei Minister Albrecht und den Mitarbeiterinnen und

(Sandra Redmann)

Mitarbeitern des Ministeriums für den Bericht bedanken. Bedanken möchten wir uns ebenso bei den vielen Akteurinnen und Akteuren vor Ort, den Verbänden und Maßnahmenträgern, die sich für den Gewässerschutz engagieren oder diesen konstruktiv kritisch begleiten.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht bezieht sich auf die Zwischenbilanz 2018, die wir vor Kurzem in Form einer bunten Broschüre erhalten haben. Die erste Hälfte des zweiten Bewirtschaftungszeitraums ist jetzt um, der dritte Bewirtschaftungszeitraum, der Minister hat es angesprochen, endet 2027. Dann sollten die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie eigentlich erreicht sein.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eigentlich 2015!)

- Ja. Lassen Sie mich vorweg greifen: Das wird wohl nichts.

Was können wir dem Bericht entnehmen? - Zielverfehlungen in den Oberflächengewässern, zu hohe Belastungen durch Stoffeinträge und Düngungen, mehr Maßnahmen wären dringend notwendig.

Bei den Fließgewässern muss die Nährstoffbelastung dringend reduziert werden, mehr Renaturierungen und die Schaffung von mehr Gewässerrandstreifen sind dringend geboten. Keiner der größeren Seen in Schleswig-Holstein ist in einem sehr guten ökologischen Zustand. Im guten Zustand sind nur wenige. Eine Reduzierung des Phosphoreintrages ist dringend geboten.

Bei den Küstengewässern sieht es nicht viel besser aus. Nur drei Wasserkörper erreichen beispielsweise in der Ostsee einen guten ökologischen Zustand, darunter die Außenschlei und Fehmarnbelt - lassen Sie mich einfügen -: noch zumindest.

Der chemische Zustand für sämtliche Küstengewässer ist nicht gut. Die Nährstoffeinträge sorgen insgesamt nach wie vor für massive Probleme und ziehen sich wie ein roter Faden durch den ganzen Bericht und durch die Broschüre. Landesweit ist festzustellen, dass die Grundwasserkörper in etwa auf Hälfte der Landesfläche den guten Zustand des Grundwassers verfehlen. Fassen wir diese Bereiche zusammen, müssen wir sagen: Da muss dringend mehr passieren.

Natürlich finden wir in dem Zwischenbericht auch schöne Beispiele von Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässer: Extensivierung, Auenprojekte - Frau Fritzen, es gibt ein ganz tolles an der Schwar-

tau -, Nachrüstung von Kläranlagen, Gewässerschutzberatungen, Gewässerrandstreifen und gute Zusammenschlüsse vor Ort. Dies alles bedeutet einen hohen Aufwand. Flächen für die Umsetzung der Maßnahmen sind schwierig zu bekommen, Stichwort Flächenkonkurrenz. Eine Freiwilligkeit der Maßnahmen bedeutet auch Verzögerung; denn wahrlich nicht immer ist eine Akzeptanz bei Maßnahmenträgern vorhanden.

Der Bericht gibt natürlich auch Einblick in bereits getroffene Maßnahmen: Düngeverordnung - darüber müssen wir ganz dringend reden, das wird Frau Eickhoff-Weber sicherlich machen -, Nationaler Aktionsplan, Pflanzenschutz, Beratung.

Aber machen wir uns doch nichts vor. All das reicht nicht. Ich habe es zu Beginn angesprochen. Der dritte Bewirtschaftungszeitraum endet 2027. Dann sollen die Ziele der Richtlinie erreicht sein. Nun gibt es den Wunsch der Verlängerung. Man sei schließlich schon einmal auf dem richtigen Weg. Auf EU-Ebene wird geprüft, ob die Richtlinie in der Form überhaupt bleiben soll. Das ist natürlich eine beliebte Methode. Erreichen wir die gesetzten Ansprüche nicht, muss man nicht die Maßnahmen verändern, sondern man ändert eben die Ziele.

(Widerspruch Heiner Rickers [CDU])

- Doch, das stimmt. Was ich in Ihrer Rede vermisse, Herr Minister, ist das offene Wort. Nach wie vor ist die Landwirtschaft die große - formuliert man es positiv - Herausforderung bei der Erreichung der Ziele. Man wird sich auch fragen müssen, ob die Allianz für den Gewässerschutz den gewünschten Erfolg bringt. Eine Evaluierung war ja sowieso angedacht.

Der chemische und ökologische Zustand muss sich dringend verbessern. Ihr Ministerium arbeitet an einer Biodiversitätsstrategie, die wir mit Spannung erwarten. Da wird die Wasserrahmenrichtlinie und die Einhaltung der Nitratrichtlinie doch sicher eine zentrale Rolle spielen müssen. Dazu hätte ich heute gerne etwas gehört. Wasser, Klima, Boden und Luft - also eine integrative Umweltstrategie - gehören zur Sicherung der Lebensqualität im Land. Blühstreifen sind prima, bunte Broschüren zur Information der Öffentlichkeit auch. Runde Tische sind immer gut und Gespräche mit dem Bauernverband natürlich sowieso. Wenn aber Dinge nicht reichen, muss man weitere Konsequenzen in Betracht ziehen, auch ordnungsrechtliche. Das werden wir doch sicherlich mit der Biodiversitätsstrategie auf den Weg bringen. Wir als SPD-Landtagsfraktion sind dazu bereit. - Vielen Dank.



(Sandra Redmann)

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Abgeordnete Marlies Fritzen.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich darf mich zunächst für den Bericht bei dem Minister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Ich darf beginnen mit dem Ausblick auf die kommenden Wahlen zum EU-Parlament, die für den Schutz unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen aus meiner Sicht auch eine entscheidende Richtungswahl sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu erhalten, ist für mich die vordringlichste Aufgabe der Politik. Das Engagement der jungen Menschen bei den Freitagsdemonstrationen für den Klimaschutz schreibt es uns jede Woche erneut in unser politisches Pflichtenheft. Doch nicht nur das Klima, sondern auch der Schutz von Böden, Wasser und Luft, der Schutz von Tieren und Pflanzen ist entscheidend für unser Überleben. Alle Lebewesen sind auf Wasser angewiesen, Bäche, Flüsse und Auen durchziehen insbesondere in Schleswig-Holstein als Lebensadern unsere Landschaft. Seen und Uferbereiche beherbergen im intakten Zustand eine reichhaltige Flora und Fauna, und nicht zuletzt schützen wir mit dem Grundwasser auch unsere Trinkwasservorräte. Das ist vielfach gesagt worden.

Im gemeinsamen EU-Binnenmarkt herrschen einheitliche Umweltstandards für alle. Ich sage ausdrücklich: Das ist auch gut so. Ich spreche mich nämlich auch, genau wie die Kollegin Redmann, gegen Standardabsenkungen bei den weiteren Diskussionen über die Verlängerung der Wasserrahmenrichtlinie aus,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

denn in der Tat werden wir so die ehrgeizigen Ziele nicht erreichen, die eigentlich schon im Jahr 2015 hätten erreicht werden sollen. Wenn wir einmal an die Anfänge zurückdenken: Gewässerverschmutzung macht nicht vor administrativen Grenzen halt. Bei Fließgewässern ist das leicht einzusehen und augenfällig. Meine Damen und Herren, gleiches Recht für alle heißt auch gleiche Wettbewerbschancen. Umweltstandards, ich sagte es gerade, werden sonst sehr schnell auf dem Altar der vermeintlichen

Wirtschaftlichkeit geopfert. Der Vorstoß der IHK, von dem wir kürzlich lesen mussten, stößt meiner Meinung nach genau in dieses Horn und wirft uns entscheidend zurück. Denn vorbeugender Schutz ist am Ende für alle immer noch billiger, auch ökonomisch, als nachträgliche Sanierung von Umweltschäden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und vereinzelt FDP)

Diese Standards sind ernsthaft in Gefahr, wenn nationale und neoliberale Kräfte im EU-Parlament die Oberhand gewinnen. Die Wasserrahmenrichtlinie ist neben der Nitratrichtlinie, auch das ist gesagt worden, das entscheidende Instrument für den Gewässer- und Wasserschutz. Wie so oft im Umweltschutz zeigt sich auch hier: Die Ziele sind durchaus richtig beschrieben, die notwendigen Maßnahmen sind bekannt und erkannt, nur die Umsetzung hinkt hinterher - und das bereits über mehrere Legislaturperioden hinweg. Dabei haben wir in Schleswig-Holstein eigentlich schon sehr früh, nämlich bereits unter dem grünen Umweltminister Klaus Müller, vorbildliche und arbeitsfähige Strukturen auf der Ebene der Flussgebietseinheiten gebildet

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Sandra Redmann [SPD])

- der Minister hat das angesprochen, die Kollegin Redmann applaudiert dazu. Ich kann es auch nur unterstreichen, den Gewässerschutz über administrative Grenzen hinweg gemeinsam zu bearbeiten. Zudem wurden alle relevanten Akteure eingebunden, auch das ist gesagt worden, Flächennutzer ebenso wie Kommunen und Verbände. Der Naturschutz, die Zusammenarbeit, funktioniert überwiegend gut und ist weitgehend breit akzeptiert.

Es bleibt, und das hat der Bericht deutlich gemacht, dennoch viel zu tun, um insbesondere den guten Zustand unserer Gewässer auch flächendeckend zu erreichen. Dafür brauchen wir vor allem Zugang zu Flächen, das ist das große Problem nicht nur für den Gewässerschutz, sondern auch für den Arten- und Naturschutz. Aber, und das ist meiner Meinung nach noch sehr viel notwendiger, wir brauchen vor allem die Einsicht und Akzeptanz der Flächennutzer, die Art und Weise der Bewirtschaftung gewässerschonender auszurichten. Wir sind da, meine Damen und Herren, auf einem guten Weg. Ich erinnere an den letzten Zwischenbericht. Da wurde unter den Maßnahmen, die notwendig zu ergreifen sind, zu einem weit, weit überwiegenden Teil be-

**(Marlies Fritzen)**

schrieben, dass Beratungen zu erfolgen haben, die man schon jahrelang gemacht hätte.

Dann wurde etwas später in dem Bericht deutlich, dass die Konsequenzen aus den Beratungen, wie man gewässerschonender arbeitet, leider eben doch nicht immer umgesetzt wurden.

Nicht zuletzt sind wir da aber auch bei einem grandiosen Politikversagen der Bundesregierung. Die Vorgaben der EU bezüglich der Nitratrichtlinie sind bis heute nicht in nationales Recht umgesetzt. Die aktuelle Düngeverordnung entsprach schon bei der Verabschiedung erkennbar nicht dem EU-Recht. Das ist in der Tat beschämend und wird nicht nur die Gewässer, sondern womöglich auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Wegen der halbherzigen Reform der Düngeverordnung drohen Deutschland - und jetzt angepasst: auch wieder Ökonomie - mehr als 800.000 € Strafzahlungen täglich. Das kann man doch nicht ignorieren. Man kann darüber denken, was man will; aber man kann das doch nicht permanent ignorieren. 800.000 €, also fast 1 Million €, an Strafzahlungen täglich haben wir nicht übrig. Wir können dieses Geld in die Beratung von Landwirtinnen und Landwirten stecken, bei denen wir längst andere Maßnahmen finanzieren könnten, wenn es eine konsequente Rechtsetzung auf Bundesebene geben würde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass sich die Landwirtinnen und Landwirte, die sich in diesem Jahr - der Kollege Rickers hat es angesprochen - schon wieder auf veränderte Regelungen, von denen wir noch nicht einmal wissen, wie sie sein sollen, einstellen mussten und sie es in den nächsten Jahren mit erneut veränderten Vorgaben zu tun bekommen werden, ist dies mehr als ärgerlich. Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass man das nicht mehr nachvollziehen kann. Meine Damen und Herren, das Beispiel Düngeverordnung zeigt: Niemand hat auf lange Sicht etwas davon, wenn wir uns vor wichtigen Aufgaben im Gewässer- und - ich sage dies ausdrücklich - im Umweltschutz drücken. Im Gegenteil: Hier werden wir gemeinsam noch eine kräftige Schippe drauflegen müssen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mit einem großen Dank an Minister Albrecht und an das MELUND für diesen Bericht beginnen, mit dem wir hier schon einmal einen guten Zwischenstand zur Kenntnis bekommen haben.

Es ist gut, dass wir für die dauerhafte Verbesserung der Wassergüte für die Lebensbedingungen von aquatischer Flora und Fauna europäische Vorgaben haben. Es ist also gut, dass dies auf europäischer Ebene geregelt wird. Schließlich macht Wasser keinen Halt vor Landes- oder auch Nationalgrenzen.

(Beifall FDP)

Die europäischen Vorgaben haben es auch erst möglich gemacht, dass zum Beispiel die Flüsse, die mehrere Länder durchqueren, wie zum Beispiel Elbe oder Donau, weniger Belastung erfahren haben. Wäre es anders gekommen, wäre beispielsweise der Huchen - das ist die größte Salmonidenart, die wir haben - wahrscheinlich bereits ausgestorben, insbesondere aufgrund von Nährstoff- und Schadstoffeinträgen, die wir in Tschechien gehabt haben.

Wenn man sich den kompletten europäischen Raum anguckt, dann ist es insgesamt so, dass sich die Wasserwerte perspektivisch verbessern. Allerdings werden Flora und Fauna nicht nur durch hohe Schadstoff- oder Nährstoffeinträge geschädigt. Der eben schon erwähnte Donaulachs gerät nicht nur durch die Schadstoffe, sondern auch durch Wasserkraftwerke in Österreich deutlich in Bedrängnis.

Als fischereipolitischer Sprecher lege ich besonderen Wert auf die Verbesserung der Durchgängigkeit der Gewässer. Herr Rickers hat bereits darauf verwiesen. Auch das ist ein wichtiger Teil der Wasserrahmenrichtlinie. Die Durchgängigkeit ist essenziell für die Fischwanderung. Hier gibt es offenkundig auch noch Probleme nicht nur in den europäischen Ländern, sondern auch in Schleswig-Holstein. Herr Albrecht hat bereits richtigerweise darauf hingewiesen. Für die Forellen beispielsweise wurde insoweit bereits viel getan. Sorgen bereitet mir noch ein bisschen die Situation beim Aal, insbesondere wegen dessen Sterblichkeitsrate bei der Abwanderung. Einen gesonderten Bericht dazu werden wir - das haben wir im letzten Jahr beschlossen - im Sommer bekommen.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns besonders darüber, dass die Gelder, die in die Beratung der Landwirtschaft gegangen sind, so rege in Anspruch genommen werden, weil das die Kooperati-

**(Dennys Bornhöft)**

on zwischen Gewässerschutz und Flächennutzung besser fördert. Auch wenn die Landwirtschaft ein wesentlicher Faktor für die Phosphor- und Stickstoffeinträge in die Gewässer ist, darf man nicht vergessen, dass die Landwirtschaft selber auch ein großes Interesse an Umweltschutz hat. Um das zu verbessern, sind die Beratungsangebote und die Gelder, die dort fließen, um die Landwirtschaft und den Gewässerschutz besser miteinander zu vereinen, äußerst nützlich.

Grundsätzlich müssen wir feststellen, dass freiwillige Maßnahmen, wie Vertragsnaturschutz oder Allianz für Gewässerschutz, meistens eher zum gemeinsamen Erfolg führen, als von vornherein mit Verboten zu agieren.

(Beifall FDP und CDU)

Wir sollten auch nicht vergessen: Die Gewässerqualität wird nicht nur durch Überdüngung belastet, sondern auch durch Mikroplastik. Auch darüber haben wir schon einige Male gesprochen und werden das nachher auch noch tun. Ich nenne in diesem Zusammenhang ferner Arzneimittelreste, Hormone und andere Chemikalien, die vermehrt in die Gewässer gelangen. Das stellt deutlich stärkere Anforderungen an unsere Klär- und Filteranlagen, die derzeit noch nicht alle technisch umgesetzt sind oder auch noch nicht technisch umgesetzt werden können. Das steigt weiter an.

(Beifall FDP und Heiner Rickers [CDU])

Ich möchte noch auf einen Aspekt eingehen, der in dieser Debatte noch nicht so sehr eine Rolle gespielt hat. Dies sind beispielsweise die Genehmigungsverfahren, die wir durch die Wasserrahmenrichtlinie haben. Insoweit haben wir bereits einige Male über die Elbvertiefung oder über die A 20 in Schleswig-Holstein und Hamburg diskutiert. Insoweit sehen wir bei den Freien Demokraten aber noch ein wenig Nachbesserungsbedarf bei der Wasserrahmenrichtlinie. Denn das Verschlechterungsverbot für Oberflächen- und Grundwasser, das dort festgeschrieben ist, ist prinzipiell eine gute Sache. Allerdings muss dies auch entsprechend rechtlich ausgestaltet werden und angewandt werden können.

(Sandra Redmann [SPD]: Dafür haben wir doch Verordnungen!)

- Ja, genau. Und die haben derzeit Auslegungs- und Interpretationsschwierigkeiten. Wir sehen ja bei den häufigen Planungsverfahren, dass wir dort noch konkretere Formulierungen brauchen.

Das europäische Recht und seine Auslegung haben schwere Konsequenzen für die Planer von Bauvor-

haben; denn diese haben keinen prognostischen Ansatz bei dem Verschlechterungsverbot. Das führt im Endeffekt dazu, dass es große Rechtsunsicherheiten bei notwendigen Infrastrukturmaßnahmen auch in unserem Land gibt. Ich betone: Das ist nicht neoliberal.

Wir setzen uns für die Konkretisierung der Wasserrahmenrichtlinie ein: bei der Auswirkungsprognose, bei den anwendbaren Standardmethoden für Bagatellschäden oder auch bei den Ausnahmetatbeständen, die in Artikel 4 Absatz 7 der Richtlinie erwähnt werden, aber nicht konkret genug sind. Denn wenn wir die Wasserrahmenrichtlinie ernst nehmen wollen und wir Infrastrukturprojekte haben, dann müssen wir auch die Anwendbarkeit für Vorhabenträger mehr mitdenken.

Auch im Wasserrecht sollte man klageberechtigten Verbänden bei Planungsvorhaben frühzeitig - das bitte weit vor der Planungsphase - einbeziehen durch verpflichtende Mediations- oder Mitwirkungsgespräche. Es ist höchst ungünstig, wenn sich die Planer, überwiegend die öffentlichen Planer, mit hohem Ressourcenaufwand, mit unzuverlässigen Prognosemethoden abmühen müssen. Auch das kostet uns enorm viel Steuergeld, es verzögert alles Jahr um Jahr, wenn berechtigte Einwände nicht größtmöglich einbezogen werden. Das verzögert Planungsvorhaben und sorgt nicht für die besten Ergebnisse.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Wir setzen uns dafür ein und bitten darum, dass Vorhabenplaner und klageberechtigte Verbände besser miteinander zusammenarbeiten. Das sollte im Interesse aller sein.

(Beifall FDP)

Eine Stichtagsregelung wäre hier sicherlich sinnvoll.

Das Ziel „Schutz des Gewässers“ ist das richtige Ziel. Die Qualität der Gewässer kann und muss verbessert werden. Dafür brauchen wir aber auch rechtlich konkretere Vorgaben, damit wir wissen, wie wir Gewässerschutz am besten umsetzen, auch bei Infrastrukturmaßnahmen, die wir anwenden müssen. Da müssen wir uns alle miteinander zusammensetzen, und dafür setzen wir uns ein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Verehrter Herr Minister, vielen Dank für Ihren Bericht. Ich habe eine gute Nachricht: Die Nitratkonzentration in unseren Gewässern ist nicht ganz so hoch, nicht so dramatisch hoch, wie die Landesregierung es öfter mal behauptet. Auf unsere Kleine Anfrage antwortete das Umweltministerium im Januar, es gebe in Schleswig-Holstein 40 Messpunkte für Nitrat. Von diesen 40 Messpunkten sollen 17 über der erlaubten Konzentration von 50 mg Nitrat pro Liter Wasser liegen. Wer diese Aussage nicht hinterfragt, wer dies also so stehen lässt, kommt auf eine Anzahl von 43 % an problematischen Messpunkten.

Tatsächlich gibt es jedoch über 300 Messpunkte. Professor Dr. Henning Kage vom Institut für Pflanzenbau an der Universität Kiel führt in seiner jüngsten Untersuchung zur Düngeverordnung, die er vor zwei Tagen auch an den Umweltausschuss schickte, 314 Nitratmessstellen auf. Nehmen wir wieder diese 17 problematischen Messstellen mit über 50 mg Nitrat und setzen diese ins Verhältnis zu den 314, dann ergibt sich ein problematischer Anteil von gerade einmal 5 %. Schleswig-Holstein muss also an nur 5 % der Messstellen nachbessern. Das sollten wir hier einmal festhalten.

Doch wie kommt die Landesregierung dazu, genau diese 40 Messstellen aufzulisten und die anderen wegzulassen, und wie wirkt sich das auf den Bericht an die EU-Kommission zur Wasserrahmenrichtlinie aus? Die Frage stellt sich: Nimmt die Landesregierung die unproblematischen Messstellen heraus? Das wäre so, als ob Sie eine Studie über den Krankheitsgrad der Gesellschaft machten, aber dafür nur ins Krankenhaus gehen, um die Kranken zu zählen und nicht die Gesunden. Uns würde interessieren, warum diese Kleine Anfrage so beantwortet worden ist, denn das Ergebnis wäre verwässert, es wäre alarmistisch, und das wäre falsch.

Genauso verhält es sich mit der sogenannten Kulisse für Stickstoff und auch für Phosphate. Professor Kage nennt diese Kulisse „sehr großzügig“; das stimmt. Am besten verabschieden wir uns komplett von einer Kulisse, denn wenn landesweit die Grenzwerte nur an wenigen Punkten überschritten werden, ist es ungerecht, auch die Landwirte zu be-

strafen, die mit ihren Feldern zwischen diesen Punkten liegen.

Was sollte das Ministerium also tun und wie an die EU-Kommission berichten? - Herr Minister, schauen Sie sich die einzelnen Messstellen an, die verbesserungswürdig sind. Betrachten Sie sie wie einen punktuellen Eintrag. Nur über diese Schwerpunkte legen Sie dann Ihre Maßnahmen, um die Werte zu senken - punktuell, nicht flächig.

Herr Professor Kage hat auch darauf hingewiesen, dass bei einer Reduktion des Düngebedarfes von 20 %, wie sie jetzt im Raum steht, erhebliche negative Konsequenzen auf die Landwirtschaft zukommen. Mit einem Weniger an Dünger würde der Proteingehalt des für unser Land so wichtigen Qualitätsweizens und auch der von Raps sinken. Die geplanten Änderungen würden also Qualitäts- und damit auch Einkommenseinbußen nach sich ziehen. Das kann nicht das Ergebnis eines Düngeverbotes sein.

Unsere Landwirte sehen sich selbst in der Verantwortung für sauberes Wasser. Nicht zuletzt deswegen sind sie Teil der Allianz für Gewässerschutz; Sie haben das auch in Ihrem Bericht erwähnt, Herr Minister. Besonders seit der letzten Verschärfung des Düngegesetzes haben unsere Landwirte zahlreiche Beratungsangebote wahrgenommen und Maßnahmen eingeleitet. Jetzt alle Bauern mit Einschränkungen beim Düngen zu bestrafen, ist so, als ob Sie den gewässerschützenden Betrieben Knüppel zwischen die Beine werfen.

Es kann nicht sein, dass wir aufgrund eines allgemeinen Handlungsrahmens der Richtlinie durch ein Verbot der Herbstdüngung den Anbau von Gemüse in Schleswig-Holstein reduzieren oder einstellen müssen. Der Bauernverband hat darauf hingewiesen, dass eine Unterversorgung mit Kulturpflanzen bevorstehen könnte. In diesem Szenario - würde es wahr - müssten wir am Ende unser Gemüse importieren, weil wir es hier nicht mehr anbauen. Das können Sie nicht wollen.

Es kann auch nicht sein, dass für unser Land so wichtige Infrastrukturvorhaben wie die A 20, Herr Kollege Arp,

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

auf Jahre verschoben werden, weil uns ein Regenrückhaltebecken fehlt. Erst letzte Woche hat die IHK Nord darauf hingewiesen, dass die Wirtschaft durch die strengen Vorgaben im Gewässerschutz gehemmt werde. Vorhaben einzelner Betriebe wür-

**(Volker Schnurrbusch)**

den durch die Wasserrahmenrichtlinie um mehr als ein Jahr verzögert und bis zu 20 % teurer.

Bei öffentlichen Infrastrukturvorhaben gehen die Mehrkosten in die Millionen. Um solche Verzögerungen zu vermeiden, sollten laut der IHK Nord ähnlich wie bei der FFH-Richtlinie Eingriffe im Gleichschritt mit Ausgleichsmaßnahmen und -flächen ermöglicht werden - im Gleichschritt, also nicht hintereinander, um Verzögerungen zu vermeiden.

Außerdem sollte den einzelnen Unternehmen, die an solchen Vorhaben beteiligt sind, konkrete Hilfestellung in Sachen Verbesserungsgebot und Verschlechterungsverbot gegeben werden, um Fehler und Verzögerungen zu vermeiden.

Dies alles sind Aspekte, die in den Bericht der Landesregierung an die EU einfließen könnten. Daher warten wir schon jetzt gespannt auf Ihren nächsten Bericht und sollten uns gegebenenfalls im Umwelt- und Agrarausschuss im Rahmen der Selbstbefassung mit der Wasserrahmenrichtlinie befassen, sofern Bedarf besteht. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die Abgeordneten des SSW hat das Wort der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das Wasser in Schleswig-Holstein ist belastet durch Schadstoffe aus der Industrie und der Landwirtschaft. Phosphat, Nitrat und Mikroplastik finden sich in allen Gewässern. Die Geest ist dabei besonders betroffen. Auf etwa der Hälfte der Fläche unseres Landes gibt es Wasser, das nicht das Prädikat „gut“ verdient: Es ist schlecht, vergiftet und belastet.

Die Landwirte tragen mehr Dünger auf die Felder auf, als die Kulturpflanzen überhaupt aufnehmen können. Der Rest gelangt ins Wasser. Tiere trinken das, und wir Menschen auch. In Sachen Überdüngung ist trotz der Düngeverordnung keine Verbesserung absehbar. Eine Umkehr im Düngemanagement ist nicht erkennbar. Solange der Preisdruck in der Landwirtschaft weiterhin so bestehen bleibt, werden die Landwirte weiter düngen und zum Teil auch überdüngen.

Die Kosten für die Beratung der Landwirte sind zwar nachbleibend beachtlich und mit 6,8 Millio-

nen € durchaus als ordentlich zu betrachten, doch lässt sich eine Wende noch nicht erkennen. Die Maßnahmen, die aus dem MELUND immer wieder gebetsmühlenartig vorgetragen werden, sind auch ohne Beratung bekannt: weniger Stickstoff- und Phosphoreintrag. Das haben schon Generationen von Umweltministern hier vorgetragen; verändert hat sich seitdem aber wenig. Die Reduzierung der Nährstoffbelastung bleibt die wichtige, aber nichtsdestotrotz ungelöste Aufgabe.

(Beifall SSW)

Die Schülerinnen und Schüler der Friday-for-Future-Demos haben also Recht: Wir hinterlassen der nächsten Generation eine geschädigte Umwelt. Ich möchte das an einem Beispiel illustrieren, das mir ganz besonders am Herzen liegt, und zwar am Beispiel der Schlei, einer Perle der Ostsee,

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die ja neben der ökologischen Bedeutung auch eine sehr große kulturgeschichtliche Bedeutung hat. Die Fische in der Schlei sind, wie auch in den übrigen Küstengewässern der Ostsee, mit Quecksilber belastet. Der Zustand der Küstengewässer-Wasserkörper, wie das im „Ökologiechinesisch“ heißt, ist nicht gut.

In der Schlei schwimmen darüber hinaus ehebliche Mengen von Plastik und tummeln sich eingeschleppte Arten. Daneben setzen Sauerstoffmangel und Belastung durch Giftstoffe einer ehemaligen Teerfabrik in Schleswig der Schlei ordentlich zu. Das kann man nicht immer mit bloßem Auge sehen, und man kann es auch nicht immer riechen, aber die Fischer und die Anwohner bemerken diese dramatische Veränderung ihrer Heimat durchaus.

Die Maßnahmenprogramme der Landesregierung bieten sogenannte ergänzende Maßnahmen, von denen eine auch die Schlei betrifft: Die Nährstoffeintragungspfade in die Schlei sollen untersucht werden. Auf die Ergebnisse und die darauf fußenden Maßnahmen bin ich überhaupt nicht gespannt, denn ich weiß spätestens seit der letzten Haushaltsberatung, dass der Schleischutz letztlich nichts kosten darf.

Umweltexperten schätzen, dass mindestens 5 Millionen € jährlich in den nächsten Jahren für eine messbare Verbesserung der Wasserqualität der Schlei nötig wären. Mit diesen Mitteln kann man bislang landwirtschaftlich genutzte Anrainerflächen kaufen oder in den Vertragsnaturschutz nehmen, um den direkten Düngeeintrag in die Schlei zu reduzieren.

**(Flemming Meyer)**

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn die Flächennutzer das wollen!)

Damit könnte die Schlei im wahrsten Sinne des Wortes aufatmen. Aus diesem Grund hatte der SSW entsprechende Mittel in den letzten Haushaltsberatungen beantragt - für jedes Jahr 5 Millionen € -, um ein europaweit einmaliges Biotop zu sichern.

(Beifall SSW)

Die regierungstragenden Fraktionen haben das abgelehnt. Die Schlei soll lieber noch einmal untersucht werden, damit man weiß, woher denn der Nährstoff kommt. Das finde ich schon ein bisschen beschämend; die Politik des Ignorierens und Wegsehens ist nämlich ein Teil des Problems. So wusste man schon viele Monate vorher um den Plastikeintrag in die Schlei und die Überschwemmung der Vogelbrutgebiete mit Plastik, bevor die Öffentlichkeit in Kenntnis gesetzt wurde und erste Maßnahmen ergriffen wurden. Die Wasserrahmenrichtlinie wird verletzt - und das ständig -, und getan wird viel zu wenig.

(Beifall SSW und Sandra Redmann [SPD])

Die innere Schlei ist das am stärksten nährstoffbelastete Küstengewässer Schleswig-Holsteins. Die Verunreinigung der Schlei wird zunehmend zum Risiko sowohl für Mensch, Tier und Flora einerseits als auch für Fischerei, Landwirtschaft und Tourismus andererseits. Die Kerze brennt also schon von beiden Seiten. In meinen Augen heißt das, dass der Schlei Priorität Nummer 1 eingeräumt werden müsste.

(Beifall SSW)

Die Sedimente sind in der Schlei bis zu 1 m dick. Diese Sedimente erzeugen Todeszonen, weil sich aus ihnen Phosphor löst. Auf diese Weise wird ein Nährstoffeintrag von innen heraus betrieben - zusätzlich zu dem, was jede Saison wieder weiter in die Schlei hineinkommt.

Von diesem Missstand der inneren Überdüngung wissen wir schon seit 1978; damals waren einige Landtagsabgeordnete hier im Saal noch gar nicht geboren.

(Heiterkeit)

Was fragt man sich jetzt im MELUND? - Lässt sich der ökologische Zustand überhaupt noch verbessern?

(Zuruf CDU: Soll das jetzt ein Kompliment sein?)

Ich halte das eigentlich nach jahrzehntelangem Nichtstun für eine Bankrotterklärung.

(Beifall SSW und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Maßnahmen an der Schlei bisher waren nichts mehr als ein Hühneraugenpflaster auf einer riesigen klaffenden Wunde. Die Bewohner an der Schlei werden diese Kapitulationserklärung sicherlich mit sehr großer Sorge zur Kenntnis nehmen. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag, Drucksache 19/1191, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich möchte noch folgende Mitteilung machen: Nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages hat der Abgeordnete Claus Christian Claussen mitgeteilt, dass er an der heutigen Vormittagssitzung nicht teilnehmen kann. Der Abgeordnete Jan Marcus Rossa hat mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung ab 11 Uhr verhindert ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

**Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein bedarfsgerecht sicherstellen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1362 (neu)

**Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege verbessern**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1384

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete Birte Pauls für die SPD-Fraktion.

**Birte Pauls [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Anfang des Monats ha-

(Birte Pauls)

ben die Pflegestützpunkte im Land ihr 10-jähriges Jubiläum gefeiert. In manchen Kreisen und kreisfreien Städten waren sie von Anfang an dabei, andere gingen erst später an den Start. Letztendlich hat auch der Kreis Schleswig-Flensburg erkannt, dass es ohne niedrigschwellige und gute Angebote und Beratung nicht mehr geht.

Herzlichen Glückwunsch zu 10 Jahren Pflegestützpunkte, und vor allen Dingen herzlichen Dank für hohes Engagement und gebündelte Kompetenz zum Wohle der Angehörigen und der zu Pflegenden! - Herzlichen Dank dafür!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Wir haben alle Pflegestützpunkte besucht, und in den Gesprächen mit den Pflegestützpunkten wurde ein Problem immer wieder thematisiert, und das war das Problem mit der Kurzzeitpflege.

Man spricht von Kurzzeitpflege, wenn eine pflegebedürftige Person für eine begrenzte Zeit eine vollstationäre Pflege benötigt. Das kann nach einem Krankenhausaufenthalt der Fall sein oder wenn pflegende Angehörige sich selbst in Behandlung begeben müssen - auch das kommt einmal vor - oder einfach in den wohlverdienten Urlaub möchten.

Wir haben zurzeit 1.595 eingestreute sogenannte eingestreute Kurzzeitpflegeplätze, also Betten im normalen vollstationären Pflegebereich. In wenigen Häusern gibt es dafür eine extra Abteilung. Diese Einrichtungen sind nicht verpflichtet, diese Plätze auch wirklich für die Kurzzeitpflege freizuhalten. Gibt es eine Bewerbung für eine vollstationäre Pflege, wird dieser Platz belegt. Das Vorhalten von Kurzzeitpflege ist für die Einrichtung wirtschaftlich und organisatorisch nicht attraktiv, weil es eines erhöhten Aufwands bedarf. Das ist an dieser Stelle kein Vorwurf, sondern eine Feststellung von Tatsachen.

Deshalb habe ich sehr großen Respekt vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen es oft unter sehr schwierigen Umständen trotzdem gelingt, Personen über ihre Krisensituationen so zu begleiten, dass sie in die Selbstständigkeit mit oder ohne ambulante Hilfe zurückkehren können. Auch dafür herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Dennys Bornhöft [FDP])

Es obliegt den Trägern der Einrichtung, ob sie das wirtschaftliche Risiko einer Kurzzeitpflege tragen

können oder wollen. Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene verspricht daher die Stärkung einer verlässlichen Kurzzeitpflege durch die Sicherstellung einer wirtschaftlich einträglichen Vergütung. Aber das wachsende Problem ist, dass die Einrichtungen voll sind. Die Nachfrage nach vollstationärer Pflege steigt im Takt mit einer immer älter werdenden Gesellschaft. Die Kurzzeitpflege kommt dabei zu kurz. Immer wieder betonen wir, wie wichtig die pflegenden Angehörigen im System Pflege sind und wie achtsam wir mit ihnen umgehen müssen. Sie sind der größte Pflegedienst im Land.

Die Realität ist aber leider eine andere: Wir können den pflegenden Angehörigen nicht einmal das gewährleisten, was ihnen an Entlastung zusteht, zum Beispiel ein Kurzzeitpflegeplatz für ihre Pflegebedürftigen, damit sie sich von der Dauerbelastung Pflege einmal erholen können. Wer pflegender Angehöriger ist, fährt nicht mal eben spontan in den Urlaub. Das will gut und langfristig geplant sein. Aber immer häufiger hört man von den Absagen der Einrichtungen, langfristig einen Platz anzubieten: „Melden Sie sich bitte ein oder zwei Wochen vorher“, heißt es dann, „aber auch dann können wir nicht gewährleisten, dass es einen Platz gibt!“

Weitere Auswirkungen auf die Kurzzeitpflegesituation hat das mangelnde Personal. Sinn und Zweck einer Kurzzeitpflege ist es ja, nach einem Krankenhausaufenthalt die Selbstständigkeit so herzustellen, dass das Leben zu Hause wieder möglich ist. Dazu bedarf es natürlich ausreichend Personal, Pflegekräfte, aber auch Therapeuten.

In einer solitären Kurzzeitpflegeeinrichtung ist durch Einsatz von multiprofessionellen Teams aus Pflegern und Therapeuten und gezielten Pflegekonzepten der Erfolg der Überleitung in die Häuslichkeit deutlich höher als bei den eingestreuten Plätzen. Das belegt auch eine Studie des IGES-Instituts zur Kurzzeitpflege in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2017. Demnach werden 65 % der Patienten einer solitären Kurzzeitpflege in die Häuslichkeit entlassen, bei den eingestreuten Plätzen in Pflegeheimen sind es nur 47 %. Bei den eingestreuten Plätzen erfolgt in rund 45 % eine direkte Überleitung in die vollstationäre Pflege, bei den Solitär-einrichtungen sind es nur 20 %.

Wir haben keine Vergleichszahlen hier im Lande, weil wir gar keine solitären Kurzzeitpflegeplätze haben. Wenn die Pflegestützpunkte mir aber sagen, dass circa 60 bis 70 % derer, die in der Kurzzeitpflege sind, vollstationär bleiben, sehe ich hier dringenden Handlungsbedarf.

**(Birte Pauls)**

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Denn der Wunsch der meisten Menschen ist es ja - das wird immer wieder gesagt -, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Sie darin zu unterstützen, das muss unsere Aufgabe sein.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Flemming Meyer [SSW])

Der Bundesminister für Gesundheit muss den Koalitionsvertrag dringend umsetzen, aber ich fordere auch die Landesregierung auf, die steigende Not der Angehörigen und der Pflegebedürftigen nicht zu ignorieren. Daher sehe ich Ihren Alternativantrag an dieser Stelle wirklich als weiße Salbe. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weiße Salbe ist das wirklich nicht, dafür ist das Thema zu wichtig. Deshalb müssen wir uns auch darum kümmern. Sie haben es geschildert: Ob im Urlaub oder in den Ferien oder einfach einmal so freizunehmen: Kurzzeitpflege ist für pflegende Angehörige oft die einzige Option, zeitweilig von den Anstrengungen entlastet zu werden, die sie tagtäglich zu erbringen haben. Nach Zahlen des Deutschen Zentrums für Altersfragen gibt es zwischen 3 und 5 Millionen Personen, die Angehörige zu Hause pflegen. Dort heißt es auch weiter: Bis 2030 sind bis zu 3,5 Millionen Pflegebedürftige zu erwarten. Die für häusliche Pflege verfügbare Zahl von Angehörigen wird dagegen rückläufig sein.

Wir müssen uns nichts vormachen: Die Pflege ist das größte Sorgenkind der Sozialpolitik in der Gesellschaftspolitik. Das heißt auch, dass wir uns als Politik fast tagtäglich damit beschäftigen, dass wir die Situation innerhalb der Pflege und mit all ihren Facetten verbessern wollen. Dieses Ziel treibt uns, glaube ich, auch fraktionsübergreifend hier im Landtag an, dass wir dort auch den Finger in die Wunde legen und schauen, wo man besser werden kann und wo wir den Leuten mehr helfen können, die zu Hause ihre Angehörigen pflegen.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sprechen heute über das Sorgenkind Kurzzeitpflege. Kurzzeitpflege kann entweder in Anspruch genommen werden, um einen vorzeitigen Wechsel in eine vollstationäre Pflegeeinrichtung zu vermeiden, oder als Kurzzeitpflegemöglichkeit in der Verhinderungspflege. Das kann der erwähnte Urlaub sein, die Krankheit, ein beruflicher Grund, was auch immer, aber auch bei der Überbrückung einer Übergangszeit im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung und die Bewältigung von etwaigen Krisensituationen, in denen die bisherige häusliche Pflege vorübergehend nicht machbar oder unzureichend ist. Das übergeordnete Problem in diesem Bereich liegt in der Verfügbarkeit der Plätze. Der erforderliche Bedarf als solcher kann heute mitunter nicht gedeckt werden.

Diese Plätze sind rar; das haben wir gehört. So ist es in einigen Landesteilen oft sehr schwierig, lang- oder kurzfristig einen geeigneten und gewünschten Heim- oder Pflegeplatz in der stationären Pflege und der Kurzzeitpflege zu finden. Es gibt entsprechende Wartelisten in den Einrichtungen; das ist wirklich keine Seltenheit. Da müssen wir uns die Frage stellen: Warum ist das so?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, es ist gut und richtig, dass wir uns Gedanken über die Probleme in der Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege machen. Darüber herrscht Einigkeit. Wir sehen kein Problem an fehlenden Konzepten für wohnortnahe und bedarfsgerechte Angebote, sondern wollen die Rahmenbedingungen verbessern. Träger brauchen verlässliche betriebswirtschaftliche Perspektiven. Diese müssen ihnen ermöglicht werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Birte Pauls [SPD])

Daran scheitert es immer noch viel zu oft. In Schleswig-Holstein gibt es zurzeit keine Einrichtung, die solitäre Kurzzeitpflege anbietet - das ist schon einmal komisch und doof -, sondern nur eingestreute Kurzzeit- und Verhinderungspflege in vollstationären Einrichtungen. Das ist wirklich bedauerlich.

Der Bund hat mit seinen Pflegestärkungsgesetzen seit 2015 oder dem Krankenhausstrukturgesetz 2016 erste Verbesserungen geschaffen - das dürfen wir nicht vergessen -, zum Beispiel die Ausweitung der Leistungszeiten von vier auf sechs Wochen, die Anhebung der Erstattungshöhe auf 1.612 € oder



**(Katja Rathje-Hoffmann)**

den Leistungsanspruch auf Kurzzeitpflege bei fehlender Pflegebedürftigkeit.

Von unterschiedlichen Seiten liegen verschiedene Vorschläge zur Neustrukturierung und Weiterentwicklung der Kurzzeitpflege vor. Dazu gehört eine auskömmliche finanzielle Grundlage.

(Birte Pauls [SPD]: Genau!)

Wir müssen und wollen weiter darüber diskutieren, wie der steigende Bedarf künftig weiter gedeckt und jede Art von Kurzzeitpflege gestärkt werden kann. Dieser Weg führt uns natürlich auch zum Bund; da ist er wieder. Wir müssen bei unseren Parteifreunden in Berlin dafür werben, dass das, was im Koalitionsvertrag steht, eingehalten wird, und weiterhin miteinander diskutieren, damit wir die Situation vor Ort verbessern können. Wir fangen damit am besten im Ausschuss an, indem wir beide Anträge in den Ausschuss überweisen. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben, das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Niemand will zum Pflegefall werden und anderen zur Last fallen - nicht den Angehörigen, nicht den Freunden und auch nicht finanziell. Aber wir werden da nicht gefragt. Unfall, Krankheit oder Alter heißen die Unbekannten, die dafür verantwortlich sind, dass wir Pflege und Unterstützung brauchen. Es ist ganz wichtig, sich in den Debatten in der Politik immer wieder zu verdeutlichen, dass es uns alle - selbst die jüngere Generation; euch da oben hoffentlich noch nicht so bald - irgendwann treffen wird und dieses Thema deshalb nicht nur für Seniorinnen und Senioren, sondern für alle Generationen ein Thema ist.

(Beifall Birte Pauls [SPD])

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass es die Pflegeversicherung gibt - so ist wenigstens ein Teil der Pflegekosten gedeckt -, aber die Pflegeversicherung ist eben nur so etwas wie eine Teilkaskoversicherung. So war sie von Anfang an konzipiert.

Im Jahr 2017 bezogen über 100.000 Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung, und 67 % -

also zwei Drittel - wurden zu Hause von ihren Angehörigen, gepflegt und werden es vermutlich auch heute noch. Eine große Verantwortung liegt auf den Schultern von Familienangehörigen und Freunden. Ich sage in der Kita-Debatte immer: Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen. - Es braucht auch ein ganzes Dorf, um alte Menschen zu pflegen. Weil es diese Großfamilien und Dörfer nicht mehr gibt, brauchen Menschen, die zu Hause pflegen, dringend Unterstützung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und AfD)

Ich habe bei mir im Dorf einen älteren Herrn, der seit 30 Jahren seine an MS erkrankte Frau pflegt. Er kann nicht geplant Urlaub mit seinem erwachsenen Sohn oder seinen Enkelkindern machen. Er kann immer nur hoffen, dass er aktuell vielleicht einmal einen Kurzzeitpflegeplatz bekommt. Er hat - natürlich, wenn man über 70 ist - mittlerweile auch Rücken und so. Sagt er aber: „Ich hätte gern in zwei Monaten einen Kurzzeitpflegeplatz für drei Wochen, weil ich gern einmal frei hätte oder eine Reha-Maßnahme machen will“, geht das nicht. Das ist wirklich eine totale Katastrophe.

Ich danke deswegen der SPD für diesen Antrag. Es ist gut, dass wir uns mit dem Thema beschäftigen. Ich war letztes Jahr beim Sozialverband in Ostholstein. Da wurde das Thema von den Pflegenden auch sehr deutlich angesprochen. Das, was wir auf Bundesebene mit den Pflegestärkungsgesetzen bisher haben, reicht eben nicht aus. Es reicht nicht aus, dass ich einen Anspruch darauf habe, wenn es kein Angebot gibt. Deshalb ist es gut, dass wir uns über die Angebotsfrage unterhalten, meine Damen und Herren.

Was können wir in Schleswig-Holstein konkret tun? - Es ist nicht nur weiße Salbe. Aber wir können den Pflegenden oder den Gepflegten kein X für ein U vormachen und vortäuschen, wir könnten hier im Land irgendwelche Konzepte entwickeln. Solange es keine vernünftige Finanzierung für solitäre Kurzzeitpflege gibt, wird sich kein Unternehmen hinstellen und sagen: Ich betreibe jetzt ein schönes Haus in Damp, in dem ich Kurzzeitpflege anbiete. - Es muss eine Vergütung dafür geben. Diese Vergütung - da sind wir uns, glaube ich, einig - muss über den Bund laufen.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

- Danke. - Deswegen danke ich meinen beiden Vorrednerinnen, die gesagt haben, dass sie sich auch in ihren Fraktionen in der GroKo dafür einsetzen wol-

**(Eka von Kalben)**

len, dass dieser gute Punkt im Koalitionsvertrag wirklich umgesetzt wird.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr gern, obwohl mir die Zeit gerade wegläuft.

**Birte Pauls [SPD]:** Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass es solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtungen in anderen Bundesländern gibt und das eine politische Entscheidung ist?

- Ja, das ist mir bekannt, aber mir ist nicht bekannt, dass dieses Land solitäre Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein ausschließt oder wir sagen: Wir erlauben keinen Anbietern, solitäre Kurzzeitpflege anzubieten. - Was ich von Anbietern erfahren habe, ist, dass sie sagen: Es rechnet sich in Schleswig-Holstein nicht. Sie bekommen es nicht hin. - Deshalb gibt es dafür kein Angebot in Schleswig-Holstein.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Gern.

**Birte Pauls [SPD]:** Wenn ich Sie recht verstehe, würden Sie sich politisch schon damit auf den Weg machen wollen, solitäre Kurzzeitpflegeplätze in Schleswig-Holstein zu organisieren?

- Ich kann nicht sagen, dass ich mich auf den Weg mache, das zu organisieren, weil das zu organisieren heißt, dass der Bund eine Gesetzesregelung schafft, damit es vernünftig finanziert wird, die Kassen eine Regelung finden, um so etwas hier zuzulassen, und die Anbieter gemeinsam mit den Kommunen vor Ort entsprechende Gebäude bauen oder entsprechende Einrichtungen zulassen. Das Land hat überhaupt kein Problem damit, wenn sich das Angebot ansiedelt. Es ist nur schwierig, zu sagen: Das Land macht ein Konzept. - Dann wird die Erwartung erweckt, dass das Land auf einmal solche Plätze anbieten kann. Das kann das Land nicht.

Das Land ist nicht die zuständige Adresse. Deswegen ist es so gut, wenn wir das in den Ausschuss überweisen. Wir werden uns sicher angucken, wie das in anderen Bundesländern geregelt ist. Wenn es Möglichkeiten gibt, wie wir unterstützend oder die

Regierung moderierend tätig sein kann, bin ich die Letzte, die das verhindert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Birte Pauls [SPD]: Danke!)

Meine Damen und Herren, wir stellen fest: Es gibt auf Landesebene eventuell eine Art moderierende Haltung, wobei man aufpassen muss, welche Erwartungen man weckt, und es gibt die Möglichkeit - da sollten wir uns nicht zu klein machen -, als Bundesländer über den Bundesrat aktiv zu werden und vielleicht einen An Schub zu geben, dass diese Vereinbarung im Koalitionsvertrag wirklich umgesetzt wird. Zu beidem ist unsere Fraktion und sind die regierungstragenden Fraktionen gern bereit.

Eine Bedarfsplanung im eigentlichen Sinn gibt es in der Pflege nicht. Der Pflegemarkt ist ein Markt. Das kann man bedauern - ich finde, das ist ein Teil der Daseinsvorsorge -, aber so ist das System im Moment geregelt. Sinn macht es dennoch, durch Austausch und Gespräche vor Ort, auf regionaler, kommunaler und gern auch auf Landesebene, zu gucken, was gebraucht wird. Ich freue mich auf die vertiefende Beratung im Ausschuss, auch im Namen meiner Kollegin Marret Bohn, die diese Rede sicher gern selbst gehalten hätte. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kurzzeitpflege und die Verhinderungspflege sind ein wichtiger Bestandteil unseres Gesundheitssystems. Sie tragen dazu bei, dass pflegende Angehörige in schwierigen Situationen entlastet werden können. Deswegen müssen wir seitens der Politik dazu beitragen, dass diejenigen mehr Unterstützung bekommen, die diese große Leistung für die zu Pflegenden, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt vollbringen, dass das entsprechend umgesetzt werden kann.

Die Entlastung der pflegenden Angehörigen ist insbesondere auch deswegen so wichtig, weil wir uns einer Tatsache bewusst sein müssen, die im letzten Landespflegebericht in aller Deutlichkeit bestätigt wurde: Weit über die Hälfte der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger wird zu Hause betreut. Ohne die vielen pflegenden Angehörigen,

**(Dennys Bornhöft)**

die jeden Tag einen außerordentlichen Dienst tun und dabei oft selbst sowohl finanzielle als auch mentale Einbußen in Kauf nehmen, wäre das Sozial- und Gesundheitssystem in Deutschland nicht machbar.

Die Kurzzeitpflege nach § 41 SGB XI ist ein wichtiges Element, um die häusliche Pflege möglichst lange zu sichern, vor allem in Notsituationen.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele haben es im Familien- oder Bekanntenkreis schon erlebt, dass kurzfristig eine vollstationäre Pflegeunterbringung zur Überbrückung erforderlich ist. Bei meiner Familie war das vor gut drei Jahren die Situation an einem Freitagnachmittag in den Frühjahrsferien. Man kann sich gut vorstellen, dass das leider sehr kurzfristig der Fall sein musste. Man bekommt schon ein Stück weit Schweißperlen auf die Stirn, wenn auch der dritte und vierte Anbieter am Telefon sagt: Es tut uns leid, innerhalb von 24 Stunden kriegen wir es nicht gewuppt. - Wir hatten Glück, dass es beim fünften Anbieter geklappt hat und die Notsituation, die sich anberaumt hatte, abgewendet werden konnte. Eine Woche später lief bei uns in der häuslichen Pflege wieder alles wie gehabt. Ich sage dem Anbieter vielen Dank für die Unterstützung, die wir da erfahren haben.

In der Antragsbegründung wird erwähnt, die Kurzzeitpflege diene dazu, den pflegenden Angehörigen eine Auszeit für Urlaubs- und Krankheitsvertretungen zu ermöglichen. Das passt nicht haargenau für die Kurzzeitpflege, wie sie in § 41 festgeschrieben ist; es gibt auch noch die Verhinderungspflege aus § 39, die eher die Pflegenden entlastet, wohingegen die Kurzzeitpflege die zu pflegende Person im Fokus hat. Diese beiden Instrumente stabilisieren die häusliche Situation und ermöglichen es, dass man sich als Angehöriger eine Auszeit nehmen kann.

Der Anspruch auf Verhinderungspflege erkennt nämlich an, dass jemand, der seine Eltern, Großeltern, Geschwister, Onkel oder Tanten pflegt, das natürlich nicht ohne Pause, ohne Erholung 365 Tage im Jahr 24 Stunden täglich machen kann. Deshalb sind das so wichtige Instrumente, und ich finde es gut, dass wir heute darüber sprechen.

Die beiden Pflegeformen sind die Stärken und das Rückgrat in der Pflege, insgesamt auch für das Angehörigenumfeld, weil ein Großteil der Menschen zu Hause gepflegt wird. Insofern ist dieser Vorstoß richtig gut.

Es häuft sich mittlerweile - das mache ich jetzt einmal retrospektiv nach eineinhalb Jahren hier -, dass man feststellen muss, dass im Koalitionsvertrag von CDU und SPD auf Bundesebene einige richtige Dinge stehen, so auf den Seiten 96 und 97. Richtige Dinge müssen aber auch angegangen werden.

(Beifall FDP - Christopher Vogt [FDP]:  
Dann macht das doch mal!)

Die GroKo auf Bundesebene - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin - - Ich glaube, auch mein Fraktionsvorsitzender erlaubt mir, noch kurz das Zitat der GroKo zu bringen.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort hat der Abgeordnete Bornhöft.

(Unruhe FDP)

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Also:

„Wir werden die Angebote für eine verlässliche Kurzzeitpflege stärken, indem wir eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen.“

In der vorherigen Version des SPD-Antrags stand, dass es einer Überprüfung bedarf, inwieweit auf Bundesebene die Finanzierung anders aufgestellt werden muss. Zumindest die Bundesregierung hat festgestellt, dass es Handlungsbedarf gibt, und hat es im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Jetzt muss dieser nur angegangen werden. Ich hoffe, da sind wir uns einig.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SPD)

Die letzte Landesregierung hat sich darangemacht und für die Altenpflegesschulen das Schulgeld gestrichen. Wir haben das für die Gesundheitsfachberufe gemacht. Insofern sind wir bei der Unterstützung, Menschen zu Hause zu betreuen, gut davor.

Die generelle Reform der Finanzierung der Pflege haben wir bereits in der letzten Plenartagung als Thema gehabt, und wir haben dort mit großer Mehrheit einen Weg aufgezeigt und das dem Bundesrat geschickt. Die Stärkung von solitären Kurzzeitpflegeeinrichtungen muss bei der Reformierung der Pflegefinanzierung mitgedacht werden, damit die entsprechenden Kapazitäten für die Kurzzeitpflege erhöht werden können. - Damit schließe ich und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

### Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Kurzzeitpflege soll dann eingreifen, wenn Pflegebedürftige für eine begrenzte Zeit auf eine vollstationäre Pflege angewiesen sind. Das kommt zum Beispiel vor, wenn eine Krisensituation bei der häuslichen Pflege bewältigt oder der Übergang nach einem Krankenhausaufenthalt geregelt werden muss. Es soll also die Mutter, der Vater, ein Ehepartner, der aus dem Krankenhaus oder der Reha entlassen wird, durch die Kurzzeitpflege aufgebaut und gesundheitlich so weit wiederhergestellt werden, dass er nach Hause kann.

In der Praxis ist es leider so, dass die Kurzzeitpflege nicht funktioniert; es gibt gerade auch wohnortnah viel zu wenig Kurzzeitpflegeplätze, um hier von einem funktionierenden System sprechen zu können. Die Kurzzeitpflegeplätze sind organisatorisch zumeist an die Pflegeheime angebunden; viele Einrichtungen haben Kurzzeitpflegeplätze inzwischen in reguläre Heimplätze umgewandelt, weil dies schlicht wirtschaftlicher ist. Kurzzeitpflege erfordert nämlich einen hohen Personaleinsatz, eine gezielte Förderung und ein regelmäßiges Training, um die Menschen wieder so weit mobil zu machen, dass sie in ihre Wohnung und ihr gewohntes Leben zurückkehren können.

Für eine gute Kurzzeitpflege fehlt es aber an Personal. So werden nach den Berechnungen der Bertelsmann Stiftung im Jahr 2030 insgesamt 16.000 Pflegekräfte in Schleswig-Holstein fehlen. Gleichzeitig wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 um etwa 40,2 % ansteigen. Es besteht also eindeutig akuter Handlungsbedarf.

In der Praxis verhält es sich so, dass die Kurzzeitpflege aufgrund des Mangels an Personal und damit des Ausbleibens gezielter Förderung der Pflegebedürftigen ihre Ziele klar verfehlt. Bei 80 % erfolgt ein erneuter Aufenthalt im Krankenhaus oder in der regulären vollstationären Pflege, und genau das sollte die Kurzzeitpflege verhindern.

Der vorliegende Antrag der SPD, ein bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen in Schleswig-Holstein sicherzustellen sowie die Qualität für eine fachgerechte Kurzzeitpflege zu gewährleisten, ist insofern ein Schritt in die richtige Richtung. Hierzu gehört auch der An-

satz, solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtungen zu fördern. Das Konzept solitärer Kurzzeitpflegeeinrichtungen, die sich ausschließlich um Übergangspatienten kümmern, könnte ein erfolgversprechender Ansatz sein, um die Situation der Pflegebedürftigen zu verbessern.

Aber auch hier gibt es einiges zu beachten. So muss nicht nur auf Bundesebene geprüft werden, inwieweit bei der Refinanzierung und Stärkung der Kurzzeitpflege Handlungsbedarf besteht, sondern auch auf Landesebene. Das gilt auch für die Frage der solitären Kurzzeitpflege. Die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsinfrastruktur liegt in der Verantwortung der Länder. So kann das Land über die Investitionskostenfinanzierung der Pflegeeinrichtungen seinen finanziellen Beitrag leisten.

Aber es gibt noch mehr Punkte, die wir im Ausschuss besprechen sollten. Was ist zum Beispiel, wenn ein Kurzzeitpflegebedürftiger eine Behinderung hat? Dann ist auch eine anderweitige Unterbringung für die Kurzzeitpflege möglich, etwa in Spezialeinrichtungen, die auf die speziellen Bedürfnisse behinderter Menschen ausgerichtet sind. Sollen solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtungen auch für diese Fälle ausgestattet sein? Diese Frage werden wir klären müssen.

Oder wie sollen wir verfahren, wenn ein Pfleger selbst einer stationären Vorsorge- oder Reha-Maßnahme bedarf? In derartigen Fällen kann der Angehörige mitgenommen werden, das heißt, in derselben oder in einer nahegelegenen Einrichtung auch ohne Pflegezulassung untergebracht werden. Wir müssen daher prüfen, ob die solitären Kurzzeitpflegeeinrichtungen auch für diese Fälle gerüstet sein sollen.

Genau dies müssen wir auch für Demenzkranke prüfen. Auch Demenzkranke, die langfristig von Angehörigen zu Hause gepflegt werden, haben einen Anspruch auf Kurzzeitpflege. Ob auch für diese Gruppe, die bei der kurzfristigen Mobilisierung nicht mehr so sehr im Vordergrund stehen dürfte, die solitäre Kurzzeitpflege geöffnet werden soll, bedarf ebenfalls der Erörterung.

Beide Anträge sind es wert, im Ausschuss beraten zu werden. Die Kurzzeitpflege ist es allemal. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Bei den vielen Baustellen im Pflegebereich ist vielleicht nicht allen klar, dass wir auch bei der Kurzzeitpflege vor erheblichen Problemen stehen. Tatsache ist, dass es hier schon länger zu Versorgungsengpässen kommt. Dabei war und ist diese Entwicklung absehbar: Genau wie der allgemeine Pflegeberuf steigt auch die Nachfrage nach Kurzzeitpflegeplätzen. Gleichzeitig hat die Zahl dieser Plätze in den vergangenen Jahren aber offenbar sogar abgenommen. Im Ergebnis kann der Bedarf längst nicht mehr gedeckt werden. Nach Einschätzung von Experten hat diese Unterversorgung in einigen Regionen schon gefährliche Ausmaße angenommen.

Zugegeben: Es ist nicht ganz einfach, hier an verlässliche Zahlen zu kommen. Noch dazu ist die Struktur der Kurzzeitpflege in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. In Ländern wie Sachsen und Berlin wird Kurzzeitpflege zum Beispiel fast ausschließlich in solitären Einrichtungen erbracht. Bei uns oder in Hamburg wird sie dagegen fast nur in eingestreuten Betten oder gesonderten Abteilungen angeboten. Noch dazu gibt es bei den Platzzahlen auch innerhalb Schleswig-Holsteins große Unterschiede. Aber nach allem, was mir Betroffene berichtet haben, hat dieses Problem längst ein Ausmaß erreicht, das ein Gegensteuern erfordert. Deshalb ist es unheimlich gut, dass die SPD dieses Thema hier auf die Tagesordnung setzt.

Eines sollten wir uns bewusst machen: Kurzzeitpflege ist kein Zusatzangebot oder Luxus. Wer diese Pflege braucht, muss sie auch bekommen, und zwar ohne Wenn und Aber. Kurzzeitpflege ermöglicht pflegebedürftigen älteren Menschen den Aufenthalt in einer stationären Einrichtung, und zwar für einen begrenzten Zeitraum. Das ist eine unheimlich wichtige Hilfe, wenn Angehörige aufgrund einer Krise eine Zeitlang nicht selbst pflegen können oder einfach mal eine Auszeit brauchen.

Genau deshalb ist es auch so wichtig, Schwankungen im Bedarf zu berücksichtigen und zum Beispiel auch für klassische Urlaubszeiträume ausreichend Plätze vorzuhalten. Noch dazu ermöglicht Kurzzeitpflege nach einem Krankenhausaufenthalt, sich zu orientieren und in Ruhe zu entscheiden, ob ein

Heim oder die ambulante Betreuung der richtige Weg ist.

Pflegebedürftige Menschen haben in dieser Phase die Möglichkeit, sich in der 24-Stunden-Versorgung einer stationären Einrichtung zu erholen. Das gibt ihnen und ihren Angehörigen ein ganz anderes Maß an Sicherheit. Auch diesen Punkt darf man nicht unterschätzen, denn in dieser Zeit kann zum Beispiel die Wohnung an veränderte Bedürfnisse angepasst werden, oder es können andere Maßnahmen ergriffen werden, die ein selbstständiges Leben wieder ermöglichen. In diesen Fällen trägt Kurzzeitpflege also ganz besonders dazu bei, die Lebensqualität der Betroffenen zu erhalten, und gerade dieser Punkt ist dem SSW sehr wichtig.

(Beifall SSW und Birte Pauls [SPD])

An einer verlässlichen Kurzzeitpflege führt also kein Weg vorbei. Ganz offensichtlich sind wir davon aber ein gutes Stück entfernt. Wir alle wissen, dass hierfür nicht nur die nötige finanzielle Grundlage fehlt. Wir haben leider auch nicht das nötige Pflegepersonal, um diese Aufgabe kurzfristig zu bewältigen. Noch dazu ist uns nicht ganz klar, ob das Land hier tatsächlich so viel Einfluss hat, wie es die SPD in ihrem Antrag nahelegt, aber wir unterstützen selbstverständlich alle Maßnahmen, die eine Kurzzeitpflege von hoher Qualität zum Ziel haben.

Die Forderung an die Landesregierung, hierfür ein Konzept zu entwickeln, ist natürlich sinnvoll. Entscheidend ist und bleibt aber die Frage der Ressourcen, und da ist nicht zuletzt die Bundesebene gefragt, denn nur durch mehr Mittel für entsprechende Einrichtungen und einen angemessenen Lohn für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir diese Lücke auch wirklich schließen können. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die Landesregierung hat das Wort der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, eines ist deutlich geworden in der Debatte, nämlich dass über das Erfordernis, flächendeckend passgenaue Pflege anzubieten, mehr Pflegeinfrastruktur vorzubereiten und

**(Minister Dr. Heiner Garg)**

Pflege präventiver und rehabilitativer Ausrichtung zu schaffen, seit längerer Zeit weitgehend Einigkeit besteht.

Das war nicht immer so, denn als die Pflegeversicherung 1994 die letzte parlamentarische Hürde genommen hat, hatte man sich darauf verlassen, dass das sogenannte familiäre Pflegepotenzial, das damals rund 70 % der Pflegebedürftigen versorgte, schon irgendwie so weiter vorhanden ist. Die Spezialistinnen und Spezialisten unter Ihnen wissen es: Von familienentlastender Pflege war 1994 noch relativ wenig die Rede. Da dachte man nämlich, mit ein bisschen Pflegegeld für diejenigen, die ambulant in der eigenen Häuslichkeit durch Familienangehörige gepflegt werden, sei es schon getan.

Es ist gut, dass das inzwischen längst anders gedacht wird. Viele von Ihnen haben zuvor schon darauf hingewiesen: Die pflegenden Angehörigen sind nach wie vor die größte Gruppe, die im Land pflegt. Genauso besteht Konsens, dass Kurzzeitpflege ein unverzichtbarer Bestandteil dieser pflegerischen Versorgung ist. Sie trägt ganz wesentlich dazu bei, die häusliche Pflege zu stärken und die Rückkehr in die eigene Häuslichkeit nach einem Krankenhausaufenthalt zu erleichtern beziehungsweise diese Rückkehr überhaupt zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, insofern ist die mit dem PSG I eingeführte Möglichkeit der Flexibilisierung und Ausweitung bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Kurzzeitpflege tatsächlich der berühmte Schritt in die richtige Richtung. Es sind Möglichkeiten, die insbesondere pflegenden Angehörigen Wege eröffnen sollen, Belastungssituationen bewältigen zu können.

Das ist die eine Seite der Medaille, und es ist gut, dass der Bund mit dem Pflegestärkungsgesetz I die entsprechenden Anspruchsvoraussetzungen definiert hat. Die andere Seite der Medaille ist allerdings, dass für die Einrichtungsträger der Betrieb einer solitären Kurzzeitpflegeeinrichtung ein ganz erhebliches wirtschaftliches Risiko darstellt. Auch das haben, wenn ich richtig zugehört habe, alle Vorrednerinnen und Vorredner bereits deutlich gemacht. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, wer Träger der Einrichtung ist.

Kurzzeitpflege findet in Schleswig-Holstein daher in der Regel in Form von sogenannten eingestreuten Plätzen in vollstationären Langzeiteinrichtungen statt. Diese Plätze können flexibel vergeben werden, aber es ist sehr leicht vorstellbar, dass es gerade zu Ferienzeiten zu deutlichen Engpässen kommen kann. Wir wissen auch, dass es in be-

stimmten Kreisen in Schleswig-Holstein auch außerhalb von sogenannten Hochzeiten inzwischen immer wieder sehr deutliche Versorgungsgengpässe gibt.

Um mehr ausschließlich auf Kurzzeitpflege ausgerichtete Angebote zu ermöglichen, müssen also Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der Betrieb von solitären Kurzzeitpflegeeinrichtungen wirtschaftlich tragfähig wird. Ich will sehr deutlich sagen: Dafür muss, und auch das wurde in der Debatte angesprochen, der Bundesgesetzgeber die Voraussetzungen schaffen. Der Schlüssel für eine nachhaltige Verbesserung der Situation der Kurzzeitpflege liegt in der Tat zunächst einmal im Spielfeld des Bundes. Frau Abgeordnete Pauls, ich habe mich ein bisschen gewundert. In Ihrem Ursprungsantrag haben Sie das zu Recht adressiert. Den Schlüssel zur Lösung dieses von Ihnen zu Recht aufgegriffenen Problems haben Sie in Ihrem neuen Antrag rausgestrichen. Das habe ich schlicht und ergreifend nicht verstanden.

(Beifall FDP)

Sie haben vollkommen zu Recht in Ihrem Ursprungsantrag das Hauptproblem skizziert. Dann haben Sie es in der neuen Vision wieder herausgestrichen. Darüber habe ich mich zumindest gewundert.

Meine Damen und Herren, es muss die Vergütung der ebenfalls erforderlichen aktivierenden und rehabilitationsorientierten Pflege neu geregelt werden. Sonst werden wir an dieser Stelle kaum weiterkommen. Selbst wenn das Land noch - -

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Birte Pauls?

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Ich hätte den Satz gern zu Ende gesprochen, aber selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Selbstverständlich. Ich gehe davon aus, dass die Abgeordnete einverstanden ist, wenn Sie den Satz gern noch zu Ende führen.

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Selbstverständlich. Immer gern.

**(Minister Dr. Heiner Garg)**

**Birte Pauls** [SPD]: Vielen Dank, Herr Minister. - Nur eine kleine Erklärung: Wir haben den Satz deshalb rausgestrichen, weil er schon im Koalitionsvertrag steht. Wir wollten eine Doppelung verhindern.

(Lachen FDP und CDU)

Der Adressat bleibt, und ich bin mir mit der Kollegin von der CDU einig, zu sagen: Die Koalition auf Bundesebene muss hier möglichst schnell reagieren. Es ist Sinn und Zweck auch dieser Debatte, dem Bund hier einen Schubs zu geben.

- Frau Abgeordnete Pauls, ich akzeptiere das so. Tun Sie mir den Gefallen: Machen Sie das mit dem gleichen Nachdruck, mit dem Sie immer wieder versuchen, die Landesregierung sozusagen zum Ja-gen zu tragen - wobei die Landesregierung das bei der Pflegepolitik gar nicht braucht; aber das ist in Ordnung, und gern gemeinsam mit der Kollegin Rathje-Hoffmann, da bin ich gar nicht eifersüchtig -, mit dem Bund, denn der Bund schreibt sich schöne Dinge in den Koalitionsvertrag, siehe Schulgeldfreiheit bei den Gesundheitsberufen, und das Land setzt das dann am Ende um. Das kann es auch nicht sein.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Pauls?

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Ja, weil ich sehe, wie viel Spaß es der Abgeordneten Pauls gerade macht.

**Birte Pauls** [SPD]: Das stimmt, das bringt mir gerade richtig Spaß. - Ich kann Ihnen natürlich sehr gern versprechen, dass wir in den eigenen Reihen den Druck in Richtung Bund aufrechterhalten werden. Sie sagten, wir sollten Ihnen nicht vorwerfen, dass das Thema Pflege für Sie nicht wichtig sei. Ich stelle fest: So viele Pflegeanträge sind von Ihrer Seite in dieser Legislaturperiode noch nicht gekommen; die meisten Anträge sind von uns gekommen. Dazu gehört zum Beispiel auch der Antrag auf Gebührenfreiheit der Gesundheitsfachberufe. - Vielen Dank.

(Christopher Vogt [FDP]: Warum habt ihr das eigentlich nicht umgesetzt? - Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Frau Abgeordnete Pauls, das kennen Sie doch aus der vergangenen Legislaturperiode: Das Schöne am Regieren ist - wir machen es einfach!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist Ihr Privileg, das zu fordern. Somit sind die Rollen klar verteilt. Wenn wir gemeinsam Erfolg beim Bund haben, dann hat sich doch diese heutige Debatte schon gelohnt.

Ich komme auf das schon mehrfach angesprochene Grundproblem der Refinanzierung von Pflegeleistungen unter der Bedingung von begrenzten Leistungen der Pflegeversicherung zurück. Sie wissen das; das ist nichts Neues. Diese Begrenzung führt dazu, dass gerade auf Rehabilitation ausgerichtete Pflegeleistungen derzeit von den betroffenen älteren Menschen oder auch ihren Angehörigen selbst getragen werden müssen. Das ist in der Regel zu teuer. Deshalb würde auch ein erweitertes Angebot zunächst einmal eher wenig in Anspruch genommen werden.

Deshalb hat sich Schleswig-Holstein bereits in der Vergangenheit auf Bund-Länder-Ebene zur spezialisierten Kurzzeitpflege klar positioniert. Die Forderung war, dass die im Vergleich zu anderen Versorgungsformen erhöhte Leistungskomplexität in Kurzzeitpflegeeinrichtungen auch mit entsprechenden personellen und strukturellen Rahmenbedingungen unterlegt und durch die Pflegeversicherung, aber im Zweifel auch durch die Krankenversicherung gegenfinanziert wird.

Meine Damen und Herren, diese Forderung bleibt richtig. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz im vergangenen Dezember hat daher die Bundesregierung erneut aufgefordert, die solitäre Kurzzeitpflege insbesondere durch Verbesserung der Rahmenbedingungen zu stärken. Es ist offensichtlich, dass die Finanzierungsstrukturen für die Kurzzeitpflege dringend überarbeitet und verbessert werden müssen. Hierbei sind nicht allein die Pflegeversicherung, sondern auch - sektorenverbindend - die Krankenversicherungen und die Leistungen der Rehabilitation ins Auge zu fassen; denn alle profitieren am Ende davon.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Schleswig-Holstein wird sich dafür einsetzen, dass Anreize für die Einrichtung und den Betrieb von Kurzzeitpflegeeinrichtungen geschaffen werden, deren

**(Minister Dr. Heiner Garg)**

Bedeutung und Notwendigkeit aufgrund der geschilderten demografischen Entwicklung in unserem Land mit Sicherheit weiter steigen werden.

Ich freue mich, dass die Kollegin Rathje-Hoffmann und die Kollegin Pauls mit derselben Empathie und demselben Engagement, dass sie hier beide gezeigt haben, auch in Richtung Berlin wirken wollen. Ich verspreche Ihnen: Wir machen unsere Hausaufgaben - übrigens gern mit Ihnen gemeinsam, gern mit der konstruktiven Opposition gemeinsam. Aber auch Berlin hat an dieser Stelle gefälligst seine Hausaufgaben zu machen. Pflege ist mehr als irgendein Nischen- oder Randthema. Es ist die größte Herausforderung, jedenfalls im gesundheits- und sozialpolitischen Bereich, für unsere älter werdende Gesellschaft.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE, vereinzelt SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1362 (neu) sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1384 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Es ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schüler und Schülerinnen der Beruflichen Schule des Kreises Ostholstein. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

**Bericht zum Branchencheck Pflegekräfte**

Antrag der Fraktion der AfD  
Drucksache 19/1287

Ich erteile das Wort dem Minister für Soziales, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben es soeben schon in den Debattenbeiträgen gehört - es ist in der Tat keine Neuigkeit -, dass in Schleswig-Holstein wie in allen anderen Bundesländern bereits heute Fachkräfte in der ambulanten und der stationären Altenpflege in ganz erheblichem Ausmaß fehlen. Im vergangenen Dezember etwa betrug die Vakanzdauer von gemeldeten Stellen für Altenpflegekräfte bundesweit im Durchschnitt 175 Tage. Dabei ist offensichtlich, dass zusätzliche Ausbildungsplätze und vermehrte Rekrutierungsaktivitäten nur Teile der Lösung sein können, zumal dies andere Branchen ebenfalls tun und im demografischen Wandel an ihre Grenzen stoßen. Zunehmend wichtiger wird es daher, Fachkräfte im Beruf zu halten und Möglichkeiten zu nutzen, die Einrichtungen als Arbeitsplatz attraktiv zu machen.

Auch ich möchte, dass wir junge Menschen für die Pflege gewinnen. Was ich aber nicht möchte, ist, dass wir darüber vergessen, wie wir diejenigen behandeln, die gerade in der Pflege tätig sind. Wir sollten darüber nachdenken, wie es uns gelingt, diejenigen, die sich von der Pflege abgewandt beziehungsweise die nach fünf, sechs oder sieben Jahren frustriert hingeworfen haben, um entweder einer anderen Tätigkeit nachzugehen oder sich in der eigenen Häuslichkeit um andere Dinge zu kümmern, zu animieren, in ihren Beruf zurückzukehren. Es gibt nämlich durchaus Einrichtungen, die das Problem des Fachkräftemangels nicht oder nur in deutlich geringerem Ausmaß als andere haben. Daher lohnt es sich, genau hinzuschauen, was diese Einrichtungen eigentlich anders machen.

Der Branchencheck Altenpflege zielte genau darauf ab, die Merkmale zu identifizieren, die Betriebe ohne oder mit geringerem Fachkräfteproblem von anderen - also mit großem Fachkräfteproblem - unterscheiden.

Er sollte ebenfalls zeigen, anhand welcher Kriterien sich Unternehmen mit eher zufriedenen von solchen mit eher unzufriedenen Beschäftigten unterscheiden. Ziel des Branchenchecks war beziehungsweise ist es, aus diesen Erkenntnissen konkrete Maßnahmen zur Gewinnung und zur Bindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abzuleiten.

Teilgenommen an der Befragung haben 249 Pflegeeinrichtungen und 706 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Lassen Sie mich - wie gewünscht - einige zentrale Ergebnisse zusammenfassen:



**(Minister Dr. Heiner Garg)**

Die Leitungsbefragung hat ergeben, dass in 69 % der Einrichtungen in Schleswig-Holstein Fachkräftemangel herrscht, in 31 % der Einrichtungen dagegen nicht. 37 % der Leitungen gaben an, dass die Einrichtungen aufgrund fehlender Fachkräfte nur eingeschränkt geführt werden können.

Als entscheidendes Mittel gegen Fachkräftemangel wird von den Einrichtungsleitungen die Ausbildung im eigenen Betrieb genannt - von 81 % der befragten Führungskräfte! Weitere Faktoren sind eine strategische Personalentwicklung oder die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Fachkräftebindung ist aber auch eine Kulturfrage. So leiden die Einrichtungen, in denen ehrenamtliches Engagement hohe Bedeutung hat, in viel geringerem Umfang an Fachkräftemangel als Einrichtungen, in denen ehrenamtliches Engagement so gut wie gar nicht vorkommt.

In der Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden folgende Kriterien für die Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz genannt: erstens Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zweitens eine schlanke Dokumentation, drittens das Angebot einer betrieblichen Gesundheitsförderung, viertens ein verlässlicher Dienstplan, fünftens die Unterstützung bei der Kinderbetreuung.

Negativ auf die Arbeitsplatzzufriedenheit wirken sich danach aus: erstens eine hohe Personalfluktuation, zweitens dauerhafte Überforderungssituationen, drittens ein hoher Anteil an externen Zeitarbeitsbeschäftigten.

Als für die Arbeitszufriedenheit relevante Faktoren wurden aber auch Bezahlung, Betriebsklima, Team, Arbeitszeiten, Vereinbarkeit von Arbeit und Freizeit sowie Wertschätzung und Anerkennung genannt.

Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse können Sie im Landesportal einsehen beziehungsweise herunterladen.

Der entscheidende - nun anstehende - nächste Schritt ist es, aus diesen Ergebnissen Strategien für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitszufriedenheit zu entwickeln. Diese sollen dann auf betrieblicher Ebene umsetzbar sein. Dazu werden die Erkenntnisse jetzt in der Arbeitsgruppe intensiv beraten, um dann in Abstimmung mit dem Landespflegeausschuss praxisrelevante und zielführende Handlungsempfehlungen formulieren zu können.

Ziel ist es, die Branche zu motivieren und dabei zu unterstützen, entsprechende Aktivitäten zu ent-

wickeln. Ich will es hier sehr deutlich sagen: Es ist auch an den Betrieben selbst, die Arbeitsbedingungen vor Ort zu verbessern. Es gilt, das Bewusstsein zu stärken, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Kostenfaktoren, sondern die Erfolgsfaktoren in der Pflege schlechthin sind. Das gilt für alle Einrichtungsträger, auch und gerade die privaten, die hier 66 % in der stationären Altenpflege bewirtschaften.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Betriebe selbst müssen ein ureigenes Interesse an der Führung und Bindung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben und sich noch stärker an der Lebensvorstellung und den Werten der heutigen Fachkräfte ausrichten.

Beabsichtigt ist es, die Ergebnisse des Branchenchecks einem breiten Fachpublikum vorzustellen. Dabei sollen im Rahmen einer Fachveranstaltung erste Best-Practice-Beispiele aufzeigen, wie beispielsweise gute Führung und ein gutes Arbeitsklima gefördert werden können. Die Trägerverbände haben es dankenswerterweise übernommen, einen Umsetzungsvorschlag zu erarbeiten und die Organisation der Fachtagung in die Hand zu nehmen.

Beschlossen ist auch ein Runder Tisch mit Fach- und Führungskräften aus Einrichtungen mit geringeren Personalproblemen. Es sollen konkrete Empfehlungen für andere Einrichtungen, ich sage einmal salopp, wo es nicht ganz so läuft, entwickelt werden. Der Zusammenhang zwischen Art der Dokumentationspflichten und der Arbeitszufriedenheit war ein zentraler Aspekt in der Fachveranstaltung „Qualität gemeinsam entwickeln“ von Forum Pflegegesellschaft und LAGPSH an diesem Montag. Dort wurden gemeinsam mit Einrichtungsträgern und Fachkräften die Anforderungen der neuen Qualitätsindikatoren und Qualitätsprüfungen in der stationären Pflege erörtert. Es wurde ihre Vereinbarkeit mit den erreichten Fortschritten in der Entbürokratisierung der Pflegedokumentation aufgezeigt; denn es soll in jedem Fall verhindert werden, dass die bereits erreichten Ziele des Strukturmodells etwa wieder aufgegeben werden. Die breite Umsetzung einer vereinfachten Dokumentation ist und bleibt ein wichtiges Ziel der Landesregierung. Das bestärken im Übrigen auch die Ergebnisse des Branchenchecks.

Weiter verabredet und bereits in Vorbereitung ist eine Veranstaltungsreihe „Zukunftsblicke“. In diesem Rahmen sollen Perspektiven der digitalen Transformation in der Pflege für die Beschäftigten

**(Minister Dr. Heiner Garg)**

dargestellt werden, um Ängste zu nehmen und Chancen zu verdeutlichen. Denn die schönsten Digitalisierungsstrategien und die tollsten modernen Angebote nützen nichts, wenn sie nach wie vor auf Skepsis bei den Pflegenden, aber auch bei den zu Pflegenden stoßen, meine Damen und Herren.

Gemeinsam müssen wir für die Beschäftigten, aber auch im Interesse der Pflegbedürftigen alles daran setzen, in Einrichtungen, wo es noch nicht geschehen ist, gute Arbeitsbedingungen zur Chefsache zu machen. Menschenwürdige Pflege setzt auch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Menschen, die mit Empathie und hoher Kompetenz den anspruchsvollen Berufsalltag in der Pflege meistern, voraus. Der Branchencheck liefert eine ganz ordentliche Basis, auf der die Einrichtungen aufbauen und vor allem von guten Beispielen lernen können. - Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Meine Damen und Herren, der Minister hat die Redezeit um rund 3 Minuten erweitert.

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete der AfD-Fraktion, Claus Schaffer.

**Claus Schaffer [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Herr Minister Garg, vielen Dank für den Bericht, das war sehr aussagekräftig. Es hat viele Befürchtungen bestätigt und auch ein bisschen Hoffnung und Mut gemacht. Vielen Dank.

Ziel des Branchenchecks Pflegekräfte sollte es sein, von den Beschäftigten selbst zu erfahren, was die Arbeit in der Pflege attraktiv macht und welche Umstände den Arbeitsplatz eher unattraktiv erscheinen lassen.

Das jetzt vorliegende Ergebnis des Branchenchecks veranschaulicht eindrucksvoll das bisherige Versagen in der Politik, den Personalnotstand in der Pflege zu beseitigen. Dies bezieht sich sowohl auf die Fachkräftegewinnung als auch auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gerade auch um Fachkräfte langfristig im Beruf zu halten.

Nach Angaben der Beschäftigten herrscht in 69 % der Einrichtungen ein akuter Fachkräftemangel. Mehr als zwei Drittel der Einrichtungen können so angemessene gute und würdevolle Pflege nicht ge-

währleisten. Zu den maßgeblichen Faktoren, die die Arbeit unattraktiv machen, gehören eine hohe Fluktuation, viele Mitarbeiter aus Zeitarbeitsfirmen sowie eine stete Überforderung aufgrund des Personalmangels und damit einhergehender Zeitknappheit. Maßgeblich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen tragen verlässliche Arbeitszeiten, gute Teamarbeit, Vereinbarkeit von Arbeit und Familie sowie Wertschätzung und Anerkennung der wichtigen geleisteten Arbeit bei, selbstverständlich auch eine angemessene Bezahlung.

Als zentrales Mittel gegen den Fachkräftemangel wird von 81 % der Befragten die Ausbildung im eigenen Betrieb genannt. Das ist der richtige Ansatzpunkt, meine Damen und Herren, und nicht der hier im Land im Wege der Fachkräfteinitiative überwiegend bevorzugte und gewählte Weg über die Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Das Anwerben ausländischer Fachkräfte schwächt nämlich die dortigen Volkswirtschaften, denn auch dort fehlen dann letztlich Fachkräfte in der Pflege. Es ist ein erneuter Anreiz zu einer Zuwanderung, die uns auf diesem Gebiet nicht helfen wird.

Die Ausbildung eigener Fachkräfte im Betrieb muss finanziell erheblich gefördert werden. Dazu gehören auch verbesserte Fort- und Weiterbildungsprogramme. Wir brauchen Nachqualifizierungen für Menschen, die in den Pflegeberuf zurückkehren wollen. Dieser Gruppe muss der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden. Außerdem muss die Weiterqualifizierung von einem Pflegehelfer zu einer examinierten Pflegefachkraft vergütet werden. Genau dies war bisher nicht der Fall, sodass viele Kranken- oder Altenpflegehelfer auf die Qualifizierung verzichtet haben.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist, dass die häusliche Pflege gestärkt wird. Wir möchten die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege der Eltern im gewohnten häuslichen Umfeld entscheiden können. Als Grundlage für die häusliche Pflege gilt es, das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in einem umfassendes Beratungs- und Betreuungsnetzwerk zu verbessern. Außerdem sind die Pflegesätze in der häuslichen Pflege an die Leistungen der Pflegedienstleister anzugleichen. Es kann nicht angehen, dass die Pflege älterer Menschen durch einen Dienst oder durch ein Heim höher vergütet wird als die Pflege durch einen Angehörigen. Die Pflegegeldbeiträge müssen unter Berücksichtigung ungedeckter pflegerischer Bedarfe neu kalkuliert werden.

(Claus Schaffer)

Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen insgesamt verbessert werden. Die Beschäftigten haben die Leiharbeitsverhältnisse als Belastung empfunden, und dies völlig zu Recht, meine Damen und Herren. Der zunehmende Anteil von prekären Beschäftigungsverhältnissen wirkt sich negativ auf den Wohlstand aus. Der Aufbau der eigenen Altersvorsorge leidet und bleibt ganz aus.

Die AfD fordert deshalb eine gesetzliche Obergrenze von 15 % der Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in den Unternehmen. Zudem muss eine Leiharbeit nach einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit einem festen Anstellungsvertrag gleichgestellt werden. Auch für Arbeitslose können die Rahmenbedingungen verbessert und diese für eine Ausbildung in der Pflege gewonnen werden. Wir fordern daher eine bedarfsangepasste Qualifizierung für Arbeitslose. Dies muss in enger Abstimmung insbesondere mit der mittelständischen Wirtschaft erfolgen, bei der immerhin 80 % der Arbeitnehmer in Deutschland beschäftigt sind.

Wir können also durchaus durch die Ausschöpfung unserer eigenen Möglichkeiten und ohne beständige Anwerbung ausländischer Fachkräfte den Pflege-Notstand in den Griff bekommen. Vielleicht nicht kurzfristig, auch nicht mittelfristig, aber wir sollten kurzfristig in jedem Fall den Blick verstärkt nach innen richten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die CDU-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da haben wir es wieder. Die AfD hat sich mal wieder geoutet, es sind die Ausländer. Es muss alles funktionieren, ohne weitere Ausländer anzuwerben. Wissen Sie was, Herr Schaffer? - Ohne Ausländer geht in der Pflege überhaupt nichts.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es ist gut, dass uns diese Menschen unterstützen und dass diejenigen, die bei uns ein Bleibeperspektive haben, diese Berufe ergreifen. Ich kenne zwei männliche Flüchtlinge aus Syrien, die beide eine Ausbildung als Pfleger machen, und ich finde das gut so.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich ist es auch wichtig, dass wir uns intensiv Gedanken darüber machen, wie die pflegerische Versorgung - auch mit diesen Kräften - erfolgt und welche Schlüsse wir aus dem Branchencheck Pflege für die weitere Versorgung der alten und kranken Menschen im Lande ziehen. Aus der Sicht der Fachkräfte und auch aus der Sicht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Altenpflegebranche in Schleswig-Holstein ist es wichtig, dass wir uns damit beschäftigen, was die Menschen stört und was sie an ihrem Beruf gut finden. Besonders hervorzuheben ist das nicht wirklich überraschende Ergebnis der Befragung zum Thema „Fachkräftemangel“. In mehr als zwei Dritteln aller an der Befragung beteiligten Einrichtungen herrscht ein signifikanter Fachkräftemangel. Das ist das zentrale Problem dieser Branche, das wissen wir, das haben wir gerade gehört, nicht nur hier in Schleswig-Holstein, sondern deutschlandweit.

Im Durchschnitt braucht es - und hier gibt es eine kleine Differenz - 174 Tage. Minister Dr. Garg hat 175 Tage genannt. Das macht deutlich, dass dies viel zu lange ist, um neue oder vakante Plätze zu besetzen und neue Arbeitskräfte zu finden, und das mit steigender Tendenz. Deswegen wurden erstmals in den Jahren 2017 und 2018 in diesem Bereich Leitungen von Altenpflegeeinrichtungen und Pflegefachkräfte befragt, um so herauszufinden, wo es mögliche Probleme gibt und welche Ursachen jeweils aus der eigenen Sicht zu benennen sind.

Selbstverständlich wurden hierbei auch Kritikpunkte wie Unzufriedenheit und die Ursachen für eine gute Arbeitszufriedenheit abgefragt. Dieses alles soll dazu beitragen, die jeweiligen Einflussfaktoren zu benennen und weitere Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel aufzuzeigen.

Professor Dr. Björn Christensen von der Fachhochschule Kiel, dem „Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung und Weiterbildung“, wurde beauftragt, eine Online-Befragung durchzuführen. Daran beteiligten sich landesweit 249 Pflegeeinrichtungen mit 706 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Insgesamt wurden - auch das ist wichtig - 918 Einrichtungen angeschrieben. Somit betrug die Rücklaufquote rund 27 %. Das ist kein schlechter Wert in Anbetracht der Arbeitsbelastung der Befragten.

Die Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fand von Anfang Juli bis Ende August im letzten Jahr online statt. Die durchschnittliche Einrichtungsgröße lag bei 133 Pflegeplätzen, und die Hälft-

**(Katja Rathje-Hoffmann)**

te der Einrichtungen war nicht privatwirtschaftlich organisiert. Knapp zwei Drittel der Befragten arbeiteten in stationären Einrichtungen.

Es ist nicht besonders verwunderlich, dass eine große Arbeitszufriedenheit von Aspekten abhängen wie faire Bezahlung, gutes Betriebsklima, Arbeitszeit und Teambzusammensetzung, Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit. Auch spielte die direkte Einbindung in die Aufstellung von Dienstplänen, Weiterbildung und Anerkennung eine sehr große Rolle.

Noch weniger verwunderlich ist, dass sich die Zufriedenheit auch auf die Bindung an die Einrichtung auswirkt. Negative Aspekte, wie ein hoher Grad der Überlastung und Überforderung, haben eine hohe Fluktuation zur Folge; das wissen wir. Es ist auch logisch, dass die Unzufriedenheit anwächst, je länger solche belastenden Situationen andauern. Außerdem führen eine mangelhafte Einweisung und schlechte Kenntnis in der Digitalisierung dazu, dass diese nicht als Gewinn, sondern eher als Belastung empfunden wird.

Alarmierend ist, dass lediglich 38 % der befragten Personen angaben, in den nächsten drei Jahren noch in der jetzigen Einrichtung und Position tätig sein zu wollen. Das sind Alarmsignale.

(Beifall CDU und SSW)

Eine gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV ist für die Befragten ebenfalls sehr wichtig, ebenso die Verlässlichkeit der Dienstpläne sowie eine Einbindung in die Personalsuche und eine vereinfachte Dokumentation. Erwähnt wird auch die positive Unterstützung bei der Kinderbetreuung und der Gesundheitsförderung.

Die Einrichtungsleitungen setzen sich bei der Nachwuchsgewinnung dafür ein, eine kontinuierliche Ausbildung zu ermöglichen und fortwährend auszubilden. 81% bildet aus, der Rest aber nicht, und 52 % setzt erfolgreich auf eine strategische Personalentwicklung in der Ausbildung und in der Fachkräftestrategie.

Erfreulich ist, dass sich die Anzahl der Azubis in der Pflege von 2013 bis 2017 von 1.869 auf 2.345 erhöht hat. Gemeinsam mit dem Landespflegeausschuss sollen nun Handlungsempfehlungen folgen, und auf verschiedenen Fachveranstaltungen sollen die Ergebnisse des Branchenchecks vorgestellt werden.

Wir wollen mit allen Beteiligten erreichen, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Ich setze große Hoffnungen in dieses angestoßene Projekt

der Landesregierung und hoffe, dass dies auch gut gelingen kann. Später wollen wir uns dann mit den Ergebnissen weiter beschäftigen; der Minister hat dies schon geschildert. Ich glaube, es ist gut, dass dies vom Ministerium so beauftragt worden ist. Es hilft dabei, Menschen, die in der Pflege sind, am Ball zu halten beziehungsweise in ihren Jobs zu bestätigen und dass sie an ihrer Arbeit Freude haben.

An die anderen Einrichtungen gerichtet sage ich: Diese müssen noch etwas tun, damit die Menschen dort wirklich gerne arbeiten und bleiben. Es muss auch darum gehen, die aufgezeigten Negativpunkte zu beseitigen. Wenn dies geschieht, haben wir eine gute Perspektive, dass wir die Menschen in der Pflege auch zukünftig noch gut versorgen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Birte Pauls.

**Birte Pauls [SPD]:**

Frau Präsidenten! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu dem Blödsinn, den Herr Schaffer hier von sich gegeben hat, sage ich jetzt besser nichts; denn ich habe die Befürchtung, dass ich ausfallend werden würde.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Na, na, na! „Blödsinn“ ist unparlamentarisch!)

Deshalb lasse ich das an dieser Stelle lieber.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Pflegesituation zu hinterfragen ist grundsätzlich immer eine gute Sache. Die richtigen Taten folgen zu lassen, ist dann eigentlich noch viel besser; denn einen großen neuen Erkenntnisgewinn gibt dieser Branchencheck Pflege tatsächlich nicht her.

Sehr bedauerlich ist die geringe Anzahl der Beteiligten. Von den 918 befragten Einrichtungen haben gerade einmal 249 Einrichtungsleitungen, also 27 %, an der Befragung teilgenommen - das kann man positiv sehen; ich habe es ein bisschen anders gelesen, aber gut -; davon sind 50 % private Einrichtungen. Welche privaten Einrichtungen daran teilgenommen haben, ergibt sich aus dem Bericht leider nicht. Mir stellt sich allerdings die Frage, ob die großen gewinnorientierten Träger die besten Ratgeber in Sachen zufriedene Mitarbeiter sind.

(Birte Pauls)

Bei der Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist - hinter diese Zahl setze ich jetzt ein Fragezeichen, weil mir andere Zahlen geläufig sind - in dem Bericht von 23.638 Pflegekräften in der Altenpflege die Rede. Diese Personen sind dann noch nicht einmal weiter aufgeschlüsselt worden. Ganze 706 Personen davon haben an der Befragung teilgenommen. Bei den 706 Personen konnte man noch nicht einmal sicherstellen, dass sie tatsächlich in der Altenpflege tätig sind, weil es eine öffentliche Online-Befragung war. Hätte man ein Jahr gewartet, hätte man mit der Pflegeberufekammer einen sicheren und guten Adressaten gehabt.

Wenn man eine solche Befragung in der Haupturlaubszeit Juli/August und damit bei noch engerer Personaldecke als ohnehin üblich durchführt, darf man sich vielleicht über die geringe Rückläuferquote auch nicht wundern.

Es wurden Fragen gestellt, die etwas außerhalb der üblichen Kritikpunkte, wie Bezahlung und Personalmangel - das hören wir ja immer wieder -, liegen und die zu den weichen Faktoren in der Arbeitszufriedenheit zählen. Ziel war es, Best-Practice-Beispiele herauszufiltern und Merkmale zu finden, die mit hoher Arbeitszufriedenheit einhergehen. So weit, so gut. Aber die Antworten sind total logisch. Natürlich habe ich mit einer strategischen Personalentwicklung, einer anständigen Mitwirkung, einer guten Einarbeitungszeit und eigener Ausbildung einen geringeren Fachkräftemangel. Das ist einfach logisch.

Genauso umgekehrt: Wenn der Arbeitsplatz schlecht erreichbar ist, die Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel in der ambulanten Pflege, schwierig und wirklich nicht gut sind und sich das Personal nicht auf Dienstpläne verlassen kann, braucht man schlichtweg nicht damit rechnen, dass die Fachkräfte vor meiner Einrichtung Schlange stehen.

Eine hohe Fluktuation, dauerhafte Überforderungssituationen und der ständige Einsatz von Zeitarbeitsfirmen machen komplett unzufrieden. Das erstaunt genauso wenig wie, dass Gesundheitsangebote und Unterstützung bei der Kinderbetreuung als positiv gewertet werden. Sehr schön, bloß aber kommen letztere Maßnahmen reichlich spät. Was für eine Überraschung!

Erschreckend und bestätigend ist, dass lediglich 31 % der befragten Einrichtungsleitungen angaben, dass in ihren Einrichtungen zurzeit kein Fachkräftemangel herrsche. Der Rest der Befragten gab an, dass die Einrichtungen teilweise oder nur eingeschränkt geführt werden könnten.

Dass die Ausbildung zu einer strategischen Personalentwicklung gehört, ist ziemlich logisch und eine Selbstverständlichkeit. Die 19 % der befragten Einrichtungen, die nicht ausbilden, sollten sich über einen Fachkräftemangel besser nicht beschweren. Wir sollten darüber diskutieren, ob diese nicht den doppelten Beitrag in den Ausbildungsfonds einzahlen müssen; denn die Ausbildung ist nun einmal grundlegend wichtig. Und wer sich daran nicht beteiligt, aber trotzdem später davon profitiert, muss eben mehr bezahlen oder auf eine andere Art und Weise bestraft werden.

Knapp 38 % der befragten Personen gaben an, dass sie sich nicht vorstellen könnten, in den nächsten Jahren in der jetzigen Einrichtung zu arbeiten. Davon gaben 50 % an, dass sie ganz aus dem Pflegeberuf ausscheiden möchten.

Wir müssen auch die Angst bei den pflegenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Digitalisierung ernst nehmen. Wir reden immer ganz viel über Digitalisierung und den positiven Eigenschaften der Digitalisierung, aber wenn Mitarbeiter, die damit tagtäglich umgehen sollen, Angst davor haben, müssen wir das sehr ernst nehmen.

Was hat dieser Branchencheck gebracht? Nichts Neues jedenfalls, und die Realität hat diesen Check schon längst eingeholt. Auf Freiwilligkeit insbesondere bei den gewinnorientierten Pflegeeinrichtungen können wir hier nicht warten; das ist aber das Signal aus diesem Branchencheck sowie ein Runder Tisch und so weiter.

Ich sage: Auf Freiwilligkeit können wir hier nicht warten. Wir brauchen für alle Bereiche der Pflege einen gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel, der sicherstellt, dass die Pflegenden ihren eigenen qualitativen Ansprüchen an eine zugewandte fachlich fundierte Pflege gerecht werden können. Das ist die Grundlage. Darüber hinaus sind verlässliche Dienstpläne und natürlich auch eine angemessene Bezahlung wichtig; aber danach wurde in diesem Branchencheck besser gar nicht erst gefragt.

Wenn das alles nicht passiert - also ein gesetzlicher Personalbemessungsschlüssel, verlässliche Dienstpläne und so weiter -, helfen alle anderen Angebote - seien sie noch so sinnvoll wie Gesundheitsvorsorge und so weiter - nicht, diesem Fachkräftemangel irgendetwas entgegenzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Pflege ist ein Schwerpunktthema der Jamaika-Koalition, und das aus gutem Grund: Bei der Pflege brennt es an allen Ecken in den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen und auch in der ambulanten Pflege. Die Pflege ist somit selbst ein Stück weit zum Pflegefall geworden. Heute geht es eben um die Altenpflege in unserem Land, konkret um den Branchencheck.

Laut Landespflegebericht gab es im Jahr 2015 428 ambulante Pflegedienste und 686 stationäre Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein. Dort waren insgesamt rund 42.300 Menschen beschäftigt. 2017 bezogen in Schleswig-Holstein 109.000 Personen Leistungen der Pflegeversicherung. 67 % der Pflegebedürftigen wurden in ihrem Zuhause gepflegt, 33 % in stationären Pflegeeinrichtungen. Eine große Verantwortung liegt also auf den Schultern der Familie, der Angehörigen sowie der Freundinnen und Freunden der jeweiligen Person.

Aber unsere Gesellschaft wird immer mobiler. Die sozialen Netze vor Ort werden lockerer. Immer mehr Menschen sind auf fremde oder auf andere Hilfe angewiesen. Umso wichtiger wird, dass professionelle Unterstützungsangebote in der Pflege ausreichend vorhanden sind. Wir brauchen mehr ambulante und stationäre Pflegeangebote, und wir brauchen mehr Menschen, die hauptberuflich pflegen wollen und pflegen können. Hier nehmen die Probleme aber eher zu als ab.

Die Arbeit, die in der Pflege vollbracht wird, ist sowohl körperlich als auch psychisch anspruchsvoll und immer sehr belastend. Die Bezahlung ist mäßig, und die gesellschaftliche Akzeptanz und die Anerkennung sind immer noch viel zu gering.

Die Verweildauer im Beruf variiert sehr stark; viele steigen nach wenigen Jahren wieder aus. Offene Stellen bleiben lange unbesetzt. Hinzu kommen Ausfallzeiten durch Krankheit und Urlaub. Die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen arbeiten immer wieder an ihrem und über ihr Limit hinaus.

Wir müssen es schaffen, dass ganz viele junge Menschen sich für den Beruf der Pflege entscheiden. Minister Garg hat aber auch schon angesprochen: Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Men-

schen in ihren Berufen bleiben und bleiben können, dass es Perspektiven gibt, dass es Entlastung für die Menschen, die pflegen, gibt, und dass Menschen auch wieder zurückkommen und sich für ihren ursprünglichen Berufswunsch wieder entscheiden können und Strukturen vorfinden, unter denen sie auch entsprechend arbeiten können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau deshalb haben wir die Altenpflegeausbildung für die Auszubildenden in Schleswig-Holstein kostenfrei gestellt. Das war ein riesiger Erfolg, für den man immer wieder bei Treffen vor Ort gelobt wird. Dabei wird immer wieder betont, welche Auswirkungen er hat. Er kann aber natürlich nur ein Schritt sein.

Wir müssen es schaffen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Pflege zufrieden sind und gesund bis zur Rente arbeiten können. Diese Grundsätzlichkeit haben wir in anderen Berufsfeldern ehrlicherweise nicht. Die Überlegung, ob ein Mensch zufrieden und gesund bis zur Rente arbeiten kann, sollte eine Grundvoraussetzung jeder Berufstätigkeit sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Initiiert durch die Trägerverbände haben Landesregierung, Arbeitsagentur, Gewerkschaften und das Kompetenzzentrum Fachkräftegewinnung eine Zukunftswerkstatt durchgeführt. Das Ergebnis ist der Branchencheck Pflege. Gemeinsam mit der Fachhochschule Kiel wurden Konzepte und Fragestellungen entwickelt.

In zwei Runden wurden Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Altenpflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein befragt; 294 Pflegeeinrichtungen - immerhin ein Viertel - und 706 Pflegekräfte haben mitgemacht. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Für die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - dabei geht es um die Bindung und Kontinuität der Beschäftigten an ihre Pflegeeinrichtung - ist erstens entscheidend, dass eine eigene Ausbildung und eine strategische Personalentwicklung vorliegen, dass es eine gute Erreichbarkeit durch öffentliche Verkehrsmittel gibt, dass ehrenamtliches Engagement in der Einrichtung möglich ist und ein verlässlicher Dienstplan und eine schlanke Dokumentation gewährleistet sind.

Hierbei spielt Digitalisierung eine Rolle: Wenn man beispielsweise bei der Dokumentation auf

(Lasse Petersdotter)

sprachbasierte Möglichkeiten zurückgreifen könnte, könnte das ein Fortschritt sein. Gleichwohl muss man die Überlastung und Überforderung dabei immer mitdenken, denn nicht jeder Mensch kann neben der hochanspruchsvollen pflegerischen Tätigkeit auch noch alles ausführlich dokumentieren und aufzeichnen. Digitalisierung kann dort helfen, ist aber nicht die alleinige Lösung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Dokumentation ist einer der großen Belastungspunkte. Viele Menschen in der Pflege sind in die Pflege gegangen, um zu pflegen, und nicht, um Menschen und jeden Vorgang zu dokumentieren - so wichtig das auch ist. Bei jeder MDK-Prüfung ist die Dokumentation wichtig.

Wenn es aber alleine schon möglich wäre, die Dokumentation per Sprachbefehl erfolgen zu lassen, dass es die Möglichkeit gäbe, über ein Mikrofon einzugeben, dass man Frau sowieso dieser und jener Maßnahme unterzogen hat, wäre das schon wahnsinnig hilfreich, wenn man sich dafür nicht immer wieder an einen Rechner setzen und alles noch einmal aufschreiben muss, was man den Tag über gemacht hat, denn dabei hat man nicht die Zeit für die Bewohnerinnen und Bewohner.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, Lars Harms [SSW] und Sandra Redmann [SPD])

Das nur kurz als fachfremde Notiz eines Sohnes einer Altenpflegerin.

Die Unterstützung bei der Kinderbetreuung - damit kommen wir wieder zu diesem Punkt - ist ebenso wichtig.

Im Gegenzug wirkt sich eine hohe Fluktuation nachteilig auf die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Das wundert nicht: Gerade in diesen Berufen ist man sehr auf das Team angewiesen, auf die Zusammenarbeit, auf die Verlässlichkeit. Wenn sich die Dienstpläne verändern, wenn man einen Wechsel in den unterschiedlichen Schichten hat, muss man die Leute kennen und wissen, welche Schwerpunkte und welche Bezüge sie zu den jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohnern haben. Daher brauchen wir eine Durchgängigkeit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Wichtige Faktoren sind hierbei dauerhafte Überforderungssituationen und ein hoher Anteil an Zeitarbeitskräften, die all das erschweren. Die Frage, wer in dieser Situation Henne und wer Ei ist, bleibt allerdings schwer zu beantworten.

Weitere Faktoren für die Zufriedenheit und die Bindung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Bezahlung, die Wertschätzung, die Anerkennung, das Team- und Betriebsklima, Arbeitszeiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und - ich sage es noch einmal - die Bezahlung, denn von aller Wertschätzung dieser Welt, die immer wieder gerade auch aus dem politischen Spektrum kommt, die schön und gut ist, kann man am Ende die Familie nicht ernähren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Im Grunde hängt alles mit allem zusammen. Das hat aber auch Potenziale, denn wenn wir an einer Stelle etwas zum Guten verändern, ist es so möglich, dass sich neue Chancen öffnen. Die Ergebnisse des Branchenchecks Pflege wurden intensiv in Arbeitsgruppen beraten, um konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Die Branche selbst - die Pflegeeinrichtungen, die Chefs und Chefinnen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - sollen motiviert und unterstützt werden. Sie können ihre Arbeitsbedingungen verbessern und zielführende Maßnahmen für eine gelungene Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und die langfristige Bindung entwickeln. Das ist gut für alle: für die Pflegenden, für die, die gepflegt werden, für das Unternehmen und für die Gesellschaft.

Wir Grüne haben vor Kurzem hier im Parlament selbst eine Veranstaltung mit über 140 Gästen durchgeführt. Das Interesse an dem Thema ist groß. Es gab einen Vortrag über Buurtzorg, der uns alle sehr tief beeindruckt hat. Nach dem Beispiel aus Holland werden den Pflegekräften durch diesen innovativen Ansatz in der ambulanten Pflege Verantwortung, Kompetenz, Entscheidungen und Souveränität zurückgegeben. Das ist eine klassische Win-win-Situation für alle. Ich kann nur empfehlen, sich genauer mit diesem Konzept auseinanderzusetzen.

Auf der Fachtagung zum Branchenpflegecheck am Montag sind die Ergebnisse der Fachöffentlichkeit vorgestellt worden. Arbeitsgruppen haben sich spannende Best-Practice-Beispiele vorgenommen. Ein Branchendialog ist gestartet worden. Das ist ein guter Schritt. Heute diskutieren wir hier im Landtag politisch über die Ergebnisse. Auch diese Bilanz kann ermutigend sein.

Jamaika handelt. Schleswig-Holstein ist auf dem Weg. Gute Pflege kann gelingen, wenn wir an einem Strang ziehen. Das tun wir. In Sachen Pflege verbindet uns im Haus einiges, vor allen Dingen ein

(Lasse Petersdotter)

gemeinsames Ziel, und zwar die gute Pflege für die Menschen in unserem Land. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Garg, vielen Dank für die Vorstellung der Ergebnisse aus dem Branchencheck der Pflegekräfte. Gleichzeitig möchte ich auch Herrn Professor Dr. Björn Christensen von der Fachhochschule Kiel für die Erarbeitung und die Durchführung des Branchenchecks danken.

Schon seit geraumer Zeit diskutieren wir deutschlandweit in den Parlamenten das Problem des Fachkräftemangels, auch im Bereich der ambulanten und der stationären Pflege. In Schleswig-Holstein stehen wir ebenso vor dieser Herausforderung, denn in 69 % aller hiesigen Altenpflegeeinrichtungen herrscht Fachkräftebedarf. Der Fachkräftebedarf oder -mangel grassiert in allen Berufen und Branchen, bei der Polizei, bei Lehrkräften, im Einzelhandel bis sogar hin zu den Fischwirten, bei denen man in Schleswig-Holstein nur auf einen einzigen bestehenden Ausbildungsvertrag kommt.

Trotz der Allgegenwärtigkeit des Fachkräftemangels gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Anbietern von Pflegedienstleistungen bei Personalbestand und Personalfuktuation. Diese Unterschiede zu untersuchen und hieraus Ableitungen zu treffen, welche Rahmenbedingungen oder Maßnahmen zum Beispiel zu höheren Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzufriedenheit oder geringeren Krankheitsständen führen, wird uns gute Wege aufzeigen.

Nachdem die vorherige Landesregierung die Schulgelder für die Altenpflege abgeschafft hat, hat die Jamaika-Koalition die Beiträge für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen ebenfalls abgeschafft. Damit hat Schleswig-Holstein eine der ersten Hürden für den Eintritt in Berufe in diesem Sektor beseitigt und einen wichtigen Schritt in Richtung auf die Nachwuchskräfteversicherung getan.

Dass das allein nicht reicht, um die Versorgung langfristig und flächendeckend sicherzustellen, ist allen Beteiligten natürlich klar. Nicht nur der Berufseinstieg in die Pflege muss erleichtert werden, sondern eben auch der langfristige Verbleib im er-

lernten Beruf. Damit sind direkt die Arbeitsbedingungen für das Personal wie ein verlässlicher Dienstplan beziehungsweise geregelte Arbeitszeiten angesprochen oder auch das Zuviel an Bürokratie in der Pflege. Hierauf weisen wir Freie Demokraten, aber auch andere, schon seit langer Zeit hin. Zeitnot und Dokumentationspflichten beschränken die individuelle Zuwendung für den Einzelnen. Fast jede dritte Minute wird nicht für originäre Pflege am Menschen, sondern für Aufzeichnungen und Berichtswesen verwendet.

Es ist nun gerade die soziale Komponente, weswegen sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Beginn ihrer Berufskarriere einmal für den Pflegeberuf entschieden hatten, und nicht, um eine Verwaltungsfachkraft zu sein.

(Beifall FDP und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Wie es gerade schon angesprochen wurde: Spracherkennung und automatische Umwandlung in Textdateien für die Dokumentation wären da von Vorteil. Eine Verminderung des Aufwands für die Dokumentation sollte daher definitiv weiterverfolgt werden. Ein Lösungsansatz ist unter anderem die verstärkte Nutzung von IT, Assistenzsystemen, Sprachsystemen - aber darüber haben wir bereits in dieser Legislaturperiode gesprochen.

Ein weiterer Aspekt ist die Anbindung der Arbeitsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere in den Flächenkreisen. Nicht jede Arbeitnehmerin und nicht jeder Arbeitnehmer besitzt ein Auto. Eine Erreichbarkeit der Einrichtung muss also auch auf anderem Wege möglich sein. Eine Verknüpfung zu anderen Themen, die die Jamaika-Koalition bewegen, wäre zum Beispiel neue Formen der Mobilität. Potenzial kann hier der sich gerade in Schleswig-Holstein im Anlauf befindende ÖPNV on Demand bergen, der mit autonomen Kleinbussen agiert. Die würden dann nämlich auch abends nach der Spätschicht und morgens vor der Frühschicht, wenn der Bedarf besteht, fahren können und brauchen keinen Busfahrer.

Die Arbeit ist körperlich, aber auch mental sehr belastend. Umso wichtiger ist es, sowohl die Gesundheitsprävention und die Gesundheitsförderung als auch das betriebliche Gesundheitsmanagement arbeitgeberseitig anzubieten und diese entsprechend auch bitte hochzuhalten. Über die Finanzierung der Pflege und vor allem die notwendige Erhöhung der Personalausgaben für mehr Kolleginnen und Kollegen in der Pflege haben wir häufig gesprochen. Ich erneuere diese Forderung hiermit noch einmal.



**(Dennys Bornhöft)**

Ich möchte mich abschließend bei allen Pflegekräften, egal ob sie aus Deutschland oder von anderswo kommen, wie es vorhin hier thematisiert wurde, und bei allen Arbeitgebern bedanken, die bei dieser Evaluation mitgemacht haben, und bei all denjenigen, die diese auch aufbereitet haben.

Es wurde kritisiert, dass es eine freiwillige Befragung gewesen sei. Ich kann die Kritik nicht so ganz nachvollziehen, gerade wo wir jetzt mitbekommen, wie gut die eine oder andere Zwangsmaßnahme bei den Pflegekräften ankam, und wie wir mit Online-Petitionen und Briefen überhäuft werden. Ich finde den Ansatz der Freiwilligkeit sehr gut, und ich finde auch die Rücklaufquoten, die es dort gegeben hat, sehr ansprechend.

Insgesamt ist dieser Ansatz ausgesprochen gut. Ich freue mich auf weitere Erkenntnisse, mit denen wir die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich muss ganz ehrlich sagen, dass es nicht nur der Zustand der Schlei ist, der mich beunruhigt, sondern mich beunruhigt auch vieles, was im Pflegebereich passiert.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe aus nächster Nähe erlebt, wie schwierig es sein kann, Pflege für die Familienmitglieder zu organisieren. Als Angehöriger steht man vor vielen komplizierten Fragen und Aufgaben. Aber ich habe auch sehr genau gesehen, vor welchen Herausforderungen diejenigen stehen, die Pflege als Beruf ausüben. Viele von ihnen haben wirklich keine guten Arbeitsbedingungen. Sie stehen Tag für Tag vor dem Problem, dass sich ihr eigener Anspruch kaum noch mit dem Arbeitspensum durch Arbeitsverdichtung vereinbaren lässt. Ich kann deshalb aus voller Überzeugung sagen, dass ich größten Respekt vor der Leistung unserer Pflegekräfte habe.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Es ist und bleibt wichtig, dass wir uns intensiv mit den Arbeitsbedingungen in der Pflege beschäftigen. Deshalb ist es auch richtig, dass genau diese Bedingungen und die Frage, wie man sie verbessern kann, zentrales Thema des Branchenchecks waren. Fast 250 Einrichtungen und über 700 Beschäftigte in der Altenpflege haben sich an der Umfrage beteiligt. Hiermit sollten die Unterschiede zwischen Einrichtungen mit und ohne Fachkräftemangel herausgearbeitet und Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -bindung abgeleitet werden. Auch wenn dabei nichts völlig Überraschendes rausgekommen ist, denke ich, dass sich diese Maßnahme trotzdem gelohnt hat.

Ich halte es für erschreckend, dass fast 70 % der Einrichtungen angeben, ganz konkret unter Fachkräftemangel zu leiden. Das bestätigt meine schlimmsten Befürchtungen, und es macht ganz klar deutlich, wie dringend der Handlungsbedarf ist. Wie gesagt: Mir ist bewusst, dass die Situation in der Altenpflege alles andere als rosig ist. In einigen Regionen im Land finden Pflegebedürftige kaum einen Pflegeplatz. Viele Pflegeheime arbeiten mit Wartelisten, und auch ambulante Anbieter müssen immer häufiger Menschen abweisen oder gar bestehende Verträge kündigen. Dass der Fachkräftemangel mittlerweile aber so flächendeckend durchschlägt, ist wirklich alarmierend. Hier sollte sich also niemand etwas vormachen. Dieses Problem wird sich nicht einfach von alleine lösen, im Gegenteil: Es wird sich absehbar noch verschärfen. Die Prognosen zeigen für manche Kreise einen Anstieg des Pflegebedarfs von über 50 %, und dass allein in den kommenden zehn Jahren. Es gibt also überhaupt keine Alternative, als schnellstmöglich für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege zu sorgen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Wenn das nicht gelingt, werden wir tatsächlich schon bald einen echten Notstand erleben. Eines ist an diesem Punkt sicher: Wir dürfen niemals zulassen, dass irgendwann nur noch diejenigen menschenwürdig gepflegt werden, die das nötige Extrageld mitbringen.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Branchencheck zeigt zum Teil, wo wir ansetzen müssen. Zum einen hat der Minister recht, wenn er fordert, dass endlich alle Einrichtungslei-

**(Flemming Meyer)**

tungen gute Arbeitsbedingungen zur Chefsache machen müssen. Über den Appell hinaus haben wir hier wenig Handhabe, aber das Darstellen der guten Beispiele - Best Practice - ist sicherlich ein sehr guter Weg. Zum anderen muss die finanzielle Basis endlich an die reale Entwicklung in der Pflege angepasst werden, denn eines ist klar: Wir müssen unsere Wertschätzung für professionell Pflegende auch durch höhere Gehälter ausdrücken.

Daneben ist es auch notwendig, durch verbesserte Ausbildungsbedingungen für eine höhere Arbeitszufriedenheit zu sorgen. Investitionen in Aus- und Fortbildung sind aus Sicht des SSW bestens angelegtes Geld, denn hiervon profitieren nicht nur die Pflegekräfte, sondern auch die Pflegebedürftigen. Wer in seinem Beruf gut gerüstet ist, ist ganz einfach sicherer in dem, was er tut. Das steigert die Zufriedenheit, und das steigert dann auch die Pflegequalität. Daraus folgt auch meistens ein längerer Verbleib im Job. Auch deshalb ist die Qualität der Aus- und Fortbildung so immens wichtig. Hier sollten wir unseren Einsatz immer weiter verstärken. - Jo tak.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD, FDP und Beifall Peer Knöf-  
ler [CDU])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag, Drucksache 19/1287, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat und der Tagesordnungspunkt somit erledigt ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

### **Plastik- und Verpackungsmüll in Schleswig-Holstein deutlich reduzieren**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/1341 (neu)

### **Plastik- und Verpackungsmüll in der Landesverwaltung vermeiden**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1383

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich gehe davon aus, dass der Alternativantrag, Drucksache 19/1383, durch die Mittragstellung zum Antrag Drucksache 19/1341 (neu) seine Erledigung gefunden hat? - Widerspruch höre ich nicht. Wunderbar.

Ich eröffne somit die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stefan Weber das Wort.

**Stefan Weber [SPD]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Plastik ist überall, Plastik ist ein Riesenproblem und genießt sozusagen die Anonymität unseres Alltags. Es umgibt uns so sehr, dass wir die Mengen von Plastik gar nicht mehr wahrnehmen. Mehr Kleidung wird heutzutage aus Polyester und Nylon hergestellt als aus Baumwolle oder Wolle. Auch die modernen Autos oder Flugzeuge bestehen zum größten Teil aus Kunststoff. Plastik ist in unserer heutigen Gesellschaft Normalität.

Sich mit Plastik zu beschäftigen, bedeutet in gewisser Weise, sich mit unserem Konsumverhalten selbst auseinanderzusetzen. Die Verbraucher finden es praktisch, und die Unternehmen verkaufen ihnen gern eine neue, in der Herstellung preiswerte Kunststoffverpackung für Limonade oder für Schokoriegel, die einzeln verpackt sind. So wie Stahl die Grenzen im Bauwesen verschoben hat, ermöglicht Kunststoff eine billige und simple Verbrauchskultur, die wir in unserem heutigen Alltag für selbstverständlich halten.

Fakt ist aber: Mittlerweile befinden sich in den Weltmeeren unvorstellbare Mengen an Plastikmüll. Praktisch alles, was wir in unserer modernen Gesellschaft an Plastikprodukten hervorgebracht haben, ist dort zu finden. Mit dem bloßen Auge nicht erkennbar sind da sogar Mikroplastikteilchen. Auf den ersten Blick sichtbar ist Plastik nur an der Meeresoberfläche; doch der größte Teil treibt darunter, bis hinunter in die Tiefsee. Diverse Expeditionen stellten fest, dass sich längst riesige Mengen von Kunststoff am Meeresboden ablagern. Kurzum: Die Ozeane sind voller Plastik.

Es wurde herausgefunden, dass die Plastikteile einen besonderen Geruch absondern, der von Vögeln als Geruch von Nahrung wahrgenommen wird. So findet man immer mehr Kadaver von Seevögeln mit Kunststoffteilen im Magen. Die Tiere ersticken, erleiden tödliche Verstopfungen oder verhungern

(Stefan Weber)

mit vollem Bauch. Es wurden auch Wale gefunden, deren Mägen mit Plastik gefüllt waren, oder man fand Tiere, die sich im Müll verheddert hatten und so qualvoll verendet sind.

Mehr als 8 Millionen t Plastik landen jährlich in den Ozeanen. Der Großteil des Meeresmülls stammt vom Land. Einige Plastikprodukte bleiben bis zu 400 Jahre lang nahezu in ihrer ursprünglichen Form in den Meeren und können all diese Jahre verheerende Auswirkungen haben. Plastikmüll gelangt auch mit dem Abwasser und dem Wind ins Meer. Vor allen Dingen durch die natürlichen Strömungen, die Gezeiten, aber auch durch Stürme verteilt sich Plastik von den Küsten aus relativ schnell in alle Ozeane.

Ein Problem ist beispielsweise der Abfall, der einfach irgendwo zurückgelassen wird, im Park, auf der Straße und ganz besonders in der Nähe von Gewässern. Eine Chipstüte, Zigarettentüte oder Plastiktüte, die irgendwo achtlos fallengelassen wird, wird leicht in den nächsten Fluss geweht, der das Ganze dann langsam in Richtung Meer spült. Eigentlich dürfte so etwas nicht mehr vorkommen; aber leider ist es doch so.

Wer die Berge von Plastikmüll reduzieren will, muss mehr recyceln und vor allem dem Verpackungswahnsinn ein Ende setzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Im Grunde bräuchten wir für den Meeresschutz mehr Maßnahmen als das bevorstehende Verbot von diversen Einwegplastikartikeln. Was gestern im Europäischen Parlament beschlossen und womit dem Kommissionsvorschlag gefolgt wurde, ist ein Anfang und regt zu weiterem Handeln an. Es ist ein erster konsequenter Schritt in die richtige Richtung. Wir können und müssen bei uns in Schleswig-Holstein schon jetzt - nicht erst in zwei Jahren, wie es die EU-Ebene vorgibt - einen Beitrag dazu leisten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP] - Zuruf SPD: Sehr richtig!)

Es freut mich, dass wir hier im Landtag bei diesem Thema in den Fraktionen gleicher Auffassung sind. Lassen Sie uns diesen Schritt gemeinsam gehen, um den Plastik- und Verpackungsmüll in Schleswig-Holsteins Landesverwaltung deutlich zu reduzieren und, wo es möglich ist, ganz zu vermeiden - ich meine: am besten sogar ganz zu verbieten, wie auf EU-Ebene. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Sehr geehrter Herr Weber, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das Thema Plastikmüll mit der Problematik, die sich daran knüpft, in Ihren einführenden Worten rundum beschrieben haben. Ich will mich nicht wiederholen und mich auf das beschränken, was durch unseren gemeinsamen Antrag zum Ausdruck gebracht werden soll. Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns mit der Problematik im Landeshaus beschäftigen, sondern innerhalb der letzten Monate ist es schon das dritte Mal, dass dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen wird - und das zu Recht.

Wir sind uns einig, dass wir bei dem, was wir an Verpackungsmüll, insbesondere aus Kunststoffen, produzieren, noch keinen vernünftigen Weg gefunden haben, um das letztendlich vermeiden zu können. Aber: Es gibt auch positive Meldungen - das haben Sie erwähnt, und das stimmt auch mich ein Stück weit optimistisch -: Der gestrige Beschluss im EU-Parlament zur Richtlinie, Plastikmüll bei Einwegverpackungen zu vermeiden, ist ein durchaus lobenswerter und richtiger Schritt in die richtige Richtung, wie wir sie politisch verfolgen.

Es geht in der Hauptsache um die im täglichen Leben oder in der Verwaltung - darauf bezieht sich unser Antrag - im täglichen Konsum immer wieder anfallenden Einwegartikel, die wir durchaus vermeiden könnten und auf die wir ein Stück weit verzichten sollten. Deswegen gibt es diesen gemeinsamen Antrag.

Lassen Sie mich auf die Jugendlichen von Fridays for Future zu sprechen kommen: Wir haben sie gemeinsam in die Fraktionen, auch als Jamaika-Koalition, zu einem Gespräch eingeladen. Auf meine Fragen: „Wie wollt ihr zukünftig leben? Wollt ihr nur Verzicht? Wollt ihr das Leben komplett verändern oder die Annehmlichkeiten, die ihr heute im täglichen Leben genießt, auch zukünftig noch haben und genießen dürfen?“, war deren Antwort - das ist bezeichnend für Jugendliche -: „Nein, wir wollen nicht den absoluten Verzicht, sondern wir wollen, nachhaltig konsumieren können. Das müsst ihr in der Politik organisieren“! Die spannende Fra-

**(Heiner Rickers)**

ge ist natürlich, wie die Politik das organisieren soll. An dieser Organisation macht die Vermeidung von Verpackungs- und Plastikmüll einen großen Anteil aus.

(Beifall CDU und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielen Dank. - In unserem gemeinsamen Antrag bitten wir die Landesregierung, wo es möglich und verhältnismäßig ist, in der Landesverwaltung Plastik- und Verpackungsmüll zu vermeiden. Was sollte daran falsch sein, meine Damen und Herren? - Nichts ist daran falsch. Dieses gemeinsame Ziel zeigt, dass wir geeint versuchen, einfach darüber nachzudenken, was wir ohne großen Aufwand in der Landesverwaltung vermeiden können.

Warum heißt es „Landesverwaltung“, und warum diskutieren wir darüber im Landesparlament? - Weil wir diejenigen sind, die mit gutem Beispiel vorangehen sollen - auch da sind wir geeint. Wenn wir es schaffen, durch Aufklärung, Anreize und Angebote in der Verwaltung auf Verpackungs- und Plastikmüll zu verzichten, sind wir auf einem sehr guten Weg.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen nicht gleich mit Verboten starten, aber am Ende - wenn es nicht anders geht - werden wir auch darüber nachdenken müssen. Die Richtlinie in der EU habe ich angesprochen. Gestern auf NDR-Info war es interessant für mich, zu erfahren - ich weiß nicht, ob einer der Kollegen das auch gehört hat -: Es gibt ein norwegisches Start-up.

(Beate Raudies [SPD]: Finnisch!)

- Ich bin also nicht der Einzige, vielen Dank für die Korrektur.

(Beate Raudies [SPD]: Sind Sie nicht!)

Es gibt also ein finnisches Start-up, das sich Re-Pack nennt.

(Beate Raudies [SPD]: RePack, ja!)

Da versucht man, mit wiederverwertbaren Kunststoffverpackungen im Onlinehandel den Konsumenten aufzufordern und zu animieren, diese Verpackungen kostenfrei an den Versender zurückzusenden, sodass sie für die nächste Verpackung wieder genutzt und dem Recycling-System erst nach 10- bis 15-maliger Inanspruchnahme zugeführt werden.

Das ist ein guter Ansatz, nicht nur aus der Politik, sondern auch aus der Marktwirtschaft. Wir werden

das gemeinsam angehen und garantiert nicht das letzte Mal darüber gesprochen haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Stefan Weber [SPD])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde - wollte ich schon sagen.

(Zurufe)

- Wir hatten Parteitag am Wochenende. Ich sage es jetzt einfach einmal: Liebe Freundinnen und Freunde!

(Zurufe)

220 kg Verpackungsmüll entfallen pro Jahr auf jeden deutschen Bundesbürger und jede deutsche Bundesbürgerin, egal ob Säugling oder Senior - 220 kg Verpackungsmüll. Wenn man sich überlegt, wie viel eine kleine Plastiktüte oder ein umwickeltes Bonbonpapierchen wiegt, ahnt man, welche Berge das sind. Von diesen 220 kg sind fast 40 kg Plastikmüll. Deutschland ist, obwohl wir immer denken, wir sind Sortierungs- und Mülltrennungsweltmeister, Schlusslicht bei der Vermeidung von Plastikmüll.

Das EU-Verbot von gestern, wonach bestimmte Plastikartikel wie Strohhalme oder Wattestäbchen verboten sind, ist aus meiner Sicht ein erster Schritt. Auch die Selbstverpflichtung, die wir heute von der Landesregierung fordern, ist ein wichtiger Schritt. Aber wenn wir ehrlich sind - natürlich muss man vor der eigenen Tür kehren -, muss man auch sagen, dass das die Plastikflut nicht wirklich extrem vermindern wird. Es braucht deutlich mehr. Wir müssen die Wegwerfprodukte durch Mehrweg ersetzen. Das ist die erste Forderung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Der Mehrweganteil in Deutschland beträgt gerade einmal 40 %, und das, obwohl wir das weltweit beste und am besten ausgebaute Pfandsystem haben - nur 40 % Mehrwegquote. Das neue Verpackungsgesetz, von dem wir hier schon ein paar Mal gesprochen haben - wir reden in erster Linie über bun-

**(Marlies Fritzen)**

despolitische Zusammenhänge, weil das auf Bundesebene gemacht wird -, sieht eine Zielorientierung von 70 % vor. Allerdings ist diese Zielvorgabe komplett unverbindlich und wird nicht mit Maßnahmen hinterlegt.

Ich glaube, dass eine Lenkungsabgabe auf Einwegprodukte eine Lösung sein könnte, die nicht Verbraucherinnen und Verbrauchern allein auferlegt, dass sie Verantwortung übernehmen, zumal sie es oft gar nicht selbst können; sie wissen nämlich überhaupt nicht, welche Art von Verpackung sie gerade in der Hand haben und was man damit alles möglicherweise im Recycling anstellen kann. Meiner Meinung nach müssen Handel und Hersteller deutlicher in die Verantwortung einbezogen werden, als dass man es lediglich an der Ladentheke machen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen auf der anderen Seite endlich eine echte Kreislaufwirtschaft, die alle Stoffströme erfasst und einen geschlossenen Stoffstrom entwickelt. Darüber reden wir seit 20 Jahren oder noch länger, allerdings ist es heute noch so, dass wir immer noch 60 % des Abfalls „thermisch verwerten“, also verbrennen, und noch nicht ansatzweise in die Richtung kommen, dass wir tatsächlich wiederverwerten. Die Wiederverwertungsquote bei Verpackungsmüll liegt bei 36 %. Die Verpackungsverordnung nennt als Ziel: 2022 soll die Quote auf 63 % erhöht werden. Auch das ist letzten Endes - wenn man dahinterguckt - eine Schummelquote, denn es wird nur gemessen, was zum Recycling übergeben wird, was aus dem Müll herausgefischt und fürs Recycling bereitgestellt wird, aber es wird nicht gemessen, was tatsächlich verwertet wird.

Meine Damen und Herren, das Duale System ist aus meiner Sicht teuer und ineffizient, es ist vor allem eine gigantische Verbrauchertäuschung, die durch das neue Verpackungsgesetz noch einmal zementiert wird. Wir brauchen nicht mehr gelbe Säcke, die an der Straße aufreißen, sondern wir brauchen endlich eine Wertstofftonne, in der nicht nur Verpackungsmüll, sondern tatsächlich jede Form von Plastik oder Wertstoff gesammelt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Kay Richert [FDP])

Dazu könnte man - auch dazu gibt es interessante und intelligente Lösungen - die Lizenzentgelte, die Produzenten für das merkwürdige Duale System sich jetzt zum Teil selbst in die Kasse tun - ein Lizenzanbieter für das Duale System ist neuerdings

Lidl, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -, zu einer echten Ressourcenabgabe ändern. Damit würde man einen Anreiz schaffen, dass weniger von dem Stoff produziert wird beziehungsweise, wenn er produziert wird, er zurückgenommen und nicht mehr verbrannt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kunststoffprodukte müssen - das ist eine Herausforderung, da geht es um weit mehr als Verbote, auch für Ökodesign und Produkthersteller - so gestaltet sein, dass sie tatsächlich wiederverwertet werden können. Wir haben im Zusammenhang mit der Schlei gelernt: Die Kunststoffe sind so miteinander verbunden, dass man sie nicht mehr auseinanderkriegt und nichts anderes übrig bleibt als Verbrennung.

Frau Präsidentin, mit Blick auf die Uhr mein letzter Satz. - Auch wenn es ein bisschen komisch klingt: Plastik ist ein Wertstoff, der in der Regel aus Erdöl hergestellt wird und viel zu schade ist - er ist lange haltbar -, als dass man ihn nach einmaligem Gebrauch wegwirft. Deshalb müssen wir auch eine schädliche Subvention - Subventionen sind ja häufig schädlich - überdenken, die hier eine absurde Lenkungswirkung hat. Erdöl wird besteuert, solange man es zur Energiegewinnung verwendet, aber es wird nicht besteuert, solange man es für die Kunststoffproduktion verwendet. Das ist eine völlig absurde Logik. Ich glaube, dass man Plastik so teuer machen muss, dass wir es als Wertstoff anerkennen, es öfter als Wertstoff verwenden und nicht nur einmal nutzen und dann wegschmeißen. - Vielen Dank, vor allem für Ihre Geduld.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Teilnehmerinnen des Girls` Day. - Herzlich willkommen, Mädels! Schön, dass ihr hier seid.

(Beifall - Beate Raudies [SPD]: Endlich mal ein hoher Frauenanteil im Parlament!)

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Auf verschiedenen Ebenen von der Europäischen Union bis hin zu den Kommunen werden

**(Dennys Bornhöft)**

Vorgaben erarbeitet und Ideen entwickelt, wie wir den Einsatz von Plastik dauerhaft, nachhaltig reduzieren können. Die Notwendigkeit wurde hier schon vorgestellt. Man muss sich einmal angucken, was in Deutschland jedes Jahr an Plastikmüll produziert wird: 18 Millionen t. Damit liegen wir leider an erster Stelle in der EU und auch weltweit relativ weit vorn. Das ist ehrlich gesagt kein Platz in dieser „Sportbranche“, den ich haben möchte.

Auf der anderen Seite ist Kunststoff in den unterschiedlichsten Ausführungen aus dem Alltag nicht ganz wegzudenken.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man kann auch Fische darin einpacken!)

- Darauf komme ich später noch, Frau Fritzen. - Bei der Konzeptionierung von Strategien zur Vermeidung von Plastik muss eine Differenzierung vorgenommen werden: Es spielt durchaus eine Rolle, wofür und für welchen Zeitraum Plastik hergestellt und verwendet wird. Es spielt durchaus eine Rolle, ob wir Plastik für ein Produkt mit langfristiger Nutzung, zum Beispiel Möbelstücke oder Fenster zur Dämmung, oder für einen Verbrauchsgegenstand nutzen, der nur kurz verwendet wird, zum Beispiel Umrührstäbchen.

Der Vermeidung von Einwegartikeln kommt bei der Reduktion von Plastik eine große Wichtigkeit zu, denn Produkte wie Strohhalme werden nur einmal benutzt und landen danach - hoffentlich, so soll es zumindest sein - in der Mülltonne oder im gelben Sack und werden, wenn es nicht recycelt werden kann, thermisch verwertet, verbrannt. Schade um den Wertstoff, das wurde schon vorgetragen.

Im europäischen Maßstab betrachtet wird das Problem der Einwegartikel deutlich: Bis zu 85 % aller in der EU angespülten Abfälle sind aus Kunststoff. Dabei handelt es sich in der Hälfte um weggeschmissene Einwegprodukte. Deswegen sollen ab 2021 in der EU Einwegplastikartikel wie Plastikbesteck, -geschirr, -strohhalme, -wattestäbchen, -essstäbchen oder auch Styroporessverpackungen verboten werden. Gestern hat das EU-Parlament einen Beschluss dazu gefasst - meiner Meinung nach einer der wenigen Lichtblicke diese Woche im Straßburger Parlament in Anbetracht dessen, was da zu Artikel 13 oder Artikel 11 vom EU-Parlament beschlossen wurde.

(Beifall FDP - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Zumindest wir in der FDP-Fraktion sehen den Punkt etwas kritischer als das Verbot für Einwegplastik.

Als weitere Maßnahme sollen sämtliche Plastikflaschen ab 2030 zumindest zu 30 % aus recyceltem Material bestehen. Nach den neuen Plänen sollen ab 2030 ebenso alle Kunststoffverpackungen auf dem EU-Markt recyclingfähig sein. Das klingt erst einmal gut. Das ist ein ehernes Ziel. Es ist technisch allerdings sehr schwierig, weil wir dabei meistens Verbundkomponenten haben, die schwer sortenrein zu sortieren sind, sodass wir diese wirklich gut recyceln können. Mit diesem gesetzlichen Verbot müssen wir jetzt aber kreative Ideen voranstellen, damit das zukünftig besser gemacht werden kann.

Der Verbrauch von Einwegkunststoffen soll auf diese Weise reduziert werden, und auch die absichtliche Verwendung von Mikroplastik soll beschränkt werden. Herr Rickers hat es schon gesagt, auch darüber haben wir in diesem Jahr schon ein paarmal gesprochen. Deshalb ist das Verbot von Einwegplastik auf EU-Ebene ein richtiger Schritt. Produkte, deren Nutzung nur für wenige Minuten gedacht ist, die aber Jahrtausende in Natur, Seen, Wäldern und Flüssen verbringen, brauchen wir definitiv nicht.

(Beifall FDP)

Die Ankündigung des Verbots war schon ein Innovationsmotor für biologisch abbaubare Produkte. Einige pfiffige Start-Ups aus Deutschland oder beispielsweise aus Finnland, Repaq kenne ich auch, sind jetzt drauf und dran, den Markt zu erobern. Das erinnert mich ein Stück weit an den schönsten Teil meiner Schulzeit, nämlich an den Bioleistungskurs beim GEOMAR. Es hat mich nämlich besonders interessiert, in welchen Zeiträumen und ob biologische Produkte wie Holz, Pappe, Maisstärke oder Milchsäure sich beispielsweise im Meer abbauen lassen. Ich mache gerade ein Langzeitexperiment mit 120 l Fördewasser. Erwartungsgemäß ist es so, dass die Halbwertszeit von Pappe relativ gering ist. Holz hält sich wacker, und Maisstärke und Milchsäure, diese sind optisch und an Stabilität kaum von Plastik zu unterscheiden, sind sehr hart. Das Zersetzen dauert eine Weile und erweist sich als recht langwierig. Frau Fritzen, ich lade gern dazu ein, auf einen Kaffee oder einen Tee bei mir vorbeizukommen. Dann können wir darüber diskutieren, welche dieser biologisch abbaubaren Produkte zum Beispiel Fische schadlos verspeisen können.

**(Dennys Bornhöft)**

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich dachte schon, das kommt nicht mehr!)

Da es zur Umsetzung des Verbots auf europäischer Ebene noch eine Weile dauert, finden wir es sehr gut, dass wir zuerst bei uns selbst schauen und in unserem eigenen Bereich Vorgaben machen. Das wäre in diesem Fall die Landesverwaltung, für die wir selbst verantwortlich sind. Positiv voranzugehen, um etwas zu ändern, ist meines Erachtens immer besser, als mit Verboten oder Geboten gegenüber der Privatwirtschaft vorzupreschen, wie dies auf anderen Ebenen gern von der einen oder anderen Partei getan wird.

(Beifall FDP)

Deswegen kann die Landesregierung eine Vorbildfunktion einnehmen, um zu zeigen, dass Plastikvermeidung geht und dass wir alle Verantwortung übernehmen müssen.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Die AfD unterstützt alle Initiativen zum Schutz von Ressourcen, sofern sie sinnvoll sind. Fast alle Plastikprodukte beginnen ihren Lebenszyklus in einer Erdölraffinerie, wir haben es gerade gehört, und angesichts des Tempos, in dem die grün gefärbte Jamaika-Koalition alle fossilen Kraftstoffe abschaffen will und durch angeblich grünen Strom ersetzt, wird es sicher nicht mehr lange dauern, bis auch Plastik komplett verschwunden ist, obwohl es ein Wertstoff ist und obwohl wir es brauchen. Doch bis zu diesem Tag wird Plastik auf absehbare Zeit das häufigste Industrieprodukt in unserer Industrienation bleiben. Mit dem Einsparen von Rührstäbchen für den Kaffeebecher werden wir die Welt ganz sicher nicht von Plastik befreien.

Natürlich ist es aber sinnvoll, bei sich selbst anzufangen. Von daher sollte dieses Parlament die Landesverwaltung auffordern, den Gebrauch von Einwegplastikartikeln einzuschränken oder einzustellen, wo es nur geht. Daher können auch wir uns dem jetzt geänderten Antrag Drucksache 19/1341 (neu) anschließen. Ausschlaggebend für uns ist,

dass der Ruf nach einem Verbot aus dem Ursprungsantrag der SPD zum Glück verschwunden ist, denn Verzicht geht auch aus freien Stücken.

(Lachen Sandra Redmann [SPD])

Zwang ist kein guter Wille, so lautet ein altes deutsches Sprichwort. Damit kennen wir uns aus. In unserer Kantine wurde aus freiem Willen und ganz ohne Zwang auf unnötiges Plastik verzichtet. Die Betreiber unserer Kantine haben die Rührstäbchen für den Kaffee ganz einfach gegen Löffel aus Metall ausgetauscht.

Meist liegt es leider am Geld und an der Bequemlichkeit des Menschen, dass Mehrwegsysteme nicht perfekt funktionieren. Wir haben gerade gehört, dass auch das hochgelobte Duale System nur einen kleinen Teil der Wertstoffe wiederverwenden kann. Der große Teil wird schlichtweg verbrannt. Es muss jeder bei sich anfangen. Die Vermeidung von unnötigem Plastik gehört dazu. Der beliebte Coffee-to-go, der Kaffee zum Mitnehmen, hat schon für berechtigte Diskussionen gesorgt, da besonders die Plastikdeckel zu Müllbergen anwachsen. Die Mehrwegsysteme FairCup und RECUP bieten Mehrwegdeckel gegen Pfand an, bisher leider noch mit überschaubarem Erfolg. Hier wünschen wir uns durchaus mehr Nachahmer und auch mehr Kunden.

Schon bald werden wir Plastikmüll mithilfe von Bakterien zersetzen können. Indische Wissenschaftler berichten von Meeresbakterien im Arabischen Meer, die das ansonsten sehr robuste Polyethylen abbauen können. Japanische Wissenschaftler haben Bakterien ermittelt, die PET - die PET-Flaschen sind bekannt - vertilgen können. Britische und amerikanische Forscher haben das Enzym noch einmal beschleunigt, sodass der Abbau schneller gehen kann. Das sind gute Nachrichten, aber wir wissen, das wird nicht reichen, um das Problem des Plastikmülls sofort zu lösen.

Wir begrüßen, dass in Landesbehörden in Zukunft das Eis nur noch in Waffeln erhältlich sein wird. Wir begrüßen, den Kaffee nur noch vor Ort zu trinken, statt ihn mit ins Auto zu nehmen. Limo sollte es nur noch im Glas geben, und wir freuen uns auch auf kostenloses Leitungswasser in Glaskaraffen, die man spülen kann. Aber alles bitte ohne Zwang, denn es geht auch anders.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Intention des Antrags ist, wie man ja hören kann, Konsens im Landtag. Plastikvermeidung ist oberstes Gebot beziehungsweise Plastikrecycling, wenn der Einsatz von Plastik unvermeidlich ist. Wir dürfen die Verschmutzung der Meere durch Plastik und die steigenden Zahlen unnötiger Verpackungen nicht länger hinnehmen. Es ist höchste Zeit umzusteuern. Da sind sich alle Fraktionen einig.

Doch wie sieht es mit der Umsetzung aus? Tatsächlich sind hier im Landeshaus viele Einwegverpackungen verschwunden, aber ich habe auch erlebt, dass einer Besuchergruppe im Landtag Kekse serviert wurden, die aus Hygienegründen einzeln in Plastikfolie eingepackt sind. Das wurde zu Recht von den Besucherinnen und Besuchern kritisiert. Kollege Richert, können Sie sich erinnern?

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Landtag sollte Vorbild sein. Wir können nicht Wasser predigen und Wein trinken, sondern wir sollten in vorbildlicher Weise Mehrwegverpackungen nutzen oder gleich zu verpackungsfreien Produkten übergehen. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger einfach von uns.

Jeder ärgert sich über diese überflüssigen Plastikverpackungen, die in den letzten Jahren enorm überhandgenommen haben. Die Banane in die Plastiktüte, damit zur Kasse und nach kurzem Transport das Plastik in den Müll; das ist ein Lebenszyklus, der gnadenlos mit Ressourcen umgeht. Damit muss ganz einfach Schluss sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Landtag in Niedersachsen hat man sich mit dem Problem auch auseinandergesetzt, dort aber zunächst eine umfangreiche Analyse durchgeführt und die Erkenntnisse daraus für einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller Fraktionen genutzt. Das würde ich mir auch für Schleswig-Holstein wünschen. Gerade die gründliche Analyse fehlt nämlich. Ich weiß gar nicht genau, welche Plastikverpackungen in den Landesbehörden überhaupt auf der Beschaffungsliste stehen. Ich weiß auch nicht, wie Mülltrennung und Recycling beim Landesbetrieb Straßenbau, den Hochschulen oder in den Krankenhäusern gehandhabt werden.

Dass die im Antrag angeführten Einwegverpackungen für Zucker, Sahne und Kekse nur einen Bruchteil des Plastiks ausmachen, liegt auf der Hand.

Plastik steckt auch in Kleidung, in Aktenordnern, in Signalanlagen et cetera. Ohne Kunststoffe geht es heutzutage gar nicht mehr. Kunststoff ist leichter als Glas oder Metall und trotzdem sehr wetterbeständig und flexibel. So erklärt sich auch die Allgegenwart von Plastik. Plastikprodukte sind aber sowohl in der Herstellung als auch im Gebrauch nicht ungefährlich. So landen Tausende Tonnen Mikroplastik aus den Kläranlagen auf den Feldern. Mikroplastik findet sich aufgrund fehlender vierter Reinigungsstufe inzwischen im Trinkwasser. Durch Waschmaschinen und kosmetische Produkte verteilt sich Mikroplastik inzwischen bis in die entfernte Arktis. Plastik ist am Strand, im Wald oder am Wegesrand ringsum zu finden. Dieser Zustand ist alarmierend. Ich selbst habe lange Plastikstreifen aus einem Vogelnest in meinem Garten gezogen. Ungezählt sind die Wildtiere, die am Plastik erstickten. Darum ist klar: Plastik muss reduziert werden.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen dort anfangen, wo wir selbst als Land die Regelungshoheit haben. Das sind nun einmal die Landesbehörden und das Landeshaus.

Mit dem vorliegenden gemeinsamen Antrag wird jetzt ein Zeichen gesetzt. Besser wäre aber ein schrittweiser und konkreter Weg in den Ausstieg. Nordfriesland macht es vor: Der Kreistag hat einen entsprechenden Antrag bereits verabschiedet. Der Fokus dort richtet sich ausdrücklich auf Kantinen, auf das Catering bei Veranstaltungen und auf Küchen. Einwegplastik in der Kreisverwaltung, den Schulen und den Krankenhäusern soll durch Mehrwegprodukte ersetzt werden. Für die Waschräume in der Kreisverwaltung werden nur noch Handseifen ohne Mikroplastik gekauft. Ein solches Programm wäre auch für die Landesverwaltung der richtige Weg.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sollte baldmöglichst umgesetzt werden. Die Vorbildfunktion des Landes ist nämlich nicht zu unterschätzen. Wenn wir zeigen, wie man verantwortungsvoll mit Ressourcen umgeht, dann tun andere Organisationen das auch bald. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Weber hat es eingangs eindrücklich beschrieben: Wir haben das Problem, dass wir weltweit immer mehr Plastikberge sehen können. Wir haben das Problem, dass Meere und Gewässer durch Plastik verunreinigt werden und dass dramatische Folgen daraus entstehen. Sie alle wissen mittlerweile - das haben wir auch in der Debatte gehört -, dass wir eine besondere Verantwortung für die Reduktion von Plastikabfällen haben.

Deshalb ist es gut, dass wir als Land Schleswig-Holstein in der jüngsten Vergangenheit zahlreiche Initiativen auf Bundesebene mitgetragen und einige sogar selbst initiiert haben. Deshalb ist es auch gut, dass das Europäische Parlament gestern auf eine entsprechende Kommissionsvorlage den Beschluss zum Verbot von Einwegplastik ab 2021 beschlossen hat, und zwar für die Bereiche, in denen es nicht mehr notwendig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag zielt genau auf diese Maßgabe mit Blick auf das Handeln der Landesregierung und der nachgeordneten Landesbehörden. Auch wenn wir auf dem Gebiet der nachhaltigen und ökologischen Beschaffung schon viel erreicht haben, bin ich der Überzeugung, dass dieses Anliegen unbedingt weiterverfolgt werden sollte.

Die Landesverwaltung sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Insoweit gibt es noch einiges zu tun. Alle Ministerien, nachgeordneten Behörden und Landesinstitutionen mit ihren verschiedenen Liegenschaften sind in eine nachhaltige Beschaffung und Produktnutzung einzubinden. Diese Beschaffung betrifft nicht nur das Catering, sondern auch die Beschaffung jedweder Produkte und Dienstleistungen, die in der Landesverwaltung benötigt werden. Schon heute werden die in der Begründung des Antrags aufgeführten Alternativen tatsächlich genutzt, wenn auch in vergleichsweise geringen Mengen. Deshalb müssen wir hier noch besser werden.

Um die bestmögliche Vermeidung von Plastik- und Verpackungsmüll zu erreichen, sind auch Rahmen-

bedingungen und Anforderungen zu beachten. So sollte jedes Mal, wenn ein Plastikprodukt durch ein vermeintlich nachhaltiges ersetzt wird, eine ökobilanzielle Betrachtung und Bewertung des Gesamtlebenswegs angestellt werden; denn dieser erstreckt sich von der Gewinnung der Rohstoffe, wie wir es in dieser Debatte gehört haben, bis hin zur Entsorgung. Dabei spielt auch eine Rolle, ob man Einweg durch Mehrweg ersetzen kann. Dies verlängert den Lebensweg und schiebt damit den Zeitpunkt der fälligen Entsorgung hinaus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Bei der Betrachtung der Produkte kann auch herauskommen, dass Kunststoff in dem einen oder anderen Fall die bessere Alternative darstellt.

Zum Gesamtlebensweg gehört auch die gesamte Lieferkette. So kann auf Transport- oder Umverpackungen verzichtet werden, oder diese können als Mehrwegsystem eingesetzt oder hochwertig recycelt werden.

Weiter sind bei dem Austausch von Produkten und Verpackungen Regeln der Hygiene, der Haltbarkeit und der Praktikabilität zu betrachten. Werden solche Regeln nicht ausreichend berücksichtigt, kann das leicht zu zusätzlichen - eigentlich vermeidbaren - Abfallmengen führen. All diese Anforderungen allerdings dienen dem Ziel einer nachhaltigeren Beschaffung und dürfen deswegen auch der Reduktion von Plastikmüll nicht im Wege stehen. Hier gilt es nun, zügig alle an Bord zu holen und Unterstützung zu leisten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Alle Landesdienststellen wickeln ihre Beschaffung über die GMSH ab. Diese hält einen sogenannten Online-Beschaffungskatalog mit verfügbaren Produkten vor. Darin finden sich bereits heute auch durch Labels wie den Blauen Engel, das Biosiegel oder das FSC-Siegel als ökologisch beziehungsweise nachhaltig gekennzeichnete Posten. Die Zahl dieser Posten sollten wir zügig steigen lassen. Die GMSH überprüft derzeit, inwiefern bei der Produktpalette des Beschaffungskatalogs möglichst weitgehend - idealerweise: vollständig - auf den Einsatz von Kunststoffen verzichtet werden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Im Rahmen des Koalitionsvertrags haben sich die Jamaika-Parteien darauf verständigt, die Beschaffungsrichtlinie des Landes unter Anlegung sozialer

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

Kriterien und von Nachhaltigkeitskriterien weiterzuentwickeln. Dies werden wir als Landesregierung ganzheitlich angehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Im Rahmen der Umsetzung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes haben wir bereits eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Nachhaltige Beschaffung“ unter Beteiligung der GMSH. Diese hat sich bislang mit Fragen der CO<sub>2</sub>-armen Beschaffung in der Landesverwaltung beschäftigt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sich diese Arbeitsgruppe nun auch der Beschaffung unter Berücksichtigung umfassender ökologischer Kriterien und von Nachhaltigkeitskriterien widmet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beate Raudies [SPD]: Ich dachte, das macht ihr schon?)

Wir wollen zügig das Ziel einer deutlichen Reduktion beziehungsweise Vermeidung von Plastik- und Verpackungsmüll in den Landesbehörden erreichen und damit als gutes Beispiel gegenüber anderen Ländern und Behörden und vor allem gegenüber den handelnden Verbrauchern dienen; denn am Ende ist die Erreichung dieses Ziels eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die deutlich größer ist als das, was wir hier zum Teil gehört haben. Gehen wir es an! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, vereinzelt SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1341 (neu), in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:58 bis 15:02 Uhr)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 27 und 28 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Klimaschutz durch Innovation - Reallabore für Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1375

**b) Klimaschutz fördern, Menschenrechte wahren**

Alternativantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1129

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses  
Drucksache 19/1346

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Für die Berichterstattung zu b) erteile ich zunächst das Wort dem Herrn Berichterstatter des Umwelt- und Agrarausschusses, dem Abgeordneten Oliver Kumbartzky.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Vorlage.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ich danke dem Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Andreas Hein.

**Andreas Hein [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Klimaschutz gehört nicht allein die Stromwende, die hat unser Land schon gut geliefert, sondern auch die Sektoren Wärme und Verkehr gehören dazu. Hier haben wir Nachholbedarf.

1984 begann ich als Kfz-Mechaniker meine Lehre. Wir haben damals zum Teil noch an VW Käfern geschraubt. Stellen Sie heute mal einen VW Käfer neben ein modernes Auto aus dem Jahr 2019. Ich habe erlebt, wie immer neue Modelle herausgebracht, neue Techniken entwickelt und die Abgasreinigung immer besser wurden. In all den Jahren war mal mehr der Diesel und dann wieder mehr der Benziner schuld an der Umweltbelastung bis heute. Krempelten die Chefs unserer Automobilkonzerne in den 80er-Jahren die Ärmel hoch, um Marktanteile

(Andreas Hein)

le auf den Markt drängender asiatischer Autohersteller zurückzugewinnen, so müssen sie dies erneut tun.

Im Jahr 2019 geht es nicht mehr nur um die bezahlbare bessere Sonderausstattung, nein, heute geht es um bezahlbare bessere Antriebsalternativen zum fossilen Diesel oder Benziner.

Quo vadis, Volkswagen, Mercedes und BMW? - Der Vorstandsvorsitzende von VW fordert, Deutschland solle sich auf das E-Auto festlegen. Andere Technologien zu entwickeln, sei zu kostspielig. Technologischer Kapitalismus statt zukunftsstechnologische Entwicklung. Fördert das unseren Wettbewerb und die beste Lösung für unsere Zukunft und für unser Klima? - Ich glaube nicht. Vielmehr sehe ich die Gefahr, dass sich unsere stolze deutsche Autoindustrie selbst den Weg in die Zukunft verbaut. Man erinnere sich an den Handyhersteller Nokia. Das können wir uns volkswirtschaftlich gar nicht leisten. Haben die Hersteller im Land der Erfinder des Automobils keine breitere technologische Antwort? - Ohne Zweifel, wir stehen an einem entscheidenden Punkt in der automobilen Welt. Gerade deshalb erwarte ich von den CEO und Experten, sich deutlich mehr Gedanken zu machen. Wo sind die Allianzen? Wo sind die Visionen, die Technologien, die so vieles machbar machen? - Man muss es nur anpacken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir erwarten, dass sich jetzt die Verantwortlichen hinstellen und Wasser statt Wein einschenken, es ihren Aktionären erklären und sie möglicherweise auf schmalere Dividenden einstellen, denn ein Technologiewechsel kostet zunächst einmal Geld. Das ist glasklar. Sie profitieren allerdings dann zukünftig und nachhaltig. Wir werden die Alternativen brauchen: E-Mobilität, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe und vielleicht mehr. Machen Sie ihren Job, nicht irgendwann, sondern jetzt!

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Klima wartet nicht, und unsere Zukunft erst recht nicht.

In Schleswig-Holstein hingegen haben wir engagierte Pioniere, die sich vor Jahren auf den Weg machten, um unser Land zum Land der erneuerbaren Energien zu formen. Nicht nur an der Westküste haben wir derzeit oft mehr Stromerzeugung, als unsere Netze aufnehmen können. Dafür brauchen wir Lösungen, um unseren kostbaren Rohstoff

Energie zu veredeln, um die Sektoren Wärme und Verkehr zu integrieren.

Daher unterstützen wir die Bewerbung der Energieregion Westküste mit der Standortoffensive der Region Heide, sich an den Energieforschungsprogrammen der Bundesregierung und weiteren Förderaufrufen zu beteiligen. Dabei geht es um zukunftsweisende Energietechnologien, um Reallabore und Hydrogen-Valleys, Sektorenkopplung und Wasserstofftechnologie. Damit entwickeln wir in Schleswig-Holstein skalierbare technologische Anwendungen. Das bedeutet zugleich eine kräftige Wertschöpfung für unsere Orte, für unsere Möglichkeiten, zudem eine Blaupause für andere Regionen und sogar Länder weltweit,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

das damit verbundene Ziel, die Energiewende in unseren Bereichen im Land voranzubringen sowie Ökologie und Ökonomie zu vereinen.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen Schrittmacher der Energiewende sein, die Voraussetzungen schaffen, Wege finden, Techniken entwickeln, Komplexibilität vereinen und unseren unglaublichen Standortvorteil nutzen.

Anpacken, und zwar jetzt. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Bevor wir mit der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir unseren ehemaligen Kollegen Andreas Beran auf der Besuchertribüne

(Beifall)

sowie Mitglieder des CDU-Kreisverbandes Schleswig-Flensburg, der SPD Elmshorn sowie der Grünen Jugend Kiel. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen auf der Besuchertribüne!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Thomas Hölck das Wort.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen 2050 eine klimaneutrale Gesellschaft sein. Um auf die vielen Ziele und Etappen unseres

**(Thomas Hölck)**

Energiewende- und Klimaschutzgesetzes die Antworten geben zu können, brauchen wir kluge Köpfe aus der Energieforschung und solche, die den Weg vom Reißbrett in die Umsetzung erleichtern. Und eben diese klugen Köpfe fehlen hier in der Jamaika-Koalition.

(Beifall SPD - Widerspruch CDU und FDP)

Sie sitzen am Reißbrett der Regionalplanung, starren auf diese, verharren und schlafen dabei ein, und nichts geht voran.

(Beifall SPD - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD]:  
So ist das!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben alle im Chemieunterricht gelernt, dass Wasser, unter Strom gesetzt, in seine gasförmigen Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zerfällt. Manche erinnern sich vielleicht, Kollege Kumbartzky vielleicht nicht. Er hat schon damals den Wolf gejagt und nicht aufgepasst.

Heute verbinden wir dieses grundlegende Prinzip der Wasserspaltung in der Stromveredelung. So kann aus der teuren Abregelung von Windstrom nutzbarer Ökowasserstoff werden.

Wir benötigen dafür Experimentierräume im Land, für die Power-to-X-Technologien; die Förderung der Energieforschung bildet dabei den Anfang.

(Wortmeldung Jörg Nobis [AfD])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter - -

**Thomas Hölck [SPD]:**

Viele Technologien, die sich in der Erprobungsphase als vielversprechend erweisen, sind jedoch noch nicht alltagstauglich.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Nobis?

**Thomas Hölck [SPD]:**

Nein, von denen nicht.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Eine Reihe rechtlicher und technischer Hemmnisse erschwert es aktuell jedoch, dass das Zukunftsprojekt Ökowasserstoff nicht zeitnah Realität werden kann. Projekte zur Überbrückung der schwierigen Phase zwischen Technologieentwicklung und

Marktdurchdringung werden dringend gebraucht. Schleswig-Holstein braucht Reallabore.

Die Erprobung technischer und nicht technischer Innovationen in einem realen Umfeld und die Untersuchung der Einflüsse geltender regulatorischer Bestimmungen für eine bestimmte Technologie machen Reallabore überaus lohnenswert und sinnvoll. Ein Blick in die Projektskizze des BMWi zu Reallaboren der Energiewende belegt: Schleswig-Holstein besitzt sehr gute Rahmenbedingungen. Das gilt vor allem für die Erprobung der Wasserstofftechnologie, aber auch für die energieoptimierten Quartiere, die in der Planung sind rund um das Projekt QUARREE100 in Dithmarschen.

Die Energieregion Westküste besitzt Vorbildcharakter für den Bund. Für eine solide Wasserstoffstrategie müssen wir über den Tellerrand hübscher Ideen, Wettbewerbe ohne Landesinvestitionen hinaus blicken und ganz konkrete Hemmnisse für die grüne Wasserstofftechnologie aus dem Weg räumen.

(Beifall SPD)

Wir müssen also Nachteile für Power-to-X im EEG abbauen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, was nützen uns Reallabore, wenn Jamaika in der Realität bei der Umsetzung der energiepolitischen Grundlagen versagt? Die energiepolitische Basis ist die ausreichende Erzeugung von erneuerbarem Strom.

(Beifall SPD)

Sie reden von Klimaschutz, Sie loben sich selbst über den Klee, Sie umgarnen die Fridays-for-Future-Schüler. Und die Realität? - Stillstand!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es! - Beifall SPD)

Die Wärmewende kommt nicht voran. Gleichzeitig hat Jamaika den Ausbau der Windenergie an Land an die Wand gefahren. Sie versagen bei der Umsetzung der Energiewende. Sie versagen als Klimaschützer; Sie sind Klimaschutzversager.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine Dynamik in der Energiewende. Fossile Emissionsschleudern müssen endlich wirksam mit CO<sub>2</sub>-Abgaben belegt werden. Aber ich will in diesem Zusammenhang auch sagen: Wir unterstützen die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, aber wir wollen gleichzeitig die EEG-Umlage senken; denn die Energiewende muss für den Verbraucher bezahlbar bleiben.

(Thomas Hölck)

(Zuruf CDU: Deshalb unsere Initiative!)

- Wir brachen Ihre Initiative nicht; wir können alleine denken und auch alleine handeln.

(Beifall SPD)

Es besteht kein Zweifel daran, dass wir so schnell wie möglich aus der Kohleförderung und der Kohleverstromung aussteigen müssen. Dabei müssen der Klimaschutz, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Versorgungssicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit und die Sozialverträglichkeit im Mittelpunkt stehen.

Wir wollen einen Wandel ohne Bruch für die Menschen, die heute in der Kohle arbeiten und auch früher in der Kohle gearbeitet haben. Ich warne davor, die Diskussion oberlehrerhaft zu führen, also in einer Form, dass die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in der Kohle beschäftigt waren und jetzt noch beschäftigt sind, das Gefühl bekommen, sie müssten sich für ihre Arbeit schämen. Das dürfen wir nicht tun, sondern wir müssen eine Diskussion führen, die ihnen das Gefühl gibt, dass sie damals auch etwas Sinnvolles getan haben.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Aber nur das Gefühl!)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Es nützt nichts, wir müssen aus der Kohle aussteigen. Wer die Welt von morgen retten will, muss heute mutige Schritte gehen. Hören wir auch auf die Profis von Scientists for Future; denn insbesondere klimafreundliches und nachhaltiges Handeln muss einfach und kostengünstig werden, klimaschädigendes Handeln hingegen unattraktiv. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Bevor wir fortfahren, möchte ich begründeterweise noch einmal darauf hinweisen, dass wir bitte um 15 Uhr beginnen. - Danke.

(Vereinzelter Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind ein Land zwischen den Meeren. Der Minister hat uns in der letzten Landtagtagung sehr deutlich gemacht, was das bedeutet und welchen Küstenschutz wir hier wirklich machen müssen. Ebenso wenig kann es uns als Erwachsene kaltlassen, wenn jeden Freitag wieder viele Jugendliche demonstrieren und uns klarmachen, worauf es in der Zukunft wirklich ankommt.

Wir sollten uns einmal klarmachen, wo wir eigentlich stehen. Wir stehen in der Masse, zu 86 %, bei den Energien Öl, Kohle, Gas und Atom und müssen diese überwinden durch frischen Wind und frische Sonne, wir müssen diese Energieformen dadurch ersetzen.

Wir finden das alte System immer noch viel zu oft vor. Lassen Sie mich einmal anhand einiger Zahlen deutlich machen, wo der Abgaberrahmen im Moment liegt. Wenn ich eine Kilowattstunde Strom nehme, dann wird diese mit 16 Cent fiskalisch belastet, Diesel und Benzin nur mit 7 bis 9 Cent, Heizöl sogar nur mit 2,2 Cent. Wenn Wind- und Solarstrom eingesetzt werden, die kein Kohlendioxid emittieren, müssen diese Energieformen genauso viel entrichten wie Kohlestrom, der für jede Kilowattstunde Strom aus Fossilen das Klima mit rund 1,2 kg Kohlendioxid belastet. Das kann einfach nicht sein.

Daher ist es gut, dass wir hierzu im Landtag Anträge vorliegen haben, nämlich einmal den Antrag, durch den die SPD ihren Antrag zum Klimaschutz für erledigt erklärt hat, und ein gemeinsamer Antrag, der insbesondere die Bundesratsinitiative zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung unterstützt. Ich glaube, das ist ein sehr deutliches Signal und kann wirklich helfen, dass wir im Bundesrat mit diesem Antrag weiterkommen. Es ist mehr als überfällig, dass wir an diesem Punkt bundespolitisch in eine andere Richtung gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir müssen auf allen Ebenen dafür streiten, dass die verbindlichen Klimaschutzziele auch wirklich erreicht werden, dass sich Klimaverschmutzung nicht lohnt, sondern nur die Nutzung sauberer Energien, dass die Energienetze und Energiespeicher so aufnahmefähig und umweltfreundlich sind, dass saubere Energien nicht nur erzeugt, sondern auch genutzt werden können. Wir brauchen einen kontinuierlichen Zubau der erneuerbaren Energien.

**(Bernd Voß)**

Wenn ich vor diesem Hintergrund die Diskussion über die sogenannte Sektorenkopplung sehe, dann habe ich von der New Energy die Erkenntnis mitgenommen: Wir haben diese Techniken weitestgehend; aber es fehlen die Rahmen, damit dies umgesetzt wird.

Bei der Sektorenkopplung geht es im Wesentlichen darum, vom Strom in die Mobilität Wärme, in die industriellen und gewerblichen Prozesse hineinzukommen, um auch dort erneuerbare Energien zu nutzen. „Wasserstoff statt Abriegeln“ ist hier die zentrale Botschaft.

Erneuerbare Energien und die Energiewende haben eben viele Facetten, haben viele ökonomische Herausforderungen. Von daher ist es gut und wichtig, dass das, was wir alle noch aus der 6. oder 7. Klasse unserer Schulzeit kennen, die Elektrolyse, die Wasserstoffherzeugung aus Erneuerbaren Energien in den großtechnischen Maßstab übergeht. Dafür hat die Bundesregierung in der Vergangenheit NEW 4.0 als großes Verbundprojekt mitfinanziert; neu sind jetzt die Reallabore. Es ist gut und sinnvoll, dass wir eine ganze Reihe von Unternehmen in unserem Land haben, die sich dafür nicht nur interessieren und dort einsteigen werden.

Wir haben jetzt in Heide den Aufschlag mit dem Letter of Intent der Landesregierung unterstützt. Ich glaube, es ist gut und sinnvoll, wie wir es im Antrag formuliert haben, dass wir auch weitere Projekte in dem Bereich benötigen und unterstützen werden, die zur erneuerbaren Strategie des Landes passen.

Wir müssen uns immer wieder vor Augen halten: Wir sind bei uns derzeit bei der Primärenergieerzeugung in einer Größenordnung von 86 % aus Fossilen, aus Atom. Wir brauchen daher neben Effizienzinsparungen den kontinuierlichen Ausbau der Erneuerbaren. Denn Klimaschutz und Energiewende sind letztlich unsere einzige ökonomische Perspektive, und es ist gut, wenn wir dabei in allen Facetten technologisch ziemlich früh voran sind.  
- Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Sehr verehrte, liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hölck, Sie haben nun wirklich bei jeder energiepolitischen Debatte dieselben Textbausteine. Ich sage Ihnen: Ihre Argumente werden nicht richtiger, je öfter Sie sie wiederholen.

(Beifall CDU und FDP)

Sie können hier noch so viel Feuerwerk abbrennen: Sie sind da nicht auf dem richtigen Kurs.

Wir wollen die Regionalpläne vernünftig voranbringen, das Verfahren gründlich fortsetzen. Dass Sie bei dem Thema am liebsten mit der Brechstange heranwollen, ist oft genug dokumentiert worden. Sie widersprechen sich aber selbst: Auf der einen Seite soll die EEG-Umlage sinken, aber auf der anderen Seite wollen Sie den Windenergieausbau mit der Brechstange. Das passt nicht zusammen. Sie sollten den Menschen mal erklären, was Sie denn eigentlich wollen.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen in der Energiewende neue Schritte wagen. Auf der New Energy in Husum letzte Woche wurde deutlich, dass Wasserstoff beispielsweise ein ganz großes Thema und ein hervorragendes Bindeglied zwischen dem erzeugten Strom und der Verwendung bei vielen Anwendungen ist. Wasserstoff kann Autos und Busse antreiben, aber auch im Erdgasnetz Wohnungen mit Strom und Wärme versorgen. Es können auch andere Gase und synthetische Kraftstoffe erzeugt werden. Wir zeigen uns da ganz FDP-like total technologieoffen.

(Beifall FDP)

Wir haben die Förderung solcher Projekte - Stichwort: Sektorenkopplung - ganz klar schwerpunktmäßig im Koalitionsvertrag verankert.

Damit komme ich zu den Reallaboren: Auch das ist eine gute Geschichte, die gefördert werden soll. Sie sind dazu gedacht, Innovationen voranzubringen und auch den Regulierungsrahmen ergebnisoffen zu erproben und anzupassen; wir haben in Schleswig-Holstein viele engagierte Unternehmen. Mit unserem Antrag unterstützen wir die Bewerbung gerade der Akteure aus der Region Heide, um in Form eines Reallabors dort zu zeigen, dass man wirtschaftlich und verlässlich regionalen Windstrom in Wasserstoff umwandeln kann. Deswegen begrüßen wir auch die Unterstützung der Landesregierung in dieser Sache.

(Oliver Kumbartzky)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein und gerade die Westküste können viel für die Energiewende leisten. Es gibt auch noch viele weitere gute Projekte, die am Start sind wie beispielsweise auch in Brunsbüttel. Ich werbe daher wirklich um Zustimmung für diesen Antrag, den wir heute in der Sache abstimmen sollten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um die Energiewende generell und vernünftig voranzubringen, müssen wir aber auch an die großen Hebel herangehen. Mit dem vorhandenen EEG und den Regularien im Energiesektor werden wir die Klimaziele nicht erreichen können. Wir sind daher unter anderem für die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die alle Sektoren umfasst. Damit käme es zu einem direkten Wettbewerb zwischen erneuerbaren Energien und fossilen Energieträgern. Das ist genau der richtige Weg.

Die EEG-Umlage hat die Verbraucher bisher eine gewaltige Summe gekostet, ohne dass man beim Klimaschutz nennenswert vorangekommen wäre. Zulasten der Verbraucher wird viel Geld umverteilt, und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wird aufs Spiel gesetzt. Deswegen kann man nicht einfach so weitermachen wie bisher, wenn man die Verbraucherpreise im Griff behalten und die Wettbewerbsfähigkeit erhalten will.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Deswegen müssen wir in der Energiepolitik von Planwirtschaft und Fehlanreizen wegkommen hin zu mehr Marktwirtschaft und mehr Innovation. Daher ist die Bundesratsinitiative von Minister Albrecht auch gut. Darin sind viele Anregungen in Form von Prüfaufträgen enthalten, wie beispielsweise die CO<sub>2</sub>-Bepreisung als Alternative zur EEG-Umlage und als Alternative zur Doppelbesteuerung. Das sind mögliche Alternativen.

(Zurufe SPD)

- Es freut mich ja, dass Sie meinen Reden regelmäßig zuhören. Nun kommt etwas Neues über die Bundesratsinitiative.

(Heiterkeit FDP)

Über die Bundesratsinitiative ist auch schon einiges in den Zeitungen geschrieben worden, meine Damen und Herren. Um es noch einmal klarzustellen: Diese Initiative soll nicht zu einer leistungsfeindlichen Mehrbelastung für die Bürger führen, und es geht nicht darum, den Autobesitzern die Tankfüllung zu verteuern. Die angestrebte Reform soll aus-

drücklich nicht dazu dienen, staatliche Einnahmen zu erhöhen. Neben der Aufkommensneutralität wird in der Initiative auch die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs betont. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt bei der ganzen Sache.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ganz klar ist auch, dass wir die Kosten der Energiewende nicht weiter allein dem Stromkunden aufbürden sollten. Ebenso klar ist, dass CO<sub>2</sub> einen Preis braucht, wenn wir in unseren Anstrengungen zum Klimaschutz heute und von künftigen Generationen ernst genommen werden wollen.

Deswegen sind die beiden heute abzustimmenden Anträge goldrichtig. Ich werbe um Unterstützung. Den einen haben wir schon gemeinsam eingebracht, sodass ich davon ausgehe, dass er hier mit großer Mehrheit beschlossen wird. Wir nehmen damit unsere politische Verantwortung wahr und ebnen den Weg für Innovation und mehr Klimaschutz. Das ist das Richtige, um die Energiewende voranzubringen, und nicht ihr Genöle, Herr Hölck. Damit bringen wir die Energiewende nicht voran. Folgen Sie unseren Anträgen, folgen Sie unseren guten Beispielen! Dann sind auch Sie wieder Teil der Gewinner, meine Damen und Herren. - Danke.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Der aktuelle Bericht des Weltwirtschaftsforums rückt die Energiewende ins richtige Licht hinsichtlich der gesteckten Ziele zu Energiesicherheit, Preisniveau und Nachhaltigkeit. Egal aus welcher Perspektive man es betrachtet: Die deutsche Energiewende ist kein Erfolgsmodell.

Trotz milliardenschwerer Subventionierung steigen die Strompreise auf Weltmeisterniveau. Tausende Stromkunden, denen der Strom bereits abgestellt wurde, sind unfreiwillig zu Belastungszeugen Ihrer unsozialen Energiewende geworden und müssen die Konsequenzen Ihrer verfehlten Energiewendepolitik tragen.

Da der Ausbau der Netzinfrastruktur mit dem Ausbau der Windkraft nicht Schritt halten konnte, gibt es insbesondere hier bei uns in Schleswig-Holstein

(Jörg Nobis)

einige Tage, an denen wir nicht wissen, wohin mit dem ganzen Windstrom. Zu lesen war dann: Der grüne Windenergiestrom wurde ins Ausland veramscht.

Nun wollen Sie eine Industrie schaffen, die diesen Strom zukünftig speichert und veredelt, wie Sie es nennen. Mit Veredelung meinen Sie zum Beispiel die Herstellung von Wasserstoff aus Windstrom. Meine Damen und Herren, Strom ist bereits ein hochwertiger Energieträger. Die verlustreiche Umwandlung in Wasserstoff ist keine Veredelung von Strom - ganz im Gegenteil, Herr Hölck.

Power-to-Gas, wie Sie es nennen, also zum Beispiel die Umwandlung von Strom in den Brennstoff Wasserstoff, wird aus prinzipiellen naturwissenschaftlichen Gründen, die mit dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik zusammenhängen, in der Praxis immer zu Verlusten führen.

(Zuruf FDP: Ach so!)

Bei diesem Vorgang gehen zwei Drittel bis drei Viertel des Energiewertes des Stroms unwiederbringlich und unvermeidlich verloren. Die Rückverstromung zum Beispiel in einer Brennstoffzelle ist das genaue Gegenteil von energiesparend, klimafreundlich und umweltverträglich. Hören Sie also bitte auf, den Menschen Sand in die Augen zu streuen und von Veredelung zu sprechen! Strom bedarf keiner Veredelung.

Solche Überlegungen stellen wir ja überhaupt nur deshalb an, weil es bei uns in Schleswig-Holstein diesen hochsubventionierten grünen Überschussstrom gibt. Hochwertiger Strom wird aber nicht veredelt, sondern in den einfachen Brennstoff Wasserstoff umgewandelt, damit irreversibel entwertet und eben nicht veredelt.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen Forschung und Entwicklung neuer Technologien ausdrücklich und werden daher Ihrem Antrag im Hinblick auf die Realisierung von Reallaboren zustimmen - auch wenn die zukünftigen Ergebnisse dieser Reallabore an den harten Realitäten der Naturwissenschaft nicht vorbeikommen werden.

Aber nur in Reallabore zu investieren, reicht nicht. Sie müssen auch einmal energiepolitisch Realpolitik betreiben. Als Beispiel sei das altgediente Heizkraftwerk Wedel genannt. Die SPD will in ihrem Antrag die ältesten und schadstoffintensivsten Kohlekraftwerke schnellstmöglich vom Netz nehmen. So weit, so gut. Dazu zählt auch das alte Heizkraftwerk Wedel.

Abschalten tut not, scheitert aber zurzeit an der ideologisch verbohrtten Haltung Ihrer grünen Parteifreunde in Hamburg, Herr Voß. Es wäre nämlich sinnvolle energiepolitische Realpolitik, das Kohlekraftwerk Moorburg an das Fernwärmenetz Hamburg anzuschließen. Dass dies nicht schon längst passiert ist, ist energiepolitischer Unfug. Die komplette Abwärme des Kraftwerks wird seit Jahren ungenutzt ins Elbwasser abgeben.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Würde das Kraftwerk ans Fernwärmenetz angeschlossen, könnte Wedel auch zeitnah abgeschaltet werden, aber diese Wahrheit verschweigen Sie den Bürgern aus rein ideologischem Ansinnen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da geht es doch nicht um „ideologisch“!)

- Wir brauchen eben nicht nur Reallabore, Frau von Kalben, sondern auch energiepolitische Realpolitik. In den nächsten drei Jahren fließen rund 100 Millionen € an Bundesfördermitteln. Das ist schön, und natürlich begrüßen wir es, wenn Teile dieser Forschungsgelder auch in Schleswig-Holstein ankommen. Wasserstoff als Kraftstoff verspricht gute Reichweiten für den Verkehrssektor. Wasserstoff erscheint so vielversprechend, dass man sich eigentlich fragt, warum in Deutschland bislang nur 350 Fahrzeuge überhaupt mit Wasserstoff fahren.

(Zuruf Andreas Hein [CDU])

Dafür gibt es viele Gründe, aber einer der wichtigsten ist sicherlich, dass der Energiebeziehungsweise Stromverbrauch bei Wasserstofffahrzeugen drei- bis viermal höher ist im Vergleich zu reinen Elektrobeziehungsweise Batteriefahrzeugen. Ich zitiere an dieser Stelle gern Herrn Dr. Steiger, den ehemaligen Leiter der Forschungsstelle Antriebe im VW-Konzern:

„Wenn wir aber den Wasserstoffpfad mit dem Weg der Batteriespeicher vergleichen, stellen wir fest, dass der Strom-Batterie-Pfad die drei- bis vierfache Effizienz aufweist.“

(Lukas Kilian [CDU]: Ehemaliger Leiter!)

Ein wichtiges Ziel von Forschungsvorhaben in den Reallaboren muss daher sein, zukünftig höhere Wirkungsgrade zu erzielen.

(Unruhe)

- „Ehemalig“, weil er Honorarprofessor geworden ist.



**(Jörg Nobis)**

Vor diesem Hintergrund begrüße ich den Aufruf unseres Landtagspräsidenten Klaus Schlie. Die Klimawandeldebatte muss tatsächlich versachlicht werden.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Und was ist Ihr Part?)

Zur Versachlichung gehört dann aber, keine Märchen über irgendwelche Veredelung von Strom zu erzählen. Den auf reiner Klimahysterie basierenden SPD-Antrag lehnen wir selbstverständlich ab.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Kommen Sie bitte zum Ende!

**Jörg Nobis [AfD]:**

Dem Forschungsantrag von Jamaika stimmen wir aber selbstverständlich zu.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich fühlte mich gerade um 50 Jahre zurückversetzt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, was für Reden wir uns von einigen Leuten anhören mussten, als man in Dänemark in Ulfborg die erste Windmühle als Versuchsobjekt aufgestellt hat.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Ja, nicht? Da hieß es auch: „Überhaupt kein Zukunftsmodell“, und: „All die vielen Vögel, die dadurch getötet werden“, und, und, und. - Heute ist das eine Selbstverständlichkeit. Bei einigen dauert es immer ein bisschen länger, bis sie sehen können, wohin die Reise geht.

Mitte Februar dieses Jahres startete das Bundeswirtschaftsministerium die erste Runde des Ideenwettbewerbs „Reallabore der Energiewende“. Im Fokus dieses Wettbewerbs stehen die Bereiche „Sektorenkopplung und Wasserstofftechnologien“, „Großskalige Energiespeicher im Stromsektor“ und „Energieoptimierte Quartiere“. Zudem wurden Reallabore der Energiewende als neue Säule im Energieforschungsprogramm der Bundesregierung etabliert. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel,

den Technologie- und Innovationstransfer von der Forschung in die Praxis zu beschleunigen.

Für den Zeitraum von 2019 bis 2022 sind dafür jährlich Fördermittel in Höhe von 100 Millionen € vorgesehen. Die Einreichungsfrist für die erste Runde der Projektvorschläge ist der 5. April 2019. Ich begrüße daher den Antrag der Koalition, der deutlich macht, dass wir als Land Schleswig-Holstein die Bemühungen unserer an diesem Wettbewerb teilnehmenden Unternehmen voll unterstützen.

(Beifall SSW und Oliver Kumbartzky [FDP])

Die Reallabore der Energiewende sind im Prinzip nichts anderes als die Erprobung zukunftsfähiger Energietechnologien unter realen Bedingungen in Zusammenarbeit mit entsprechenden Forschungseinrichtungen. Gerade wenn ich an unsere Westküste denke, sehe ich dort ein enormes Potenzial, das sich bereits über Jahre zu solchen Reallaboren entwickelt hat; mir war vorher nur nicht bewusst, dass es sich um Reallabore handelt.

Bereits in der letzten Debatte zur Energieforschung haben wir als SSW deutlich gesagt, dass wir in der Frage der Stromspeicherung oder Power-to-X zwar noch am Anfang stehen, aber viele der Technologien bereits eingesetzt und erprobt werden. Gerade in diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Wissenschaft unerlässlich. Damit will ich sagen, dass das, was wir bereits über Jahre bei uns im Land begleitet und gefördert haben, nun zum Tragen kommt und sich eventuell erfolgreich in einem Bundeswettbewerb behaupten kann.

Ich wünsche an dieser Stelle den teilnehmenden Unternehmen aus Schleswig-Holstein, die sich für den Wettbewerb angemeldet haben, viel Erfolg.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Energieregion Westküste ist ein Zusammenschluss verschiedenster Vertreter aus den unterschiedlichsten Bereichen der erneuerbaren Energien sowie der jeweiligen Wirtschaftsfördergesellschaften. Dort hat sich ein ganzer Wirtschaftszweig rund um die erneuerbaren Energien entwickelt, der sich für die Erforschung und Produktion erneuerbarer Energien aktiv einsetzt. Bundesweit haben sich die Vertreter der Energieregion Westküste bereits erfolgreich auf Messen präsentiert, bei denen sie auf die Potenziale der Region aufmerksam gemacht haben.

**(Flemming Meyer)**

Das Portfolio der Energieregion ist sehr umfangreich: von der Produktion der erneuerbaren Energien über E-Mobilität und Schnellladestationen oder Sektorenkopplung bis hin zu Power-to-Gas-Technologien - um nur einige zu nennen. Damit hat sich die Energieregion Westküste bundesweit zu einem Marktführer in dieser Zukunftstechnologie entwickelt. Von daher bin ich fest davon überzeugt, dass sich die Energieregion Westküste bei dem Wettbewerb sehr gut behaupten wird. Nicht zuletzt wird die Beteiligung an dem internationalen Wettbewerb dazu beitragen, dass die Energieregion Westküste weiteren Bekanntheitsgrad erlangt. Das ist ein positives Signal in eigener Sache und für das Land Schleswig-Holstein.

(Beifall SSW)

Aus Sicht des SSW entsteht hieraus für das Land eine gewisse Verpflichtung, diese Projekte weiterhin positiv zu begleiten und für neue Projekte im Bereich der Energiewende offen zu sein, von denen wir uns heute womöglich überhaupt noch nicht vorstellen können, dass es sie gibt. Schleswig-Holstein hat seinerzeit mit dem Ausbau der Windenergie Pioniergeist gezeigt. Dieser Pioniergeist hat sich an der Westküste mit all seinen Facetten der Energiewende fortgesetzt. Wir als SSW haben diese Entwicklungen stets positiv begleitet und werden das weiterhin tun. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Andreas Hein [CDU])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sehr geehrter Herr Hein, ich muss hier leider noch zu einem Dreiminutenbeitrag auftreten, weil Sie in Ihrer Rede ganz stark auf die Autoindustrie abgestellt haben. Sie haben die Autoindustrie als zu langsam und zu wenig innovativ kritisiert. Das kann ich so nicht stehenlassen. Gerade die deutsche Autoindustrie ist nicht umsonst führend in der Welt. Das ist sie, weil sie so schnell und innovativ ist.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ein Technologiewechsel von fossilen Brennstoffen zu Strom, also Batterieantrieb, wie Sie ihn fordern, dauert nun einmal lange, und ich halte ihn für wenig sinnvoll. Wir merken schon jetzt, dass die

großen Hersteller Ford, Opel und VW wegen der Umstellung wahrscheinlich 5.000 bis 6.000 Arbeitnehmer entlassen müssen. Das ist ein negativer Nebeneffekt dieser Umstellung.

Ich darf daran erinnern, dass die Autoindustrie immer reagiert hat. Als es um Blei ging, hat sie Katalysatoren eingebaut; als es um CO<sub>2</sub> ging, wurden in großer Menge Diesel gebaut. Deswegen haben wir heute die saubersten Diesel, die es auf der Welt gibt und die immer noch sauberer werden.

Jetzt werden die Diesel verteufelt, weil irgendwelche Messstationen irgendwelche willkürlichen Messwerte von NO<sub>2</sub> feststellen. Deswegen soll der Diesel plötzlich abgeschafft werden. Das kann es nicht sein.

Jetzt soll die Industrie auf Strom umstellen, obwohl Batterien alles andere als ökonomisch und ökologisch sinnvoll sind. Von Lkw, die gar nicht mit Batterien fahren können, wollen wir jetzt nicht reden. Wir haben nur eine kurze Versuchsstrecke für E-Lkw in Stormarn.

Ich frage mich, warum Sie als Fachmann - Sie sagten, Sie seien gelernter Automechaniker - nicht zum Beispiel die Umstellung auf Gas fordern. Das ist bewährt, das gibt es schon, das ist übrigens sehr günstig, und wir haben noch sehr lange Gas. Wir können also noch jahrzehntelang mit gasangetriebenen Wagen fahren, die sauber sind.

Sie reden von Wasserstoff als Treibstoff der Zukunft. Das finde ich völlig in Ordnung; deswegen stimmen wir dem Reallabor-Antrag zu. Es ist wichtig, da zu forschen; das ist völlig richtig. Wir finden auch synthetische Kraftstoffe sehr spannend. Wenn Wasserstoff der nächste Treibstoff sein soll, verstehe ich den Zwischenschritt über die Batterien nicht.

Die Batterien kommen aus China. Dafür werden unter unmöglichen Bedingungen Rohstoffe in Afrika und Südamerika abgebaut. Sie sind schlecht zu entsorgen und im Prinzip Sondermüll. Sie sind schwer, brennbar und helfen uns nicht.

Insofern lassen Sie uns noch ein paar Jahre fossile Brennstoffe nehmen und dann auf Wasserstoff umsteigen, wenn wir so weit sind. Das wäre doch der Weg, nicht dieser teure Zwischenschritt.

(Beifall AfD)

Dieser Zwischenschritt kostet Millionen, kostet Arbeitsplätze und bringt Unsicherheit, auch in der Bevölkerung. Immer wieder wird der Industrie der Schwarze Peter zugeschoben, obwohl die Politik - dazu gehören Sie ja auch -, wenn es um diese Ener-

**(Volker Schnurrbusch)**

giewende geht, sie vor sich her treibt und ökonomisch und ökologisch sinnlose Kapriolen schlägt.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Das also wäre meine Botschaft. - Danke.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Klimawandel ist keine Ideologie, er ist Tatsache. Der Klimaschutz ist kein frommer Wunsch, sondern eine internationale Verpflichtung, und die Einhaltung der darin beschriebenen Klimaziele ist möglich, aber keineswegs eine Sache, die man aufschieben oder halbherzig angehen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb ist die Erinnerung an jene an die Ziele des Klimaschutzes auch so notwendig, gerade bei den Demonstrationen. Deswegen sind die vorliegenden Anträge hier im Haus auch nur zu begrüßen. Mit dem Antrag „Klimaschutz durch Innovation - Reallabore für Schleswig-Holstein“ laufen Sie in drei Ressorts, dem Wissenschaft-, dem Wirtschafts- und dem Energiewendeministerium offene Türen ein. Die Landesregierung Schleswig-Holstein beteiligt sich aktiv an der Lösung der Fragestellungen der Energiewende. Wir wollen Antworten auf die konkreten Herausforderungen einer europäisch vernetzten Energiewende geben und einen substanziellen Beitrag zum Klimaschutz, zur Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts sowie der Nutzungsoptionen der erneuerbaren Energien leisten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Zahlreiche Unternehmen in Schleswig-Holstein sind bereit, den Transfer von nahezu marktreifen Innovationen für eine effiziente Sektorenkopplung sowie für systemische Zusammenhänge mit positiven Auswirkungen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein voranzubringen. Wir sind davon überzeugt, dass Schleswig-Holstein optimale Voraussetzungen für ein Reallabor bietet.

Deshalb unterstützt die Landesregierung ausdrücklich den entsprechenden Antrag für den Ideenwettbewerb Reallabore in der Energiewende und wird auch bei zukünftigen Projektideen helfen, die der Energiewende in Schleswig-Holstein dienen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, mit der Eingabe „Klimaschutz fördern, Menschenrechte wahren“, liegt zudem heute auch ein mit einer breiten Mehrheit der Landtagsfraktionen getragener Antrag zum Klimaschutz und zur Energiewende vor, und ich danke allen, die an der Stelle beteiligt sind. Das ist ein starkes, gemeinsames Signal für das Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein, für den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze und für die Reform der Abgaben und Umlagen. Ich freue mich sehr über die Unterstützung des Bundesratsantrags der Landesregierung in Berlin. Ich bin der festen Überzeugung, dass ohne eine systematische Reform der Abgaben und Umlagen im Energiesektor die Klimaschutzziele in Deutschland nicht erreichbar sind, denn das bestehende System deckt klimapolitische Fehlanreize und erschwert Flexibilität und Sektorkopplung.

Aktuell wird Strom um ein Vielfaches höher belastet als Benzin, Diesel, Erdgas und Heizöl. So wird das mit den Klimazielen eben nichts. Es kann doch nicht sein, dass derzeit wieder Heizungssysteme eingebaut werden, die auf fossile Energieträger angewiesen sind, während gleichzeitig die Windkraftanlage vor dem eigenen Haus stillsteht. Das müssen wir ändern und dafür sorgen, dass die Klimaziele eingehalten werden und dass die zentralen Weichenstellungen und die zentralen Innovationen, die einen Zyklus von 20 bis 30 Jahren haben, in die richtige Richtung gehen und nicht rückwärtsgerichtet sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Genau hier setzt unsere Bundesratsinitiative an. Insbesondere ist eine systematische CO<sub>2</sub>-Bepreisung notwendig. Im Gegenzug soll der Strompreis durch eine Absenkung der EEG-Umlage um die Kosten für Industrieausnahmen und Technologieförderung und natürlich auch durch eine sozial gerechte Ausgestaltung entlastet werden.

Es geht um nicht weniger als um faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Energieträgern und Technologien. Die Initiative zur Reform der Abgaben und Umlagen wird derzeit im Bundesrat in den Ausschüssen beraten, und bereits drei Aus-

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

schüsse haben ihr zugestimmt. Dass das jetzt auch im Wirtschaftsausschuss gelingt, der eine zentrale Rolle für die Mehrheiten im Plenum hat, daran arbeiten wir, der Wirtschaftsminister und ich, derzeit gemeinsam in den Gesprächen mit den verschiedenen Ländern, und wir hoffen sehr, dass es zu einer Reform kommt und dass die Bundesregierung entsprechend auf den Weg geschickt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Aus vielen Teilen der Gesellschaft, auch aus Teilen der Wirtschaft, haben wir bereits deutlichen Zuspruch für diese schleswig-holsteinische Jamaika-Initiative erhalten, und ich kann nur hoffen, dass sich dem möglichst viele anschließen. Am 11. April 2019, vor der Bundesratssitzung, werden wir sogar gemeinsam mit dem BDEW und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und auch Professorin Praetorius, einer der Vorsitzenden der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, noch einmal unsere Initiative in Berlin vorstellen.

Schleswig-Holstein geht voran. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Erstens. Abstimmung zu a), Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1375. - Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Zweitens. Abstimmung zu b), Alternativantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1129. - Ich lasse nun über den Alternativantrag in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, der Fraktionen von FDP, CDU gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

**Den Bau der S 4 (Ost) von Hamburg nach Bad Oldesloe nicht verzögern**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1367

**Planung und Ausbau der S 4 (Ost) wird wie geplant vorangetrieben**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1385 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nun sind wir aber gespannt!)

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Bei einem Thema sind wir uns hier im Landtag eigentlich immer einig: Große Infrastrukturmaßnahmen dauern viel zu lange, und wir haben hier immer versucht, verschiedenste Möglichkeiten der Beschleunigung auf den Weg zu bringen. Wir haben uns immer gegenseitig darin bestätigt, dass wir das sinnvoll finden. Ebenfalls haben wir uns in mehreren Anträgen hier mit einer sehr breiten Mehrheit für den Bau der S 4, der Nahverkehrsstrecke zwischen Hamburg und Ahrensburg beziehungsweise Oldesloe, ausgesprochen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Einstimmig!)

- Genau, einstimmig, Herr Arp. - Den ersten Antrag im Landtag, und da waren Sie dabei, gab es dazu am 17. Oktober 2010, unterschrieben von SPD, CDU, FDP, SSW und Grünen. Von den Grünen unterzeichnete damals schon der Kollege Andreas Tietze, obwohl er zu dem Zeitpunkt eigentlich noch gar nicht im Bereich der Verkehrspolitik unterwegs war.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Der Titel lautete aber schon: Ausbau der S 4 nach Ahrensburg/Bad Oldesloe sichern. 49-mal hat sich der Landtag seitdem in drei Legislaturperioden mit dem Thema S 4 in unterschiedlichsten Zusammenhängen befasst, doch ausnahmslos ging es eigent-

**(Kai Vogel)**

lich immer nur um die Bestätigung des Projekts. Eine inhaltliche Einigkeit stand hier nie infrage.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Ende des letzten Monats, Ende Februar, fiel vermutlich nicht nur mir die Kinnlade herunter, als wir in der Zeitung das Ergebnis einer Podiumsdiskussion lesen konnten: Grüne fordern den Neubau einer Bahnstrecke an der A 1.

(Christopher Vogt [FDP]: Nicht nur ihr!)

Weiter wurde der Abgeordnete Tietze dann erwähnt, und ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Eine solche Alternative kann man nicht einfach beiseiteschieben“, sagt der grüne Landtagsverkehrsexperte Andreas Tietze. Seine Bundestagskollegin Ingrid Nestle assistiert: „Ich erwarte von der Bundesregierung, dass alternative Trassenverläufe so schnell wie möglich geprüft werden.““

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man darf nicht alles glauben, was in der Zeitung steht!)

Wer dies so unwidersprochen fordert, will das Projekt beerdigen. Das ist der vollkommen falsche Weg, und diesen Weg lehnen wir entschieden ab.

(Beifall SPD und SSW)

Wer in die Historie geht, der findet die ersten Ansätze der Planungen für die S 4 bereits 1998. Grundlage war eine stete Steigerung der Fahrgastzahlen. Die Fahrgastzahlen haben sich von 2000 bis 2010 um sage und schreibe 50 % im Abschnitt zwischen Hamburg und Ahrensburg erhöht. 2012 fiel dann die Entscheidung der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein, gemeinsam mit der Bahn in die Planungen einzusteigen. Die Aussagen vonseiten Schleswig-Holsteins waren aber immer und wirklich unabhängig von der Landesregierung: Wir stehen zu dem Projekt, doch es muss vonseiten des Bundes eine deutliche finanzielle Beteiligung geben. - Ohne den Bund, nur mit Hamburg an der Seite, könnte das Land Schleswig-Holstein dieses mittlerweile circa 1 Milliarde € teure Projekt niemals stemmen.

Die alte und die jetzige Landesregierung haben dieses Anliegen nahtlos weiterverfolgt. Das Bauvorhaben wurde im Bundesverkehrswegeplan in den vorrangigen Bedarf hochgestuft, was auch wir als sehr hilfreich erachten. 2018 kam dann die erhoffte Zusicherung vonseiten des Bundes, dass über das GVFG und die Zusicherung der Finanzierung die

Finanzierung des dritten Gleises Richtung Ahrensburg gewährleistet ist.

Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein stehen im Augenblick unmittelbar vor einer Finanzierungseinigung bei der Aufteilung der Kosten. Für die drei einzelnen Planungsabschnitte bis Bad Oldesloe sind alle Planfeststellungsunterlagen eingereicht, und ich glaube, wir alle warten nur auf die Genehmigung, dass der Bau beginnen kann.

Folgt man jetzt den unklugen Vorschlägen der Abgeordneten Tietze und Nestle,

(Christopher Vogt [FDP]: Nein! - Heiterkeit und weitere Zurufe FDP)

dann müsste das Planfeststellungsverfahren sofort eingestellt werden, weil erst eine zweite Trasse untersucht werden müsste. Alle Finanzierungszusagen wären Makulatur, denn diese beziehen sich auf die S 4 an der Trasse der jetzigen Fernbahngleise. Diese Aussage, einfach einmal eine alternative Trasse prüfen zu lassen, mag bei dieser Veranstaltung sehr populistisch und applausbringend gewesen sein,

(Zurufe FDP und SSW)

aber damit erweisen Sie, Herr Kollege Tietze, der Region im südlichen Schleswig-Holstein - vielleicht ist das aus dem Blickwinkel Husums anders zu betrachten - einen absoluten Bärendienst.

(Beifall SPD und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Aber Herr Vogel, Sie kennen ihn doch! - Heiterkeit FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, ich kenne ihn, werter Kollege Vogt, deshalb weiß ich auch: Manchmal muss der Kollege Tietze auch wieder auf den grünen Pfad der Tugend zurückgeführt werden. Das ist der Grund dafür, weshalb wir uns heute hier noch einmal damit beschäftigen.

Sind wir einmal ehrlich: Wenn wir das Projekt jetzt noch einmal stoppen und verschieben, dann verschieben wir es um mindestens zehn Jahre. Ich gehe davon aus, dann ist das Projekt tot. Das kann definitiv nicht das sein, für das wir hier streiten.

(Beifall SPD und SSW)

Wir brauchen die S 4 an der jetzigen Bestandstrasse und erwarten von den Grünen und damit von der Koalition ein klares Bekenntnis für dieses gute und sinnvolle Projekt der S 4. Mit Ihrem heutigen Antrag zeigen Sie, dass Sie die Grünen nach einem Monat auf dem Irrweg wieder auf die Spur gebracht

**(Kai Vogel)**

haben. Das ist ein gutes Signal aus Kiel für den Bau der S 4. - Vielen lieben Dank.

(Beifall SPD und SSW - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

(Beifall Klaus Schlie [CDU] - Dennys Bornhöft [FDP]: Der Canossagang! - Vereinzelt Heiterkeit FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident!

(Dennys Bornhöft [FDP]: Hallo! - Christopher Vogt [FDP]: Nicht mal das klappt! - Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen gab es in der Tat irritierende Presseveröffentlichungen zu Positionen der Grünen zur S 4. Auch mein Name wurde da genannt. Das ist ja schon gesagt worden.

(Heiterkeit FDP)

Das hat nicht nur Ärger im Kreis der Jamaika-Koalition und bei der SPD ausgelöst, sondern auch in meiner eigenen Partei.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ihr Antrag, Herr Vogel, gibt mir die Gelegenheit, die Dinge richtigzustellen. Das werde ich in dieser Rede auch in aller Klarheit und Deutlichkeit tun. Die Presse ist ja oben auf der Tribüne. Schreiben Sie bitte nicht: „Tietze rudert zurück“, sondern schreiben Sie: „Tietze stellt klar“!

(Beifall FDP - Lars Harms [SSW]: Ich sehe dich aber rudern!)

Zunächst aber erlauben Sie mir, Folgendes zu sagen: Erstens. Wir wollen den zeitnahen Ausbau der S 4, wir wollen keine Verzögerung.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir bekennen uns zu der derzeit in Planung befindlichen Trasse, die nach Prüfung verschiedener Trassen als Vorzugsvariante ermittelt wurde.

(Beifall CDU, SPD, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, SSW und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Drittens. Wir wollen angesichts der Klimakrise einen besseren Nahverkehr und die Menschen vom Auto auf die Bahn bringen. Dazu ist die S 4 eines unserer wichtigsten Infrastrukturprojekte.

(Beifall CDU, FDP, SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Erlauben Sie mir, dass ich etwas zur Veranstaltung der Bürgerinitiative an der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck vom 8. Februar 2019 sage. In der Tat: Ich war der einzige Landespolitiker aus Schleswig-Holstein, der da war. Alle sind eingeladen worden.

(Zurufe)

- Ja, ich folge solchen Einladungen, auch wenn es schwierig wird.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Kay Richert [FDP])

Vor vollem Haus habe ich mir die Vorstellung des Gutachtens der Bürgerinitiative durch Herrn Dr. Vieregge angehört.

(Unruhe)

Lassen Sie mich hinzufügen: Ich kann verstehen, dass die Menschen, die die Lasten der Fehmarnbelt-Querung - 78 Güterzüge und 22 Fernzüge - aufnehmen müssen, sich in einer Bürgerinitiative zusammenfinden. Ich sage auch: Wir als Grüne haben immer davor gewarnt, dass die Menschen in Schleswig-Holstein nichts von der Fehmarnbelt-Querung haben - auch wenn das jetzt einige nicht hören wollen -: Sie müssen Lasten tragen und haben keinen Nutzen. Das war unsere Kritik, und wir sehen uns ein Stück weit bestätigt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, selbst Minister Buchholz hat - diesmal nicht zur S 4, sondern zur S 21 - hier in diesem Hohen Haus und an diesem Pult gesagt: Wenn das mein Haus und meine Terrasse gewesen wäre, hätte ich wohl auch eine Bürgerinitiative gegründet. - Da war es die S 21. Ich fand das damals sehr empathisch. Wenn wir ehrlich sind, dann geht uns das genauso. Wenn wir betroffen sind, dann machen wir uns auf den Weg, und dann sagen wir: Wir sind mit dieser Planung nicht einverstanden.

**(Dr. Andreas Tietze)**

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Deshalb habe ich Verständnis dafür, dass sich Menschen bei den Planungen der S 4 einmischen und eine andere Position vertreten, als wir sie vertreten. Sie haben nicht nur ein Recht dazu, sondern sie sind im Planungsverfahren auch dazu aufgerufen.

An dieses Recht - und nur an dieses Recht - habe ich in dieser Veranstaltung erinnert und den Vergleich zur A 20 gezogen. Ich zitiere noch einmal das Gutachten zur A 20: Es müssen alle ernsthaft in Betracht kommenden Alternativlösungen berücksichtigt werden. - So sinngemäß das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig vom 6. November 2013.

Zurück zur S 4. Der Vorschlag, die Trasse zu verlegen, ist eben auch nicht ohne Probleme möglich, sondern würde neue Probleme auslösen, nämlich in Barsbüttel.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nicht nur da! - Weitere Zurufe CDU)

Ich kann den Menschen in Barsbüttel sagen: Es ist keine grüne Politik, die Probleme von der einen Ecke in die andere Ecke zu schieben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Deshalb sage ich auch in Richtung Barsbüttel - Kollege Kilian wohnt ja an der Trasse, Kollege Habersaat auch -: Wir werden auf der Bestandstrasse so schnell wie möglich weiterplanen. Ich sage aber auch: Wenn wir das tun, ist es nicht ausgeschlossen, dass Menschen, die an der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck wohnen, klagen werden. Das wird höchstwahrscheinlich auch zu weiteren Verzögerungen führen.

Deshalb auch mein dringender Appell an die Bürgerinitiative Hamburg-Lübeck: Verzichten Sie im Sinne der Verkehrswende darauf, denn wir brauchen die S 4 schnell. Das sind Lasten, die zu tragen sind. Wir versprechen Ihnen: Wir in Jamaika und in diesem Haus werden alles dafür tun, dass es an dieser Strecke einen besseren passiven Lärmschutz gibt, beispielsweise Lärmschutzmaßnahmen wie Lärmschutzfenster an der Strecke. Wir werden uns aber auch dafür einsetzen, dass endlich aktiv an den Lärmquellen, nämlich an den Fahrzeugen, gearbeitet wird. Dazu gehören besonders leise Güterzüge.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen alles dafür tun, damit Lärm vermieden wird. Das ist das, was wir voranbringen wollen.

Ich sage auch für künftige Planungen: Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten, wie wir klug bei Planungen Menschen mitnehmen können, und zwar frühzeitig und rechtzeitig und nicht erst, wenn das Kind mit dem Bade ausgeschüttet ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Klaus Schlie [CDU])

Gestatten Sie mir zum Schluss noch ein persönliches Wort. Ich bedaure sehr, dass Irritationen entstanden sind. Das passiert jedem von uns, wenn wir an Veranstaltungen teilnehmen, dass wir dort Dinge aus der Situation heraus sagen, weil wir empathisch auf Positionen reagieren, die da vorgetragen werden. Das ist nicht populistisch, sondern das, was ich gesagt habe, entspricht meiner Auffassung, dass man Trassen prüfen sollte. Ich habe aber auch gesagt: Irritationen zu erzeugen, dass wir verzögerten, dass wir nicht das umsetzen wollten, was wir hier vereinbart haben, das war nicht meine Intention. Dafür entschuldige ich mich.

Ich hoffe, dass ich jetzt zur Klarheit beigetragen habe, dass die S 4 jetzt schnell kommt und dass sie zur Verkehrswende beiträgt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Martin Habersaat [SPD])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

(Zurufe CDU und SPD)

**Lukas Kilian [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wissen es alle: Schleswig-Holstein ist keine Modelleisenbahnlandschaft, in der jeder Hobbyverkehrsminister in seinem Keller oder auf dem Dachboden Züge dort fahren lassen kann, wo er das gern möchte. Wir leben in einem Rechtsstaat und haben uns an die Vorgaben des Planungsrechts zu halten. Das schließt Bürgerbeteiligung und Alternativrouten nicht aus.

Ich sage aber ganz deutlich: Wir müssen irgendwann auch einmal Ergebnisse liefern.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Irgendwann muss man zu einer Trasse stehen und einen eingeschlagenen Weg gehen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich diverse Male - ganz nebenbei: auch die Hamburger Bürgerschaft - über die S 4 ausgetauscht, die Planungen begrüßt und

**(Lukas Kilian)**

Gelder zur Verfügung gestellt. Wir haben da eine Verantwortung übernommen, der wir auch gerecht werden müssen.

Dauerhaftes Abwägen, ohne zu einer Entscheidung zu kommen, bringt nichts. Gegenargumente und Druck von Betroffenen müssen wir im Zweifel aushalten. Wir müssen daher zu Entscheidungen stehen und Entscheidungen durchsetzen. Wer es allen recht machen will, wird in diesem Land weder eine Bahnstrecke noch eine Straße, geschweige denn ein Gewerbegebiet, einen Hafen oder einen Flughafen errichten oder erhalten können.

Mehrere Millionen sind in Planungen geflossen. Seit über 10 Jahren wird dieses Projekt in der Region vorangetrieben und diskutiert. Diverse Trassenverläufe wurden geprüft. Gerade hat der Landtag neue Mittel zur Realisierung bereitgestellt. Die politische Botschaft ist klar: Die S 4 wird auf der Vorzugstrasse, auf der sie geplant ist, gebaut werden.

Doch in Hamburg gibt es jetzt eine Bürgerinitiative - diese hat eine Podiumsdiskussion, auf der Kollege Dr. Tietze anwesend war, veranstaltet; darüber ist berichtet worden -, die davon spricht, dass es doch charmant wäre, den Güterzug abzukoppeln und entlang der Autobahn A 1 zu führen.

Der Güterzug weit weg von Wohnbebauung - das klingt auf den ersten Blick total nett, weil man denkt, davon sei gar keiner betroffen. Wie wir inzwischen alle wissen, sind davon sehr wohl auch Kommunen betroffen. Der Güterzug springt ja nicht an die Autobahn heran, sondern müsste durch die Gemeinde Barsbüttel geführt werden und die Gemeinde Großhansdorf queren - beides Gemeinden mit dichter Besiedelung. Ein Güterzug durch diese Wohngebiete hätte erhebliche andere Planungen zur Folge. Deshalb ist die Alternativtrasse, die angeblich ohne Beschwerden möglich wäre und von der diese eine Bürgerinitiative in Hamburg spricht, ein Traumschloss. Ich glaube, es ist klar geworden, dass die Jamaika-Koalition in dieses Traumschloss nicht einziehen wird.

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich danke dem Kollegen Dr. Tietze für die Klarstellung und die Aufklärung. Auch ich glaube, dass das kein Zurückrudern war, sondern dass eine Klarstellung der Position erfolgt ist, weil man sich natürlich auch immer mit Gegnern und Demonstranten über Probleme unterhalten darf.

Der Antrag, den wir als Alternativantrag eingereicht haben, ist fast identisch zu dem Antrag, den

die SPD-Landtagsfraktion eingebracht hat. Allerdings gibt es einen wesentlichen Unterschied: Wir sprechen uns nämlich dafür aus, dass wir die bestehende, das heißt die ausgewählte, Vorzugstrasse nehmen. Wir stellen fest, dass diese Trasse nach Bewertung verschiedener anderer Trassen als diese ermittelt wurde. Es ist eine Mär, dass nur eine einzige Trasse geprüft worden sei und man vor anderen Trassen die Augen verschlossen habe. Nein, ganz im Gegenteil: Der Aufgabenträger, die Deutsche Bahn, hat auch diverse andere Trassen geprüft und sich dann für diese entschieden. Es gab einen Abwägungsprozess. Ich glaube, es ist auch wichtig für das Planungsverfahren, dass wir das an dieser Stelle noch einmal deutlich machen.

(Beifall CDU und FDP)

Zu guter Letzt müssen wir aber auch festhalten: Wir hatten bisher im Landtag 49 Anträge zur S 4. Angesichts dessen verwundert es mich schon ein bisschen, dass ein Bericht in der Zeitung über eine Podiumsdiskussion die SPD derart aufgeschreckt hat, dass sie sofort einen Antrag in den Landtag einbringen musste.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP - Zurufe Birgit Herdejürgen [SPD]  
und Beate Raudies [SPD])

Aber ich begrüße ausdrücklich Ihre verkehrspolitischen Aktivitäten in letzter Zeit.

Ein anderes Thema, über das ich gern mit Ihnen gesprochen hätte, wäre der Baustellenkoordinator. Dazu haben Sie ja einen flotten Antrag gestellt, nachdem wir die Mittel schon eingestellt und die Stelle ausgeschrieben hatten. Das ist Ihnen, nachdem Sie gute Pressemitteilungen dazu hatten, auch aufgefallen; dann haben Sie ihn still und heimlich zurückgezogen. Im Endeffekt war es ein kleines Plagiat.

Aber ich möchte zum Schluss meiner Rede auch mit einer Art von Plagiat enden. Herr Dr. Stegner beendet seine Reden häufig mit einem Zitat; das möchte ich jetzt übernehmen. Helmut Glaßl, ein deutscher Dichter, hat einmal etwas gesagt, was auch zu Ihren verkehrspolitischen Aktivitäten passt:

„Wer sich mit fremden Federn schmückt,  
wird zum komischen Vogel.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP - Thomas Hölck  
[SPD]: Das war gerade richtig flach!)



**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für eines ist die Jamaika-Koalition berühmt geworden, nämlich für das dynamische Vorantreiben der vielen, vielen Infrastrukturprojekte in unserem Land,

(Beifall FDP und CDU - Zurufe SPD: Oh!)

die bis zu unserer Verantwortungsübernahme ja eher schlecht als recht vor sich hindümpelten. Dabei sind viele Verfahren zu entwirren, Ressourcen strukturiert zu verplanen und Hindernisse zu überwinden.

Man muss immer aufpassen mit Lob, besonders dann, wenn derjenige, den man lobt, schon von sich aus ein gesundes Selbstbewusstsein hat. Andererseits macht er macht es ja richtig gut! Was bleibt uns da anderes übrig, als das zu sagen: Herr Dr. Buchholz, Sie machen es gut so!

(Beifall FDP und CDU - Widerspruch SPD)

Als ich Ihren Ausführungen zu diesem Antrag zu Anfang lauschte, Herr Vogel, dachte ich, es sei Sinn und Zweck Ihres Antrags, die Regierungsarbeit zu loben; aber dann kam noch etwas anderes hinterher. Wahrscheinlich war das trotzdem ein bisschen die Intention.

(Beifall FDP)

Früher kam man in Schleswig-Holstein nicht richtig voran, weil hier die Straßen und Wege so schlecht waren. Heute sind da Baustellen. Jeder sieht: Hier geht es voran. Hier weht wieder ein frischer Wind. Hier werden die Ärmel hochgekrempelt. Wir sind dabei, das Land zügig zu reparieren.

(Beifall FDP und CDU)

„Vorangehen“ ist übrigens ein tolles Stichwort. Die Erfahrung, die Reisende hier gemacht haben, war nämlich oft eine andere. Sie sind nämlich nicht vorangekommen. Staus und ständiges Warten waren Alltag. Wir von der FDP wollen, dass die Verkehre fließen, dass die Menschen vorankommen und dass ständiges Warten und Staus überwunden werden. Das gilt für die Straßenverkehre genauso wie für die Schienenverkehre. Gerade in der Metropolregion haben wir ja eine Herausforderung, nämlich Schleswig-Holstein und Hamburg besser miteinander zu verbinden. Der S 4 kommt dabei eine sehr

wichtige Rolle zu, im Westen wie im Osten. So weit, so gut.

Wir haben bereits sehr häufig - hier fiel die Zahl 49 Mal - über die S 4 debattiert. Soweit ich weiß, gab es darüber immer sehr große Einigkeit im Haus. Das haben Sie bestätigt, Herr Vogel.

Es freut mich, zu sehen, dass dem immer noch so ist. Das immerhin ist die Quintessenz dieser Debatte heute. Ich frage mich allerdings, warum es dazu einer weiteren Debatte bedurfte; Neuigkeiten gibt es offensichtlich keine.

(Martin Habersaat [SPD]: Sie haben doch Herrn Tietze gehört! Das war dringend erforderlich!)

- Ich habe Herrn Tietze nicht so verstanden, dass dies dringend erforderlich gewesen wäre. Ich glaube eher, dass er etwas verkürzt zitiert worden ist.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Die verschiedenen möglichen Trassenverläufe sind natürlich geprüft. Niemand stellt den nun gefundenen Verlauf parallel zur Bestandstrasse infrage; das wurde hier noch einmal sehr klar. Das Gesamtprojekt läuft. In der jüngsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses haben wir noch über die Finanzierung der ersten Realisierungsschritte der S 4-Ost zwischen Hamburg-Hasselbrook und Bad Oldesloe gesprochen. Ich weiß gar nicht, was es da noch zu debattieren gibt. Ich freue mich dennoch über die stürmische Zustimmung der Sozialdemokraten zum Handeln unserer Jamaika-Regierung.

(Beifall FDP und CDU)

Ich rege allerdings an, das zukünftig nicht in Debatten vorzubringen, sondern mit neuen Debatten zu warten, bis es tatsächlich etwas zu debattieren gibt.

Ich freue mich außerdem darüber, dass es mit der Instandsetzung der Infrastruktur in Schleswig-Holstein zügig vorangeht, und zwar nicht nur bei der S 4, sondern allgemein, bei allen Straßen, Wegen und Schienen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich verspreche Ihnen, dass wir uns weiterhin für Sie reinhängen werden, dafür, dass es in unserem schönen Land weiter dynamisch vorangeht. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Während die Deutsche Bahn bereits den Ausbau der S 4 zwischen Hamburg und Ahrensburg plant, bringen einzelne grüne Verkehrspolitiker plötzlich eine neue Trasse ins Gespräch und lehnen die Erweiterung der bestehenden Strecke von zwei auf vier Gleise ab. Stattdessen soll der Bau einer neuen Strecke für Fern- und für Güterzüge zwischen Hamburg und Bad Oldesloe geprüft werden, mit einer späteren Verlängerung bis nach Lübeck. Große Worte, große Ziele derjenigen, die sich die totale Verkehrswende auf die Fahne schreiben, die aber dort, wo sie Verantwortung tragen, den Verkehr nicht wenden, sondern schlicht aufhalten.

Warum nun dieser überraschende Querschuss einzelner Grüner? Grundlage ist ein Gutachten im Auftrag einer Bürgerinitiative, also erstellt genau für diejenigen, deren erklärtes Ziel es ist, den Ausbau der bisherigen Bahntrasse zu verhindern. Dieses Gutachten kommt - ganz im Sinne der Auftraggeber und ganz wenig überraschend - zu dem Schluss, dass eine neue Strecke an der A 1 zu geringeren Lärmemissionen führen würde sowie insgesamt verkehrsgünstiger, naturverträglicher und auch noch billiger wäre, immerhin 200 Millionen €. Da kann man schon einmal zuhören; insofern habe ich durchaus Verständnis für den Kollegen. Nachteile dieser neuen Variante gibt es angeblich nicht.

Diese im Auftrag einer Bürgerinitiative erstellte Stellungnahme ist ein sogenanntes Parteigutachten und steht damit nicht auf derselben Stufe wie das Gutachten eines gerichtlich bestellten Sachverständigen. Im Rahmen einer gerichtlichen Auseinandersetzung wäre ein Parteigutachten lediglich als qualifizierter Sachvortrag einer Prozesspartei einzustufen - nicht weniger, aber eben auch nicht mehr.

Die Planungen für die S 4 sind weit vorangeschritten. Eine Einigung mit dem Bund und der Stadt Hamburg über eine Aufteilung der Kosten ist bereits in einigen Monaten zu erwarten. Auch ein Baubeginn im nächsten Jahr bleibt weiterhin möglich. Vor diesem Hintergrund gilt es jetzt mit Nachdruck die bereits vorliegenden Planungen voranzutreiben und rechtssicher auszugestalten. Die überfallartige Planung einer alternativen Trassenführung gehört nach unserer Auffassung nicht dazu.

Herr Dr. Tietze wird in der Landeszeitung vom 27. Februar 2019 damit zitiert - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums -:

„Es ist niemandem damit geholfen, am Ende vor Gericht zu scheitern ...“

- Das ist bei Großprojekten zur Verkehrsinfrastruktur zwar leider richtig, aber keine solide Planungs- und Entscheidungsgrundlage.

Es ist schlimm genug, dass in Deutschland so viele wichtige Infrastrukturprojekte nicht vorankommen, weil klagewütige Naturschutzverbände immer neue Gründe der Blockade finden. Aber deswegen ein bereits begonnenes Vorhaben ad acta zu legen, kann nicht Ihr Ernst sein.

Wir unterstützen den vorliegenden SPD-Antrag für den Ausbau der S 4 parallel zur jetzigen Bestandsstrecke ohne Verzögerung. Dass Jamaika in letzter Minute die großen Pläne einzelner Grüner eingeeht hat und ganz schnell noch einen Alternativantrag vorlegt, ist nur auf den ersten Blick beruhigend, denn solche Querschüsse können jederzeit aus der grünen Ecke kommen - zum Schaden von Planungssicherheit und einer besseren Infrastruktur hier im Land.

(Beifall AfD und Kay Richert [FDP] - Hartmut Hamerich [CDU]: Aus Versehen!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das Projekt S 4 zwischen Hamburg und Bad Oldesloe gehört zu den wichtigsten Verkehrsprojekten für den öffentlichen Personennahverkehr in der Metropolregion Hamburg. Die Forderung nach einer attraktiveren Verbindung, um den Individualverkehr im Hamburger Rand von der Straße auf die Schiene zu holen, existiert seit Jahren.

Mit den steigenden Fahrgastzahlen in den letzten Jahren ist auch die Notwendigkeit für das Nahverkehrsprojekt S4-Ost gestiegen. Mit den Nah-, Regional- und Fernverkehren ist diese Strecke extrem ausgelastet, sodass es zu Behinderungen und zu Verspätungen kommt. Getoppt wird die Situation zuletzt im Hamburger Hauptbahnhof, der komplett überlastet ist und sich zu einem Nadelöhr entwickelt hat.

**(Flemming Meyer)**

Schleswig-Holstein und Hamburg setzen sich beim Bund bereits seit Jahren für den Ausbau der S 4 ein. Das gilt fraktionsübergreifend. Daher war es Ende letzten Jahres auch eine erfolgreiche Meldung, als gemeinsam mitgeteilt wurde, dass das Projekt zügig umgesetzt werden soll.

Gemeinsam haben sich Bundesverkehrsminister Scheuer, Ministerpräsident Günther, Erster Oberbürgermeister Dr. Tschentscher und Bahnvorstand Pofalla positiv zur S 4 ausgesprochen. Bis 2019 soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe demnach alle erforderlichen Vertragsgrundlagen für die Projektierung erstellen. Die Aufnahme des Projekts in den Bundesverkehrswegeplan 2030 als „vordringlichen Bedarf“ und die anteilige finanzielle Einigung mit dem Bund haben dem Projekt zusätzlich Rückenwind gegeben. Damit haben wir erstmals einen Stand erreicht, der das Projekt endlich in eine realistische Dimension versetzt.

Um die weiteren Voraussetzungen für das Projekt zu schaffen, war es notwendig, die Finanzierung der ersten Realisierungsschritte auf den Weg zu bringen. Der Finanzausschuss hat einstimmig für die entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit Hamburg gestimmt, und damit hat Minister Buchholz die notwendige Zustimmung, um die ersten Planungs- und Realisierungsmaßnahmen mit Hamburg in Gang zu bringen. Das zeigt, dass das Projekt eine fraktionsübergreifende Zustimmung hat. Uns als SSW ist durchaus bewusst, dass das Projekt S 4 nicht von allen in der Region befürwortet wird. Es ist nun einmal so, dass solche Projekte entsprechende Auswirkungen für die betroffenen Anwohner haben.

Nach all den bisherigen politischen Bemühungen hier bei uns im Land sowie in Hamburg wäre es aus meiner Sicht jetzt fatal, wenn wir anfangen würden, das Projekt zu hinterfragen beziehungsweise wenn wir jetzt über Alternativtrassen diskutieren würden. Schleswig-Holstein würde sich unglaublich machen gegenüber dem Bund, gegenüber der Stadt Hamburg und gegenüber der Bahn, wenn wir plötzlich von den bestehenden Plänen abweichen würden. Das ist der eine Aspekt.

Eine Abweichung von den bisherigen Planungen würde aber auch das gesamte Projekt um Jahre zurückwerfen, und das hätte für die Pendler fatale Auswirkungen. Das kann nicht gewollt sein. Der Bau der S 4 ist kein Modellbauprojekt, dessen Trassen man nach Belieben verlegen kann. Schleswig-Holstein ist mit dem Projekt S 4 mittlerweile ein sehr gutes Stück vorangekommen, und das sollten wir jetzt nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. - Jo tak.

(Beifall SSW und Kay Richert [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst sagen: Ich freue mich darüber, dass der Antrag zumindest einmal dazu führt, dass wir die große Übereinstimmung noch einmal betonen, mit der wir dieses wichtige Schienenverkehrsprojekt in Schleswig-Holstein haben wollen und dass wir in diesem Haus insgesamt eine breite Zustimmung dafür haben, die S 4 genau auf dieser Trasse auch tatsächlich zu bauen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich habe allerdings gewisse Schwierigkeiten nachzuvollziehen, warum diese Debatte notwendig war, zumal ich im Protokoll der Landtagsitzung, bei der ich selbst auch anwesend war, und zwar in der Sitzung am 7. März 2019, lieber Kollege Vogel, den Kollegen Tietze schon gehört habe. Der hat nämlich schon am 7. März 2019 hier gesagt - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

„Lassen Sie mich noch ein Wort zur S 4 sagen. Es wurde hier gesagt, wir Grüne fordern eine Alternative. Diese Überschrift teile ich nicht. Ich möchte hier feststellen: Wir wollen, dass die S 4 schnell gebaut wird. Es steht keine neue Forderung im Raum ... Mir ist wichtig, dass wir hier nicht auf der Bremse stehen. Wir brauchen die S 4, und wir brauchen sie schnell. Dafür stehen auch die Grünen in dieser Koalition ein. Das wollte ich an dieser Stelle einmal richtigstellen.“

Das war am 7. März 2019, heute ist der 28.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man kann das noch einmal extra debattieren, aber ich glaube, nach der Äußerung des Kollegen Tietze war das gar nicht nötig.

Was nötig ist, meine Damen und Herren, ist allerdings, ein Stückchen darauf hinzuweisen, dass natürlich auch lärmschutzmäßige und sonstige Betroffenheiten nicht nur durch die Fehmarnbelt-Querung zwischen Puttgarden und Lübeck, sondern auch im südlichen Bereich Schleswig-Holsteins entstehen,

**(Minister Dr. Bernd Buchholz)**

an die aber auch - und das ist mir wichtig - gedacht wird. Unser Planungsrecht, das haben wir hier mehrfach gesagt, ist kompliziert. Aber unser Planungsrecht ist eben auch deshalb so kompliziert, weil das, was hier die Bürgerinitiative den Planern vorgehalten hat, nämlich keine Alternativen bedacht zu haben, natürlich längst im Planungsverfahren abgewickelt worden ist. Innerhalb dieses Planungsverfahrens sind selbstverständlich diverse Alternativtrassen geprüft worden.

So ist unter anderem auch die A-1-Variante als Trasse geprüft worden. Sie ist nicht etwa einfach nur so mal eben - schieß mal in die Luft und guck mal, ob es geht, das ist vielleicht zu teuer - geprüft worden, sondern sie ist im Einzelnen geprüft worden. Im Rahmen der Vorplanungen ist in diversen Unterlagen, die übrigens auch im Rahmen der Planfeststellungsunterlagen allen Beteiligten zur Einsicht zur Verfügung stehen, dargelegt, dass die Variante an der Autobahn entlang gegen andere Varianten abgewogen und verworfen wurde, weil sie zu erheblichen, zu massiven Eingriffen insbesondere aufgrund der vorhandenen Bebauung im Hamburger Osten und um die anderen weiteren neuen Trassenteile der Bahnstrecke herum stattfindet. Im Einzelnen heißt es dazu - ich kann das gerne einmal zitieren -:

„Auch die ... untersuchte ... Variante ... entlang der A 1 weist durch ihre Eingriffe in Lebensräume und Umwelt nachteilige Auswirkungen auf, die weit über die hier geplante und eingereichte Variante hinausgehen.“

- Unter anderem geht es um eine deutlich größere Flächeninanspruchnahme und um eine weitere Zerschneidungswirkung der Landschaft.

Und es gipfelt in der Feststellung, die im Planfeststellungsbeschluss ausdrücklich ausgewiesen ist:

„In Hamburg-Hamm und Hamburg-Jenfeld kann keine umsetzbare Trassenführung gefunden werden, da die Bebauungsdichte dort durch die vorhandene Wohnbebauung zu hoch ist.“

Unabhängig davon hat selbst der Gutachter, der bei der Bürgerinitiative an dem Abend gesessen hat und der dort schlank behauptet hatte, das sei im Übrigen auch noch günstiger als die Vorzugsvariante, gleichzeitig aber erklärt, dass es sehr wohl in Barsbüttel und in Großhansdorf ein deutliches Problem gebe, wo man nicht auf einem Gleiskörper, sondern nur über einen erhöhten Damm und dann auch noch durch einen Tunnel bei Großhansdorf die Trasse führen könne. Das hätte übrigens die Baumaßnah-

men so dramatisch verteuert, dass wir bei Weitem nicht über die entsprechenden Kosten reden können, kann man an dieser Stelle nur sagen - und da, liebe Kollegen von den Grünen, möchte ich, dass Sie das auch den Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein mitteilen, das wäre hilfreich -,

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

dass damit jetzt nicht nur in diesem Haus große Einigkeit herrscht, sondern dass man auch bitte der Bürgerinitiative sagt: Das ist geprüft. Es ist keine Variante, die - auch nicht aus ökologischen Gründen - infrage kommt, weil die Flächenversiegelung viel größer ist als auf der bisherigen Variante. Sie schafft zusätzliche Betroffenheiten, sie ist keine echte Variante. - Wir tun gut daran, wenn wir jetzt mit voller Fahrt dafür sorgen, dass das umgesetzt wird, was jahrzehntelang auch in diesem Haus beschlossen und beplant worden ist. Wir wollen jetzt einen zügigen Baubeginn, damit die Menschen im Hamburger Umland auf der S 4 möglichst bald fahren können. Dafür arbeitet die Landesregierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SPD und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1367, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und AfD, die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1385 (neu), abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. - Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir die Damen und Herren des Sozialverbands Deutschland Ortsverband Haseldorf-Hetlingen. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Präsident Klaus Schlie)

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

### Bericht zum Status des Onlinezugangsgesetzes

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1172

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Ich bitte um Ihr Handzeichen, wenn Sie dem zustimmen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile dann für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Schleswig-Holstein will digitale Vorzeigeregion werden,

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN])

und hierfür müssen natürlich auch unsere Verwaltungen modern und möglichst vollständig digitalisiert aufgestellt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP  
und vereinzelt CDU)

Ich bedanke mich daher für den Antrag aus der Jamaika-Koalition und berichte sehr gerne zur Veränderung der Behördenlandschaft im Sinne des Onlinezugangsgesetzes, des OZG. Die Umsetzung des sogenannten OZG ist ein wesentlicher Baustein bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung von Bund, Ländern und Kommunen. Das hat unmittelbare und weitreichende Auswirkungen auf den Digitalisierungsprozess der öffentlichen Verwaltung. Land und Kommunen werden durch das Gesetz verpflichtet, bis spätestens Ende 2022 alle Verwaltungsdienstleistungen auch elektronisch anzubieten, bei denen das möglich ist.

Dabei geht es inhaltlich unter anderem um Angebote für Bürgerinnen und Bürger aus den Themenbereichen Familie, Bildung, Arbeit oder Wohnen und

nahezu allen weiteren Bereichen des Lebens. Weitere Leistungen richten sich an Unternehmen wie zum Beispiel Umwelt-, Abfall- oder Straßenverkehrsbelange. Wir sprechen hier insgesamt von über 575 Themengruppen, in denen weit mehr als 1.500 einzelne Verwaltungsangebote gebündelt sind. Das Gesetz verfolgt einen stark an Nutzerinnen und Nutzern außerhalb der Verwaltung ausgerichteten Ansatz. Neben einem bundesweit einheitlichen Bürger-Login ist die Möglichkeit des Wegfalls von Anträgen durch die intelligente und datenschutzkonforme Verknüpfung von vorhandenen Behördendaten und eine automatisierte Bewilligung von Standardleistungen vorgesehen.

Für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein hat das MELUND ein Projekt zur Umsetzung des OZG eingerichtet, in dem unter Federführung des CEO gemeinsam mit allen Ressorts sowohl die Prozessanalyse als auch die Anforderungserhebung erfolgt wie auch die technische Umsetzung gesteuert wird.

In diesem Zusammenhang hat das MELUND die bundesweite Themenführung für die Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen aus dem Umweltbereich übernommen. Es handelt sich hierbei um circa 60 verschiedene Leistungen, die sowohl vom MELUND als auch von den nachgeordneten Umweltbehörden wahrgenommen werden.

Die Erarbeitung des Themenfelds erfolgt in Kooperation mit dem Land Rheinland-Pfalz, mit dem auch mehrere Digitalisierungslabore durchgeführt werden. In Workshops werden dabei gemeinsam mit Antragstellern und beteiligten Fachreferaten aus beiden Ländern auf den Gesamtprozess ausgerichtete digitale Lösungen erarbeitet. Auch und insbesondere mit den schleswig-holsteinischen Kommunen ist eine intensive Abstimmung gewünscht und erforderlich, denn viele Verwaltungsdienstleistungen werden durch Kreise, Städte und Gemeinden erbracht. Die Kommunen werden somit im Rahmen des OZG eine wesentliche Rolle in der operativen Umsetzung der elektronischen Verwaltungsdienstleistungen einnehmen. Wir sind mit denen gemeinsam dabei gut aufgestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP  
und Lukas Kilian [CDU])

Um diese Rolle angemessen wahrzunehmen, haben die Kommunen Anfang 2019 den IT-Verband Schleswig-Holstein, ITVSH, gegründet. Er bündelt als zentrale Stelle die Fachprozesse der Kommunen. Im Fokus stehen dabei die Nutzerinnen und Nutzer der Dienstleistungen, die wir als Land per-

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

sonell, organisatorisch und finanziell durch den ITVSH unterstützen.

Land und Kommunen werden zudem in enger Absprache ihre Verwaltungsprozesse für eine digitale Umsetzung optimieren. Dazu müssen neben den finanziellen, organisatorischen und technischen auch mögliche rechtliche Anpassungen mitbedacht werden. Wir werden dafür, wenn es nötig ist, Vorschläge für eine Anpassung der entsprechenden Fachgesetze vorlegen und in den Gesetzgebungsprozess des Landtags einbringen.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein - ich wiederhole es - will digitale Vorzeigeregion werden. Hierfür brauchen wir eine moderne digital aufgestellte Behördenlandschaft. Der durch das Onlinezugangsgesetz eingeleitete Transformationsprozess ist somit keine Kür, sondern ein Pflichtprogramm. Die gemeinsame konzentrierte Umsetzung des OZG bis zum Jahr 2022 wird unsere Verwaltung ganz sicher vor Herausforderungen stellen. Aber das bildet eine ganz neue Grundlage für ein erfolgreiches digitales Miteinander in Schleswig-Holstein, und das ist es allemal wert. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

**Lukas Kilian [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Das Onlinezugangsgesetz, OZG, stellt uns alle vor Herausforderungen. Ich finde es gut, und ich danke dem Minister für seinen Bericht, dass er den Anspruch formuliert, dass wir in Schleswig-Holstein digitale Vorzeigeregion werden wollen. „Werden wollen“ heißt aber auch, dass wir es noch nicht sind.

Klar, beim Glasfaserausbau liegen wir infrastrukturell in Deutschland viel weiter als andere, aber auch da sind wir noch nicht da, wo man in einem modernen Land sein könnte. Auch deswegen haben wir da unsere Anstrengungen intensiviert.

Die Digitalisierung darf natürlich nicht vor den Behörden unseres Landes haltmachen. Es wäre ein großer Fehler, wenn man sich bei der Digitalisierung von Behördenprozessen ansieht, wie der Behördenschreibtisch offline aussieht, diesen Prozess transformiert und ihn dann genauso online darstellt.

Nein, man muss die ganzen Prozesse anders denken, und zwar so, dass man sie von dem Computer aus als Nutzer einfach und verständlich nutzen und realisieren kann. Ich denke, dieser Ansatz, der in Schleswig-Holstein verfolgt wird, ist der richtige, um die Digitalisierung dort greifbar zu machen. Der Minister hat das eben dargestellt.

Alle Verwaltungsleistungen müssen bis spätestens Ende 2022 auch digital angeboten werden. Das ist ein anspruchsvoller, aber auch nötiger Rahmen; denn es ist nicht mehr zeitgemäß, Kommunikation, Antragstellung oder Einreichung von Unterlagen an Öffnungszeiten der Verwaltungen zu binden. Insgesamt soll für Bürger und Unternehmen der Gang zur Verwaltung geradezu unnötig werden, stattdessen gibt es einen Zugang zur Verwaltung, der 24/7, also rund um die Uhr, geöffnet hat. Das ist Service, das ist bürgernah, und das ist Digitalisierung im besten Sinne.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich finde es auch sehr gut, dass der Minister darauf eingegangen ist, dass es einen großen Beteiligungsprozess erfordert. Es ist ja nicht so, dass die meisten der Verwaltungsdienstleistungen, mit denen wir im Alltag zu tun haben, bei Landesbehörden stattfinden. Wenn man darüber nachdenkt, was im Alltag passiert, dann stellt man fest, die meisten Verwaltungsdienstleistungen, mit denen man als Bürger zu tun hat, sind die bei den Kommunen vor Ort, das Standesamt, die Pkw-Anmeldung und so weiter. Die Kommunen sind genauso vom Onlinezugangsgesetz betroffen, indem man ein niedrighschwelliges Angebot, einen Onlinezugang errichtet. Deswegen finde ich es gut, dass wir in Abstimmung mit dem ITVSH, dem Verbund der Kommunen, den wir auch finanziell fördern, die Kommunen breit beteiligen und ihnen nicht von oben herab ein Modell überstülpen und sagen: So hat die Digitalisierung zu funktionieren.

Ich halte es auch für wichtig, dass man einen Bürger-Login einrichtet. Wenn ich mir vorstelle, man müsste ein Nutzerkonto beim Standesamt, eins bei der Kfz-Zulassungsstelle und eins beim Bauamt anmelden, dann wäre die Digitalisierung an den ersten Schritten schon gescheitert. Ich weiß das, ich habe mehrere E-Mail-Accounts. Bei dem einen oder anderen nutze ich regelmäßig die Funktion „Passwort vergessen“. Das wird in einem Digitalisierungsprozess, in dem es ganz massiv darauf ankommt, dass der Bürger, der den Antrag einreicht, auch wirklich derjenige ist, für den er sich ausgibt, einen höheren Zertifizierungsaufwand zur Folge haben. Deswegen

**(Lukas Kilian)**

ist es sinnvoll, ein Bürger-Log-in zu haben. Das wäre ein guter Schritt.

Ich glaube, unsere Verwaltung ist auf einem guten Wege, was die Digitalisierung angeht. Ich bin gespannt, ob wir das deutschlandweit hinbekommen. Im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes sind ja unterschiedliche Bundesländer für unterschiedliche Teilbereiche verantwortlich. Bei unserem Umweltministerium scheint mir diese Thematik sehr gut aufgehoben zu sein. - Ich danke für den Bericht und für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

**Dr. Heiner Dunckel [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für Ihren Bericht, der schon deshalb von Bedeutung ist, weil nicht nur der Nationale Normenkontrollrat immer wieder deutlich gemacht hat, dass die Umsetzung des Gesetzes mehr als schleppend verläuft.

Auch in der Öffentlichkeit wird getitelt mit Überschriften wie „E-Government floppt“ oder „Digitales Chaos in der Verwaltung“. Ich hoffe natürlich nicht, dass dieses auch für unser Land gilt.

Ihr Bericht, Herr Minister, gibt Anlass zur Hoffnung, dass Sie, dass wir es in Schleswig-Holstein besser machen wollen, auch wenn wir festhalten müssen, wie der Kollege Kilian es formuliert hat, dass hier noch einiges zu tun ist.

Dies erwarten auch viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Wenn ich den Zahlen des IT-Verbandes Bitkom trauen darf, dann würde auch hierzulande ein Großteil der Menschen Anträge bei Behörden online stellen. Etwa die Hälfte der Menschen würde die An- und Ummeldung des Wohnsitzes am liebsten vom Rechner aus machen wollen, das Kindergeld oder den neuen Personalausweis online beantragen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die andere Hälfte dies noch nicht möchte, also den direkten Kontakt zu ihrer Verwaltung bevorzugt. Allerdings muss auch berücksichtigt werden, dass viele Bürgerinnen und Bürger ihre Verwaltung nur selten aufsuchen. Dies kann man als Argument für die Digi-

talisierung, aber auch als Argument gegen die Digitalisierung anführen.

Darüber hinaus bin ich mir nicht sicher, wie die Zahlen aussehen würden, wenn die Bürgerinnen und Bürger wüssten - es ist schon gesagt worden -, dass es um insgesamt 575 Verwaltungsleistungen geht: Anmeldung zum Kindergarten, Kfz-Zulassung, Wohngeldantrag, Steuererklärung, Rentenleistungen, Baugenehmigung, kurzum: alle onlinefähigen Verwaltungsleistungen.

Mein Eindruck ist zumindest, dass dies bei den Bürgerinnen und Bürgern noch nicht angekommen ist. Hier sind wir gefordert, für Transparenz zu sorgen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger einen Überblick verschaffen und eine Haltung entwickeln können, ob und wie sie digitale Angebote nutzen wollen.

(Beifall SPD)

Die hier von Ihnen in der Koalitionsvereinbarung angekündigte Kommunikationsstrategie kann ich noch nicht so richtig erkennen, zumindest nicht in Bezug auf die Bürgerinnen und Bürger. Leider fehlt im Gesetz das Freiwilligkeitsprinzip für die Kommunen und letztlich auch für die Bürgerinnen und Bürger, das heißt, die freiwillige Entscheidung, sich an dem Verwaltungsportal zu beteiligen beziehungsweise eine Verwaltungsdienstleitung online zu nutzen oder nicht.

Zu denken gibt hier auch, dass die kommunalen Spitzenverbände immer wieder ein partnerschaftliches Vorgehen, den Erhalt ihrer Strukturen und insbesondere das Vermeiden zentralen „Durchregierens“ einfordern. Dies bringt mich zu einer Reihe von Punkten, die unseres Erachtens in der Umsetzung des Gesetzes zu betrachten sind und die Sie in ihrem Bericht, Herr Minister, zum Teil auch schon angesprochen haben.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dunckel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kilian?

**Dr. Heiner Dunckel [SPD]:**

Gerne, jederzeit.

**Lukas Kilian [CDU]:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie dafür plädieren, dass sich die Kommunen freiwillig entweder diesem E-Government-System oder diesem On-

**(Dr. Heiner Dunckel)**

linezugangsgesetz anschließen sollen oder nicht? Und würden Sie - -

- Nein.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Dunckel, Sie müssen schon abwarten, bis der Abgeordnete Kilian seine Frage vollständig gestellt hat. - Danke.

**Lukas Kilian [CDU]:** Und würden Sie nicht davon ausgehen, dass wir, wenn wir das allen Kommunen freiwillig als Möglichkeit an die Hand geben, in Deutschland gerade wieder einen Flickenteppich haben, den wir mit dem Onlinezugangsgesetz ja eigentlich im Zuge der Digitalisierung vermeiden wollen?

**Dr. Heiner Dunckel [SPD]:**

Ich denke, wir müssen uns zunächst der Kritik insbesondere der Kommunalen Landesverbände stellen, die gesagt haben: Wir haben bestimmte Strukturen; wir haben auch zum Teil schon Online-Angebote, und wir erwarten, dass diese berücksichtigt werden. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist - ich komme darauf gleich noch zu sprechen -, eine zentrale Organisation zu wählen, die übrigens auch technische Probleme hat. Darauf aber werde ich, wie gesagt, gleich noch eingehen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Kilian?

**Dr. Heiner Dunckel [SPD]:**

Gerne.

**Lukas Kilian [CDU]:** Halten Sie es dann für sinnvoller, dass jede Kommune mit ihrem bisherigen eigenen System fortfährt, und für weniger sinnvoll, dass man ein einheitliches Bürger-Login macht, mit dem man sich dann überall - ob in der Kommune, der Nachbarkommune oder beim Kreis - anmelden kann?

- Darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Das ist natürlich sinnvoll, hat aber trotzdem eine Reihe von Datensicherheitsproblemen. Aber dass wir eine einheitliche Form - ob das jetzt ein einziges Nutzungskonto ist - realisieren werden, davon gehe ich aus.

Lassen Sie mich noch einmal zu drei oder vier Punkten kommen, die, wie ich denke, zu berücksichtigen sind. Auch Sie, Herr Minister, haben sie

erwähnt, ich würde sie aber gerne noch einmal betonen.

Aus der Systemgestaltung wissen wir, dass wir uns vor einer technischen Lösung erst einmal in einer Systemanalyse, einer Anforderungsspezifikation die Vorgänge ansehen müssen. Dazu werden wir diese auch präzisieren und gegebenenfalls ändern müssen. Erst dann werden wir sie technisch umsetzen können. Viele Verwaltungsvorgänge können und sollten besser gemacht werden. Schon Max Weber wusste: Bürokratie ist gut, Bürokratismus nicht.

Die Vielzahl der Verwaltungsleistungen verlangt ein Datenkonzept und Datenmanagement. Gefordert wird sinnvollerweise und vernünftigerweise ein einheitlicher Nutzerzugang oder das sogenannte Once-only-Prinzip, wonach die einmalige Dateneingabe eines Bürgers dann für verschiedene Ebenen und Bereiche verfügbar ist. Das erfordert aber ein besonderes IT-Sicherheitsmanagement und besondere IT-Standards und technische Kommunikationsstandards. Ein Blick nach Estland zeigt, dass das machbar ist.

Ich will hier nur einige Punkte dazu nennen: Datenmanagement auf mehreren Servern, Private Cloud oder auch die viel zitierte Blockchain. All das sind Punkte, die wir hier berücksichtigen müssen.

Aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger ist nicht die technische Lösung zentral, sondern dass ich über meine Daten selbst bestimmen kann und jederzeit nachvollziehen kann, von wem, wann und wie meine Daten verwendet wurden. Wenn ich richtig informiert bin, dann erhält in Estland jeder Bürger aktiv eine Information, wenn seine Daten „angefasst“ werden.

Da viele Dienstleistungen auf der Ebene der Kommunen angesiedelt sind, stellt sich natürlich die Frage, welche Ressourcen hierfür erforderlich sind und wie das im entsprechenden Gesetz gehandhabt wird. Ob und welche Ressourcen erforderlich werden, konnte ich Ihrem Bericht noch nicht so richtig entnehmen.

Lassen Sie mich in der verfügbaren Zeit noch einen letzten Punkt ansprechen. Viele Kommunen, zumindest ihre Spitzenverbände, haben die Befürchtung geäußert, dass sie die gewachsenen - auch digitalen - Strukturen durch zentrale Vorgaben beeinträchtigt oder gar zerstört sehen. Dies gilt sicherlich auch für Bürgerinnen und Bürger, die weiterhin - insbesondere bei sozialen Dienstleistungen - auf den direkten Kontakt mit ihrer Verwaltung



**(Dr. Heiner Dunckel)**

setzen oder es auch gar nicht anders können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für den Bericht, Herr Minister.

Lange Wartezeiten oder ungünstige Öffnungszeiten in Bürgerbüros kennen wir wohl alle. Wir wissen alle, wie lästig es sein kann, einen Pass zu beantragen oder sich im Rathaus umzumelden. Bei komplizierteren Prozessen kommt sogar die Frage auf: Wo muss ich eigentlich hingehen, um einen bestimmten Antrag stellen zu können? All dies kennt jede und jeder aus dem eigenen Alltag.

Wir Grüne wollen eine bürgernahe und transparente Verwaltung. Dazu gehört in einer digitalen Welt auch, dass Verwaltungsgänge online und ganz eindeutig auch aus einer Hand oder mit einem Account erledigt werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sollte nicht sein, dass man für jedes kleine Formular oder für jede kleine Information zu unterschiedlichen Ämtern pilgern muss.

Während man Waren ohne Probleme online bestellen kann, Reisen online buchen kann oder auch Konzerttickets selbstverständlich online bucht - einige vielleicht auch parallel zur Plenarsitzung -, ist es halt eben bei der öffentlichen Verwaltung noch nicht ganz so der Fall. Daran müssen wir arbeiten. Deshalb ist es gut, dass die Bundesländer insoweit jetzt Tempo machen.

Wir wollen, dass der Fischereischein für den Urlaub an der Ostsee oder die Steuererklärung unbürokratisch von zu Hause aus am Laptop oder unterwegs vom Smartphone aus beantragt beziehungsweise abgegeben werden können. Das Onlinezugangsgesetz des Bundes gibt uns dafür den Rahmen.

Deutschland hat im Bereich E-Government massiven Aufholbedarf. Lassen Sie mich das auch als Teil der dänischen Minderheit sagen, der vor zehn Jahren in Dänemark gelebt hat. Dänemark war vor

zehn Jahren auf diesen Feldern schon deutlich weiter, als es Deutschland jetzt ist. Deswegen ist es gut, dass jetzt gehandelt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist Deutschland ein föderales Land und ein bisschen größer als beispielsweise Dänemark, aber es wird bei uns auch deutlich, dass wir die ganze Entwicklung ziemlich lange verschlafen haben. Wenn es nach uns Grünen geht, passiert auch in Berlin bei der Großen Koalition bei der Digitalisierung viel zu wenig. Jetzt müssen wir 575 Prozesse oder Themengruppen, wie es der Minister nennt, bis spätestens 2022 umgesetzt haben. Davon sind alleine 270 auf Bundes- und Länderebene und ganze 95 auf Ebene der Kommunen. Das wird für uns alle jeweils ein hartes Stück Arbeit, auch bei der Koordinierung untereinander.

Wir als Grüne freuen uns ganz ausdrücklich, dass Schleswig-Holstein die Federführung bei der Erarbeitung der Prozesse für den Bereich Umwelt für das gesamte Bundesgebiet übernommen hat. Umwelt und Digitalisierung sind zwei Zukunftsbereiche, die mit unserem Minister nun jemanden in der Hauptverantwortlichkeit haben, dem man bei der Digitalisierung nun wirklich gar nichts vormachen kann und dem der Datenschutz eine Herzensangelegenheit ist. Ich möchte dem Kollegen Dunckel zustimmen, denn auch darauf wird es jetzt ankommen. Auf der einen Seite geht es um Praktikabilität, die Nutzer- und Bedienungsfreundlichkeit zu erreichen; auf der anderen Seite hat er aber eben auch sicherzustellen, dass die Daten sicher sind und sicher bleiben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit dem Herbst 2018 ist der Fahrplan dafür beschlossen. Jetzt geht es an die Taten, denn wenn wir 2022 damit fertig sein wollen, muss eben noch ganz viel passieren. Deswegen ist es auch gut, dass auf dem Fachkongress des IT-Planungsrats in Lübeck darüber ausführlich diskutiert wurde. Experten und Expertinnen aus Verwaltung, IT und Datenschutz haben zu vielen Fragen im Zusammen mit dem Onlinezugangsgesetz bereits beraten: Was bedeutet die Digitalisierung der Verwaltung eigentlich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung? Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wie ermöglichen wir einen Zugang zur Verwaltung für eine Vielzahl von unterschiedlichen Geräten von Smartphones bis hin zu Smart-Speakern? Welche technischen Herausforderungen gibt es in der Umsetzung, oder wie bringen wir die verschiedenen Verfahren -

**(Rasmus Andresen)**

auch das ist gerade schon angesprochen worden - von Landes- und Kommunalverwaltungen zusammen?

Auf diese und zahlreiche weitere Fragen müssen wir uns jetzt bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes konzentrieren. Uns Grünen sind dabei drei Sachen besonders wichtig: Zum einen müssen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen am Ende eine nutzbare Verwaltungsleistung bekommen - egal, ob diese dann online oder offline passiert. Schnell, unkompliziert und unbürokratisch müssen sich die Menschen im Land an ihre Behörden wenden können und ihre Bescheide erhalten.

Zweitens müssen die Kommunen eng eingebunden werden, denn dort ist die häufigste Schnittstelle zwischen Verwaltung und Mensch. Die unterschiedlichen Prozesse und Angebote in den Kommunen auf einen Nenner zu bekommen, ohne die Verwaltung zu überfordern, ist in der Tat die Hauptaufgabe und wird sehr viel Anstrengung kosten.

Abschließend geht es uns auch darum, nicht nur Dienstleistung bereitzustellen, sondern auch mehr Transparenz und Informationen von öffentlicher Seite für alle Menschen im Land zur Verfügung zu stellen. Dabei geht es dann allerdings nicht nur um die Debatte zum Onlinezugangsgesetz, sondern auch zum Thema Open Data. Als Koalition werden wir dazu sicherlich weitere Initiativen ins Parlament einbringen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter!

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Auf diese Debatte freue ich mich, Herr Präsident. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Holowaty.

**Stephan Holowaty [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Minister, erst einmal ganz herzlichen Dank für Ihren Bericht, den Sie zum Onlinezugangsgesetz abgegeben haben.

Wir haben gehört: Schleswig-Holstein kümmert sich insbesondere um die Verfahren im Bereich Umwelt. Ich freue mich ausgesprochen, dass wir dort auf einem offenbar sehr, sehr guten Weg sind. Wir werden unseren Beitrag - so entnehme ich Ihrem Bericht - bis 2022 leisten können. Das ist eine gute Nachricht, übrigens nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern für die gesamte Bundesrepublik, in der diese Verfahren dann ausgerollt werden.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass im Fokus der Betrachtung des Onlinezugangsgesetzes zunächst das sogenannte Front-End steht, also der Zugang des Bürgers zu den Verwaltungsleistungen. Durch das Back-End, durch die automatisierte Verarbeitung in den Prozessen, durch die Verbindung von Daten verschiedener Quellen, durch die automatisierte Vorgangsvorverarbeitung entsteht nachher noch in der Tat ein weiterer erheblicher Zusatznutzen für die Bürger, nämlich effizientere Prozesse, schnellere Dienstleistungen und klare Verfahren.

Das Bürger-Login spielt dabei eine ganz entscheidende Rolle. Ich glaube, dass wir damit in der Tat noch einiges an Arbeit vor uns haben. Das ist kein Hexenwerk, meine Damen und Herren; viele große Unternehmen haben uns bereits gezeigt, dass ein Login von vielen Menschen, dass persönliche Zugriffe auf persönliche Konten im Grunde genommen technisch möglich sind. Aber glauben Sie mir: Es wird noch eine Menge Arbeit vor uns stehen, bis wir dieses Bürger-Login problemlos haben. Das ist jedoch eine Kernkomponente dafür, dass Verfahren nicht einzeln dastehen, sondern wir über mehrere Verfahren hinweg arbeiten können.

(Unruhe SPD)

- Vielen Dank, Frau Redmann.

(Sandra Redmann [SPD]: Wofür?)

- Dass Sie mich fortfahren lassen.

Meine Damen und Herren, die analogen Wege bleiben bestehen. Das ist eine wichtige Nachricht für die Bürger, die sich mit den digitalen Wegen noch nicht so auskennen. Die analogen Wege bleiben bestehen. Niemand muss befürchten, dass er keinen Zugang mehr zu Verwaltungsleistungen hat. Jeder wird weiterhin auch in seine Verwaltung gehen können, wenn er das will, und seine Verwaltungsvorgänge dort abfragen und dort seine Wünsche vorbringen.

**(Stephan Holowaty)**

Der Minister sagt völlig richtig: Das ist das Pflichtprogramm. - Damit wird unser Land noch keine Vorzeigeregion, aber wir setzen mit allen anderen Bundesländern die Mindestanforderungen des Onlinezugangsgesetzes um. Wir schaffen damit einen Mehrwert für unser gesamtes Land.

Die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse ist eine Facette auf dem Weg, ein digitales Vorzeigeland zu werden. Wir brauchen aber noch mehr Komponenten: Wir müssen den Breitbandausbau vorantreiben, denn wenn es keinen Breitbandausbau gibt, wenn die Menschen gar keinen Zugang zu digitalen Leistungen haben, weil ihnen die Verbindungen, weil ihnen ganz simpel das Kabel fehlt, nutzt uns auch der Onlinezugang nichts.

(Beifall FDP)

Wir brauchen auch weitere und zusätzliche digitale Lösungen in vielen Bereichen. Wir brauchen volle Kraft voraus für E-Government. Da gibt es noch mehr als nur die Verfahren, die im Onlinezugangsgesetz beschrieben sind.

(Beifall FDP)

Wir brauchen Macher in Schleswig-Holstein, die auf Basis einer hervorragenden digitalen Infrastruktur echte Mehrwerte beim E-Government für Bürger und Behörden schaffen. Wir haben diese schlaun Köpfe im Land, meine Damen und Herren, die Lösungen entwerfen. Schauen wir also nicht nur darauf, die Anzahl der Anwendungen in der Verwaltung zu erhöhen, sondern auch darauf, mit welchen kreativen Möglichkeiten wir neue Ideen entwickeln können.

Dazu gehört zum Beispiel das Joint Innovation Lab, das Ende letzten Jahres von unserem Ministerpräsidenten eröffnet worden ist. Das führt verschiedene Player des E-Governments zusammen: die Universität Lübeck, die Stadt Lübeck oder die MACH AG. Das soll die Entdeckung innovativer Lösungen weiter beschleunigen und Verwaltungen, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürger zusammenbringen.

Das Land unterstützt das Joint Innovation Lab jährlich mit 200.000 €. Dazu gehört übrigens auch der E-Government-Lehrstuhl an der Uni Lübeck seit Mai 2018. Bis zum Jahr 2022 investieren wir Landesmittel in Höhe von 1,25 Millionen €. Das sind übrigens genau die Mittel, die die SPD letztes Jahr noch streichen und nach Kiel verlagern wollte. Ich glaube, wir können froh sein, dass wir genau den Lehrstuhl in Lübeck haben.

(Beifall FDP und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, wir brauchen Know-how, wir bauen Know-how in diesem Land auf, und wir müssen das Know-how im Land halten. Das sind drei wesentliche Komponenten. Wir brauchen eine wettbewerbsfähige und fortschrittliche Infrastruktur, die allen Menschen und Unternehmen den Zugang zu digitalen Lösungen verschafft. Wir müssen die Verwaltungsprozesse - Front-End und Back-End - im Onlinezugangsgesetz und darüber hinaus umsetzen. Wir müssen das Know-how aufbauen. Wir müssen Start-ups und Ideen hier im Lande halten. Wir müssen das Know-how, das wir aufgebaut haben, auch hier im Lande halten.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die entscheidenden Punkte, um aus Schleswig-Holstein ein digitales Vorzeigeland zu machen. - Herr Minister, vielen Dank für den Bericht.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volker Schnurrbusch [AfD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

**Claus Schaffer [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Das Onlinezugangsgesetz - OZG - ist nach einer Veröffentlichung aus dem Juli 2018 auf der Homepage der Landesregierung einen wichtigen Schritt vorangekommen. Bis zum Jahr 2022 sollen alle Verwaltungsleistungen digital abgefragt werden können. Wir bewegen uns also in Richtung eines E-Government, bei dem auch kommunale Behörden durch das Land personell und finanziell so ausgestattet werden sollen, dass dieses hohe Ziel erreicht werden kann.

Auch Ihr Bericht, Herr Minister Albrecht, kündigte diese schöne und neue digitale Zukunft an, vielleicht hier und da etwas unscharf, aber dennoch vielen Dank auch von meiner Seite.

Warum aber kommt E-Government in Deutschland nicht so recht vom Fleck, wie es kürzlich auch online zu lesen war? Bisherige Projekte auf dem Weg zur digitalen Verwaltung lassen nämlich genau das vermuten, was hier als stagnierende Entwicklung bezeichnet wird.

Die De-Mail, der E-Ausweis oder verwaltungsinterne E-Akten sind Synonyme für weitgehend ge-

(Claus Schaffer)

scheiterte Projekte. Warum ist das so? Der Verfasser dieser Frage machte zwei wesentliche Faktoren aus: Die Projekte sind nicht ausreichend anwenderorientiert, und sie sind auch nicht kundenorientiert. Das ist nicht allein eine Frage der IT-Technik.

Während der Kunde vor allem einen vereinfachten Zugang zu Serviceleistungen der Verwaltung haben möchte, ist dieser im digitalen Zeitalter natürlich auch an Vorgaben der Datensicherheit und des Datenschutzes gebunden. Das durchaus lösbare Dilemma führt nicht selten dazu, dass in der Verwaltung alte Lösungen für neue Probleme gefunden und Anwender und Kunden nicht angemessen in die Lösungsfindung eingebunden werden.

Wenn der Bürger durch vielfache Sicherheitsabfragen, postalisch mehrfach aufgeteilte Zugangsschlüssel und unverständliche bis fehlerhafte Eingabemasken vom Vorzug des E-Government kaum zu überzeugen sein wird, dann setzt er sich doch tatsächlich lieber in einen Warteraum und wartet, bis seine Nummer aufleuchtet.

Neben einer funktionierenden IT-Infrastruktur und -architektur gibt es noch ein paar andere Dinge, die in der Kommunikation und im Design der Anwendung zu beachten sind. Damit die Digitalisierung zwischen Bürger und Verwaltung gelingen kann, muss die Digitalisierung zuerst im Inneren der Verwaltung funktionieren. Was bringt uns das schönste Bürgerportal, wenn im Hintergrund die Prozesse analog laufen und Medienbrüche der Normalzustand sind?

Auch herkömmliche und gewohnte Verwaltungsabläufe müssen auf den Prüfstand. Wie gesagt, alte Lösungen taugen nicht für neue Problemstellungen. Die klassische, funktionale Arbeitsteilung der Behörden funktioniert im E-Government längst nicht mehr. Digitalisierungsprojekte müssen crossfunktional und über Zuständigkeitsgrenzen hinweg gedacht und umgesetzt werden. Die klassische, hierarchische, für Behörden und Amtsstuben typische Denkweise schadet der Idee des E-Government. Sie blockiert die Anwenderorientierung, indem sie die eigentlichen Anwender aus dem Entscheidungsprozess ausklammert. Die Expertise dieser Fachleute - das sind die Sachbearbeiter in den Behörden, die Basis - bleibt oftmals ungenutzt. Das ist fatal. Digitalisierung ist eben nicht die Fortführung der Papierakte auf elektronischem Weg, sie ist nicht allein das Weglassen von Papier und Bescheid.

(Beifall AfD)

Wer E-Government wirklich will, wird behördliches Arbeiten, die öffentliche Verwaltung, von

Grund auf an den Bedürfnissen des Bürgers ausrichten müssen. Das wird für viele Neuland sein. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

(Unruhe)

- Ich darf das Quartett dort hinten bitten, sich entweder hinzusetzen oder hinauszugehen.

(Anhaltende Unruhe)

**Lars Harms [SSW]:**

Jetzt lösen sich hier jede Menge Quartetts auf. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Andere Länder, speziell wenn wir nach Norden gucken, sind uns auf diesem Feld um einiges voraus. Dieser Hinweis kommt mittlerweile nicht mehr allein vom SSW. Im dänischen System können Sie sich digital von jeder Stelle der Welt 24/7 mit Ihrer zuständigen Verwaltung in Verbindung setzen. Aber das läuft auch über die CPR-Nummer, eine persönliche Identifikationsnummer, die die effiziente Kommunikation zwischen allen staatlichen Registern sicherstellt. Die sind untereinander vernetzt. Auf borger.dk können Sie sich, wenn Sie ein Problem haben, erst informieren, finden dann die Formulare, die Sie brauchen, und lassen sie schließlich im Bearbeitungsprozess mit weiteren Ihrer benötigten Daten automatisch vervollständigen. Erst dann müssen Sie möglicherweise, wenn noch etwas fehlt, etwas eintippen.

In Schweden können wir sehen, wie der Antragsprozess für Sozialhilfe deutlich erleichtert und weniger fehleranfällig gemacht wurde, indem die Bürgerinnen und Bürger ihre Anträge über eine Plattform stellen können, die ebenfalls die Zusammenführung von Daten ermöglicht, sodass die Betroffenen nicht mehr lange nach den Daten forschen müssen.

Als Vorbild für das Konzept unseres Onlinezugangsgesetzes hat unter anderem Estland gegolten, wo es das Once-only-Prinzip gibt - Bürger und Unternehmen müssen den Behörden und Verwaltungen bestimmte Standardinformationen nur noch einmal mitteilen -, das schon seit Jahren gut funktioniert. Deswegen bin ich nach wie vor besonders überzeugt von der Sinnhaftigkeit der Reise des In-

(Lars Harms)

nen- und Rechtsausschusses nach Estland unter dem Schlagwort Digitalisierung.

Nach meinem Empfinden ist es so, dass wir nicht nur in der tatsächlichen Umsetzung, sondern auch im gedanklichen Darauf-Einlassen in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern noch etwas hinterherhinken. Wir befinden uns hierzulande immer wieder im Zielkonflikt zwischen Digitalisierung und Datenschutz. Die Angst vor dem gläsernen Bürger kommt oftmals sogar dann auf, wenn wir über die digitale Datenverarbeitung unserer staatlichen Verwaltungsstrukturen sprechen. Aber wenn wir vorankommen wollen, müssen wir den zukünftigen Nutzerinnen und Nutzern auch sagen, dass es zielführend und nicht besorgniserregend ist, wenn von staatlicher Seite ressortübergreifend auf unsere Daten zugegriffen werden kann.

Das Onlinezugangsgesetz bietet unseren Behörden die Gelegenheit, einige Verwaltungsformulare sprachlich anzupassen. Ich denke da an die Vereinfachung der Behördensprache oder an unseren gemeinsamen Antrag, Steuerformulare diskriminierungsfrei zu gestalten, über den ich mich sehr freue. Gegebenenfalls kann sogar die Kategorie „Geschlecht“ dort, wo sie irrelevant ist, aus den Formularen entfernt werden. Man muss ja ohnehin - selbst wenn es notwendig ist - den dritten Geschlechtseintrag möglich machen. Nicht zuletzt bietet es sich bei dieser Gelegenheit an zu evaluieren, ob man einige Formulare in der bisher bestehenden Form überhaupt noch braucht.

Denken Sie allein daran, wie der Prozess um das Beantragen von Kindergeld vereinfacht werden könnte, wenn Eltern nicht mehr mit der vom Standesamt ausgedruckten, gestempelten und mit einer Gebührenmarke versehenen Geburtsbescheinigung separate Anträge bei der Familienkasse stellen müssten, sondern der digitale Austausch diese Behördengänge ersparen würde, wenn die Daten schon übertragen worden wären! Was würde das unseren Behörden und den Bürgerinnen und Bürgern Zeit und Kosten sparen!

(Dennys Bornhöft [FDP]: Sehr gut!)

Mit dem Onlinezugangsgesetz wurde die Grundlage für eine schnellere Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen geschaffen. Bund und Länder sind seitdem unter Zugzwang, bis 2022 sämtliche Dienstleistungen der Verwaltung auch online anzubieten. Die Liste der digital nutzbaren Verwaltungsleistungen ist lang; es sind knapp 575 Vorgänge, für die digitale Lösungen gefunden werden sollen, allesamt aufgelistet im Umsetzungskatalog. Sie sollen

bürgerfreundlich umgesetzt werden, ohne langes Suchen im Netz soll man erreichbar sein. Das sind alles wunderbare Ziele.

Diese Ziele erreichen wir aber nur, wenn wir vorher gesellschaftlich geklärt haben, wie weit die Digitalisierung gehen soll. Sehen wir den Staat als Serviceorganisation wie in Skandinavien, oder sehen wir ihn weiter als Datenmoloch, dem man nach Möglichkeit so viele Daten wie möglich vorenthalten muss und wo Datenaustausch erst einmal Teufelswerk ist? Nur wer diese Frage klärt, kann sagen, wie der Zielkonflikt zwischen maximal bequemer Datennutzung und Online-Nutzung auf der einen Seite und Datenschutz auf der anderen Seite austariert werden kann. Die skandinavischen Länder zeigen, dass es geht, man muss es nur wollen. Auf den Weg sollten wir uns begeben.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag, Drucksache 19/1172, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Gebührenfreie Meisterinnenprüfung und Meisterprüfung garantieren**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1366

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Nachbarn aus Hetlingen und Haseldorf auf der Besuchertribüne! Seit Oktober 2017 diskutieren wir im Hohen Haus über die Ausbildung von Meisterinnen und Meistern in unserem Land. Zuletzt haben wir uns auf ein Konzept zur Meistergründungsprämie verständigt. Sie ist eine besondere Anerkennung für eine abgeschlossene Meisterinnen- und Meisterausbildung auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Die Prämie ist notwendig, denn die Zahl der Gründungen im schleswig-hol-

**(Thomas Hölck)**

steinischen Handwerk hat seit 2016 um etwa 8 % abgenommen.

(Tobias Koch [CDU]: Was hat die SPD dazu beigetragen?)

- Hören Sie zu, dann werden Sie das schon mitkriegen! - Daher müssen wir die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungen von Meisterinnen und Meistern deutlich erhöhen. Es muss ein viel größerer Pool von potenziellen neuen Unternehmern geschaffen werden.

Bei der Gebührenfreiheit geht es aber auch um Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall SPD)

Es ist nicht einsehbar, dass ein Studium in der Regel kostenfrei und eine Meister- und Meisterinnenausbildung mit einer hohen Ausbildungssumme belegt ist.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Wir wollen die Beitragsfreiheit von der Krippe bis zum Studium beziehungsweise von der Krippe bis zur Meister- und Meisterinnenausbildung.

(Beifall SPD - Zurufe CDU und FDP)

Unternehmensgründungen auf der einen Seite und Ausbildungsbetriebe auf der anderen sind mitentscheidend für die vom Mittelstand geprägte Wirtschaft Schleswig-Holsteins. Dass es dem Handwerk wirtschaftlich gut geht, belegen auch die Zahlen des Statistikamtes Nord von letzter Woche: Das Handwerk in Schleswig-Holstein konnte 2018 seinen Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um ganze 4,6 Prozentpunkte steigern.

(Beifall CDU und FDP)

- Mir ist nicht bekannt, dass Herr Buchholz als Handwerker unterwegs ist. Das wäre vermutlich auch fatal.

(Zurufe CDU und FDP)

Trotz gut gefüllter Auftragsbücher werden die nächsten Jahre für Schleswig-Holsteins Handwerksbetriebe entscheidend sein, denn die Handwerksberufe stehen vor zentralen Herausforderungen, die bewältigt werden müssen: die Sicherung der Unternehmensnachfolge und die Fachkräftegewinnung. Kurz vor Ende der Bewerbungsfristen fehlten beispielsweise im letzten Jahr in den Bereichen Industrie, Handel und Handwerk noch ganze 3.500 Auszubildende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beitragsfreiheit der Aufstiegsqualifikation zur Meisterin und zum Meister kann dazu beitragen, unsere dualen Ausbildungsberufe attraktiver zu machen, und schafft dringend benötigte Anreize für Betriebsübernahmen. Die Forderung nach einer Reform des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes zur vollständigen Übernahme der Lehrgangskosten und Prüfungsgebühren der Meisterinnen- und Meisterausbildung ist längst überfällig. Das sehe nicht nur ich so, sondern auch die Handwerkskammer und die IHK Schleswig-Holstein. Zuletzt hat Jörn Arp, Präsident der Handwerkskammer Schleswig-Holstein, die kostenlose Meister- und Meisterinnenausbildung auf dem Parlamentarischen Abend des Handwerks Schleswig-Holstein gefordert. Es geht schlicht um die Gleichwertigkeit der beruflichen und allgemeinen Bildung.

(Wortmeldung Lukas Kilian [CDU])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Hölck, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kilian?

**Thomas Hölck [SPD]:**

Nein.

(Zurufe CDU)

Es geht um die gleichen finanziellen Rahmenbedingungen der Handwerksausbildung gegenüber dem akademischen Bildungsweg. Die Lehrgangskosten und Prüfungsgebühren müssen in Zukunft entfallen. Wir fordern Sie an dieser Stelle deshalb noch einmal nachdrücklich auf, einen Bundesratsbeschluss zur Änderung des AFBG zu erwirken. Wir stellen diesen Antrag gern noch ein drittes und ein viertes Mal. Ich hoffe aber, dass wir mit diesem erneuten Antrag die Wichtigkeit des Themas noch einmal dokumentiert haben, denn es geht darum, den Handwerkern zu helfen. Es geht darum, jungen Menschen eine Perspektive zu geben.

(Lukas Kilian [CDU]: Ihnen geht die Puste aus!)

Springen Sie über Ihren Schatten, lassen Sie uns gemeinsam versuchen, die finanziellen Barrieren beim Bildungsaufstieg im Handwerk zu beseitigen. Stimmen Sie unserem Antrag zu, und leisten Sie mit uns einen Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Handwerks.

(Beifall SPD)

(Thomas Hölck)

Ich habe dem „Pressespiegel“ entnommen, dass Wirtschaftsminister Buchholz unseren Vorschlag interessant findet. Er hat aber auch gesagt, man kann als Landesregierung nicht immer alles gleichzeitig machen. Das ist ja aus Ihrem Mund richtig demütig, Herr Minister Buchholz. Sie können also auch in Demut verfallen.

(Zurufe FDP)

Ich würde mich freuen, wenn wir uns gemeinsam darauf verständigen könnten, einen Weg zu beschreiten, um die Meisterinnen- und Meisterausbildung kostenfrei zu machen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peer Knöfler.

**Peer Knöfler [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne - mit Erlaubnis - mit einem Zitat, und zwar aus dem Bundeskoalitionsvertrag, dann sind wir alle auf dem gleichen Informationsstand. Im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode steht in den Zeilen 1257 bis 1263 geschrieben:

„Wir werden mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Aufstiegs-BAföG“) finanzielle Hürden für den beruflichen Aufstieg abbauen mit dem Ziel einer weiteren deutlichen Verbesserung beim Unterhaltszuschuss, Erfolgsbonus und bei der Familienfreundlichkeit. Darüber hinaus werden wir den Maßnahmenzuschuss erhöhen. Damit leisten wir einen weiteren Beitrag, um finanzielle Hürden für angehende Technikerinnen und Techniker, Meisterinnen und Meister sowie Fachwirtinnen und Fachwirte im Sinne der vollständigen Gebührenfreiheit zu beseitigen.“

Und in den Zeilen 2977 bis 2979 heißt es weiter:

„Um die berufliche Bildung gerade im Handwerk weiter aufzuwerten, soll sie durch die öffentliche Finanzierung der Meisterprüfung dem kostenlosen Berufsschulstudium stärker angeglichen werden.“

Finanzielle Hürden im Sinne der vollständigen Gebührenfreiheit beseitigen und stärkere Angleichung ans kostenlose Hochschulstudium durch eine öffentliche Finanzierung der Meisterprüfung, so steht

es seit März 2018 im Bundeskoalitionsvertrag, meine Damen und Herren.

Bleiben wir doch gedanklich mal im März/April 2018. Der eine oder andere wird sich vielleicht noch daran erinnern können, was wir vor einem Jahr im Wirtschaftsausschuss thematisiert haben; die Kollegen der SPD aber wohl eher nicht. Es war das Thema: gebührenfreie Meisterprüfung ermöglichen und Meistergründungsprämien schaffen. - Das war Ihr Änderungsantrag aus dem Oktober 2017. Bezüglich der Beschlussfassung helfe ich Ihnen gern ein bisschen auf die Sprünge, denn wie es scheint, hat die SPD diese erfolgreich verdrängt oder schlichtweg vergessen. Oder sollen wir geprüft werden?

Ihr damaliger Antrag 19/271 ist im Wortlaut deckungsgleich mit Ihrem heutigen Antrag, wenn man einmal voraussetzt, dass Kosten und Gebühren das Gleiche meinen. Ihren Antrag haben wir schon vor einem Jahr nach einer umfangreichen Anhörung abgelehnt und sind mehrheitlich zu der Überzeugung beziehungsweise einem Beschluss gekommen. Ich zitiere aus der Beschlussvorlage und dem Bericht und der Beschlussempfehlung vom 5. April 2018 des Wirtschaftsausschusses:

„Stärkung der Fach- und Führungskräfte auf Meisterniveau

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, die Attraktivität beruflicher Weiterbildung auf Meisterniveau durch die Stärkung finanzieller Anreize weiter zu fördern. Konkret wird die Landesregierung gebeten, die von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserungen beim AFBG (Aufstiegs-BAföG) insbesondere hinsichtlich der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren nachdrücklich einzufordern.“

Und jetzt kommt das Entscheidende:

„Ein sich abzeichnender Förderwettbewerb unter den Bundesländern, z. B. durch zusätzliche landesfinanzierte ‚Meisterboni‘ oder ‚Meisterprämien‘, soll vermieden werden“.

Jetzt kommt der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und uns, der Jamaika-Koalition: Bei uns folgen auf Worte Taten!

(Kay Richert [FDP]: Genau!)

Auf Bundesebene wird an dem vierten Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz bereits gearbeitet, und die Landesregierung steht diesbezüglich im laufen-

**(Peer Knöfler)**

den Austausch mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung. Auch Beratungen im Bunderrat haben zum Ziel, bessere Rahmenbedingungen in der Meisterausbildung zu schaffen. Mit der kürzlich beschlossenen Meistergründungsprämie unterstützen wir gezielt das Handwerk und geben einen Anreiz zur Meisterprüfung.

Wir stehen für Anpacken, Sie für Rumschnacken. Beim besten Willen können wir uns nicht erklären, mit welcher Zielsetzung Sie Ihren Copy-and-paste-Antrag aus 2017 noch einmal gestellt haben, und deswegen plädieren wir hier für die Ablehnung des Antrags mit der Begründung, dass die Landesregierung auf diesem Feld bereits agiert. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seine Meisterin oder seinen Meister zu machen, war seit jeher nicht nur eine hohe und anspruchsvolle Qualifikation, sondern auch ein hoher finanzieller Aufwand für die Betroffenen. Mit diesem Antrag will die Opposition sicherstellen, dass künftig für den Erwerb des Meisterinnen- und Meisterbriefes keine Lehrgangskosten und keine Prüfungsgebühren anfallen. - Das ist auch gut und richtig so.

Dieser Antrag ist, und das wurde eben intensiv dargestellt, eine Wiederholung Ihres Antrags mit anschließender Anhörung aus den Jahren 2017 und 2018. Wir haben bereits gehandelt, und wir werden das konsequent fortsetzen.

(Beifall Peer Knöfler [CDU])

Das gilt nicht nur für Meisterinnen und Meister, die die Kosten für ihre Ausbildung zum Teil bezahlen müssen. Wir wollen langfristig die Kosten- und Gebührenfreiheit für sämtliche Ausbildungen und Aufstiegsqualifikationen, das gilt insbesondere auch für die Erzieherinnen.

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung sind heutzutage eine Selbstverständlichkeit. Mit der Einführung der Meistergründungsprämie 2018 sind wir einen ersten Schritt für eine nachhaltige Förderung der Unternehmensgründungen in Schleswig-Holstein gegangen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die Gründe hierfür waren ähnliche wie für die Beitragsfreiheit in der Aufstiegsqualifikation.

Das ist erstens: Wir wollen die Unternehmensnachfolge sichern. Unternehmerinnen und Unternehmer in Schleswig-Holstein sind überdurchschnittlich alt. Wir haben im Handwerk 8.000 Inhaberinnen und Inhaber, die über 55 Jahre alt sind. Es wird in den nächsten Jahren verstärkt zu Betriebsübergaben kommen beziehungsweise kommen müssen. Schon jetzt haben wir branchenübergreifend große Schwierigkeiten, Nachfolgerinnen und Nachfolger zu finden.

Der zweite Punkt sind die Gerechtigkeit und die Chancengleichheit. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, das Aufstiegsfortbildungsgesetz zu überarbeiten, und zwar für alle Berufssparten. Wir müssen zu einem verlässlichen Bildungsversprechen kommen, das lautet: Jeder und jede sollte einen Ausbildungs- und Weiterbildungsweg der eigenen Wahl gehen können - und das völlig unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir vertun enorme Chancen, wenn wir auf das hohe, oftmals besonders kreative Potential derer verzichten, die häufig nicht mit dem berühmten goldenen Löffel im Mund geboren sind und sich deshalb die teure Weiterbildung schlicht nicht leisten können.

(Vereinzelter Beifall FDP)

„Wir wollen Schleswig-Holstein zu einem echten Gründerland machen.“

(Beifall FDP und Lukas Kilian [CDU])

So sagt es der Koalitionsvertrag. Wer gut ausgebildet ist, kann auch gut gründen. Das ist hier die logische Schlussfolgerung.

Der dritte Punkt ist: Wir müssen dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Das haben wir bereits in der 18. Sitzung in dieser Legislaturperiode hier intensiv beraten. Wir brauchen dringend qualifiziertes Personal. Der starke Arbeitsmarkt lockt mit guten Verdienstmöglichkeiten, auch im Sektor der hohen praxisorientierten Qualifikationen. Wir müssen darum werben, dass die Aufstiegsqualifikation innerhalb einer Berufssparte von möglichst vielen Menschen angestrebt werden kann, weil wir diese Fachkräfte dringend brauchen. Wer in seinem Beruf nach Abschluss seiner Ausbildung bereits am Ende seiner beruflichen Entwicklung angekommen ist, wird nicht unbedingt da bleiben wollen, Abwanderungen sind vorprogrammiert.



**(Bernd Voß)**

Hinzu kommt, dass in den klassischen Handwerksbetrieben Meisterinnen- und Meisterpflicht besteht. Wer ausbilden will, muss Meisterin oder Meister sein. Da beißt sich im Grunde die Katze in den Schwanz. Wir brauchen händeringend Fachkräfte, und die müssen ausgebildet werden. Dazu passt, dass zukunftsfest nur ist, wenn man Meisterinnen und Meister unterstützt, damit diese anschließend auch die Ausbildung durchführen können.

Nun kann man sich natürlich fragen: Warum lehnen wir diesen SPD-Antrag hier ab? - Ich glaube, Sie müssen einfach erkennen, dass wir hier im Land an dem Ziel bereits dadurch gearbeitet haben und arbeiten, indem wir die Meisterinnen- und Meistergründungsprämie geschaffen haben, indem wir versuchen, das Thema im Bundesrat konsequent umzusetzen. Vielleicht haben Sie nicht gemerkt, wo Sie hier sind und wo Sie vielleicht auch Mitglied sind: Sie sind auch Mitglied der Bundesregierung und sollten tunlichst sehen, dass Sie Ihren Koalitionsvertrag in diesem wirklich guten Punkt auch umgesetzt bekommen! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP - Sandra Redmann [SPD]: Was Neues fällt euch auch nicht mehr ein!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Kay Richert.

(Unruhe)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Kay Richert [FDP]:**

Vielen Dank, Herr Präsident! - Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft. Hier bei uns ist das Handwerk auch das Rückgrat des Mittelstands. Jedenfalls ist das in Schleswig-Holstein so. Deshalb ist es uns Freien Demokraten auch so wichtig, dem Handwerk die Rahmenbedingungen zu verschaffen, die es braucht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich freue mich sehr darüber, dass Jamaika die Meistergründungsprämie jetzt schon einführen wird - und zwar nicht irgendeine Meistergründungsprämie, sondern mit einer Prämie in Höhe von 10.000 € maximal sind wir echt Spitze, damit können wir uns sehen lassen! Das ist das, was das

Handwerk braucht, und das ist Politik für den Mittelstand.

(Beifall FDP und CDU)

Und natürlich bleiben wir da nicht stehen. Die Landesregierung und die Jamaika-Koalition setzen sich auch weiter dafür ein, die Rahmenbedingungen für Meisterinnen und Meister zu verbessern.

Warum liegen uns die Meisterinnen und Meister denn so am Herzen? Warum bemühen wir uns so, die Rahmenbedingungen für die Meisterinnen und Meister zu verbessern? Warum sind die Meisterinnen und Meister so wichtig für unsere Wirtschaft? - Meister sind zu einem großen Teil Unternehmerinnen und Unternehmer, zumindest aber Teil der Betriebsführung.

Und Meisterbetriebe bieten unserer Wirtschaft sehr viele Vorteile: Meisterbetriebe sind überlebensfähiger. Das ist auch nicht verwunderlich, denn ein Meister erhält während seiner anspruchsvollen fachlichen Ausbildung auch ein betriebswirtschaftliches Rüstzeug. Außerdem bilden Meisterbetriebe mehr aus, sorgen also für den Nachwuchs im eigenen Gewerbe. Das ist ebenfalls nicht verwunderlich, denn die Meisterausbildung enthält neben anspruchsvoller fachlicher und betriebswirtschaftlicher Ausbildung auch pädagogisch-didaktisches Rüstzeug. Eine Meisterausbildung ist also die umfassende, die fundierte, die ideale Vorbereitung auf die Führung eines Betriebes. Wir haben deshalb ein großes Interesse daran, möglichst viele stabile, ausbildende Handwerksbetriebe im Land zu haben.

Für mich persönlich gibt es noch einen weiteren Punkt: Für mich steht die hohe Qualität der handwerklichen Arbeit bei uns in direktem Zusammenhang mit dem Meisterstand. Das sollten wir auf alle Fälle fördern und nicht aufs Spiel setzen.

(Beifall FDP und Peer Knöfler [CDU])

Trotz all dieser Punkte gibt es hier eine Schieflage: Warum ist ein Studium umsonst, während Meisterinnen und Meister fünfstelligen Beträge für ihre Ausbildung bezahlen müssen?

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Nicht umsonst, sondern nur kostenlos!)

Wir wollen, dass die Erneuerung des AFBG dazu genutzt wird, um diese Schieflage zu begradien. Dazu ist die Landesregierung, dazu ist FDP-Minister Buchholz bereits in Gesprächen mit dem Bundesbildungsministerium. - Das finden wir gut, wir stehen hinter Ihnen und unterstützen das sehr gern.

(Beifall FDP)

**(Kay Richert)**

Im Bundestag setzt sich übrigens auch die FDP-Bundestagsfraktion für eine kostenfreie Ausbildung für Meisterinnen und Meister ein. Denn wir wissen: In der Wirtschaft ist der Meister so viel wert wie ein Master. Eine finanzielle Benachteiligung ergibt gerade volkswirtschaftlich überhaupt keinen Sinn.

(Beifall FDP)

Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, war schon einmal Gegenstand unserer Beratungen. Das klang ja schon einmal an. Warum Sie ihn wortgleich noch einmal stellen, erschließt sich nicht. Wir haben damals im Frühjahr 2018 einen Alternativantrag mit dem Inhalt beschlossen, dass sich die Landesregierung für Verbesserungen einsetzt. Dieser Beschluss gilt auch heute noch, und die Landesregierung handelt danach.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir von der FDP und wir in Jamaika wollen Schleswig-Holstein zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland machen. Mit der 10.000-€-Meistergründungsprämie sind wir diesem Ziel wieder einen großen Schritt näher gekommen.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Natürlich lassen wir auch weiterhin nicht nach, wenn es um die Verbesserung der Rahmenbedingungen geht. Liebe Meisterinnen und Meister, ich weiß, Sie brauchen für die Zukunft Ihres Berufsstands ein starkes politisches Bekenntnis. Dieses Bekenntnis haben Sie bereits von uns bekommen, und dieses Bekenntnis möchte ich hier nochmals erneuern: Wir wissen, was Sie für dieses Land leisten, wir stehen hinter Ihnen; wir tun alles, um die Rahmenbedingungen für Sie so zu gestalten, dass Sie auch weiterhin Ihr Bestes für unser Land geben können! - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir jetzt beim Film wären, und manchmal habe ich das Gefühl, wir sind hier beim Film, würde es heißen: Gebührenfreie Meisterprüfung die Zweite. Denn der Antragstext als solches ist gegenüber seinem Vorläufer aus dem Oktober 2017 nahezu unverändert. Lediglich in der Begründung

werden jetzt Fachkräftemangel und Unternehmensnachfolge als Herausforderung in Zeiten des demografischen Wandels genannt. - Soweit auch korrekt.

Trotzdem ist für uns nicht nachvollziehbar, warum wir heute die Debatte zu diesem bereits abgelehnten Ansinnen noch einmal aufrollen sollen. Die ursprüngliche Zielsetzung der SPD war es damals, die gebührenfreie Meisterausbildung mit der Meistergründungsprämie zu koppeln. Nachdem dies nicht geklappt hat, wird nun erneut die Übernahme von Lehrgangskosten und Prüfungsgebühren gefordert.

Doch wir sagen es gern noch einmal: Der Ansatz über das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz ist problematisch. Denn nach diesem Gesetz können nur diejenigen berücksichtigt werden, die auch Leistungen nach diesem Gesetz selbst beziehen.

Die Landesregierung hat mit ihrem im Dezember 2018 vorgelegten Bericht den Schwerpunkt der finanziellen Förderung zu Recht auf den Bereich der Gründungen von Meisterbetrieben gelegt. Diese Priorität halten auch wir für richtig und konsequent, denn die Rahmenbedingungen für die Handwerksbetriebe sind auch weiterhin alles andere als günstig.

Seit der Novellierung der Handwerksordnung im Jahr 2004 und der Festlegung zahlreicher Handwerksberufe als zulassungsfrei ist die berufliche Qualifikation der Existenzgründer in diesem Bereich stark zurückgegangen. Der Anteil der Meistergründungen ist von 2003 bis 2007 deutschlandweit von 76 auf 33,5 % zurückgegangen. Handwerksbetriebe ohne Meister weisen demgegenüber oft nur eine geringe Größe auf und bilden weniger Auszubildende aus. Die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit von kleinen und Kleinstbetrieben ist stark eingeschränkt.

Zu dieser Problematik passen aktuelle Zahlen vom Dezember 2018, wonach die Anzahl sämtlicher gewerblicher Neugründungen in Schleswig-Holstein weiter rückläufig ist und nur 19 % dieser Gründungen eine größere Betriebsstruktur aufweisen.

Das bedeutet: 81 % der gewerblichen Neuanmeldungen entfallen auf Kleingewerbe- und Nebenerwerbsbetriebe. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen übersteigt nach wie vor die Zahl der Neugründungen. Das ist keine gute Entwicklung.

Die Perspektiven für Meisterbetriebe müssen sich in Deutschland grundsätzlich verbessern. Landespolitische Maßnahmen wie die Meistergründungsprämie leisten hierzu einen Beitrag. Das von der

(Volker Schnurrbusch)

Landesregierung veranschlagte Fördervolumen von zunächst 1 Million € im ersten Förderjahr bis hin zu 2,7 Millionen € in den Folgejahren setzt hierfür den richtigen Schwerpunkt. Wir befürworten es daher, dass das Konzept der Meistergründungsprämie, das auch wir unterstützen, erst einmal in der Praxis startet und entsprechende Förderrichtlinien Gestalt annehmen. Parallele Bundesratsinitiativen, die auf eine zusätzliche Ausweitung dieser Förderung abzielen, halten wir derzeit nicht für notwendig. Deshalb werden wir den Antrag auch dieses Mal ablehnen.

(Beifall AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In Schleswig-Holstein wurden laut Statistik im zweiten Jahr in Folge weniger Betriebe gegründet als im Vorjahr. 2018 wurden 3.670 Betriebe gegründet; das waren 4 % weniger als 2017 mit 3.837 Unternehmen. Und im Jahr davor lag die Zahl der Gründungen um 5 % höher. Der Wirtschaftsminister erklärt den Rückgang mit der guten Konjunktur und dem Fachkräftemangel. Das weiß man schon länger: Existenzgründungen werden von der Konjunktur und der Arbeitsmarktentwicklung beeinflusst. Ärgerlicherweise sind damit auch einer Wirtschaftspolitik enge Grenzen gesetzt. Unternehmertum und Gründergeist lassen sich nicht staatlich verordnen. Was wir als Politik dazu beitragen können, sind transparente Regeln, barrierefreie Zugänge und attraktive Rahmenbedingungen.

Damit liegt der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion voll im Trend. Allerdings haben wir genau über dieses Thema bereits vertieft diskutiert - inklusive einer Anhörung im Landtag und einer gründlichen Diskussion.

(Beifall CDU und FDP)

Der Wirtschaftsausschuss hat vor genau einem Jahr, am 28. März 2018, den Antrag unter dem Titel „Gebührenfreie Meisterprüfung ermöglichen und Meistergründungsprämie schaffen“ abgelehnt und stattdessen mit der Jamaika-Mehrheit die Einführung des Meister-BAföGs empfohlen.

(Kay Richert [FDP]: Das ist der Jubiläumsantrag heute!)

Im Übrigen teile ich nicht die Meinung, dass es ohne Meister zwangsläufig zu einer Dequalifizierungstendenz von Gründerinnen und Gründern im Handwerk komme, wie in der Begründung ausgeführt wird. Wer es ernst damit meint, die Gründerkultur in Schleswig-Holstein zu stärken und weiter voranzubringen, der sollte nicht von vornherein anfangen zu differenzieren oder, wie im vorliegenden Fall, den Gründern ohne Meisterabschluss eine Nichtqualifizierung unterstellen. Wenn Schleswig-Holstein den Mittelstand unterstützen will, sollten alle Gründer unterstützt werden, unabhängig davon, ob sie vorher einen Meisterabschluss erworben haben.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Wer den Schritt in die Selbstständigkeit wagt, wird vor großen Herausforderungen stehen. Das gilt für alle Existenzgründer gleichermaßen.

Im Oktober beklagte die „Deutsche Handwerks Zeitung“, dass sich viele Handwerkerinnen und Handwerker von den Kosten der Weiterbildung abschrecken ließen. Allerdings wurden auch große Unterschiede zwischen den Gewerken deutlich: So kosten günstigere Fortbildungen zum Meister - wie die zum Fleischer- oder zum Friseurmeister - um die 4.000 €. Bei anderen dagegen - wie zum Elektrikermeister - kommen Kosten von bis zu 9.000 € zusammen. Dazukommen noch, jeweils abhängig von der Entfernung zur Meisterschule, Kosten für Fahrten und Unterkunft. Die Handwerks Zeitung beruhigt aber; denn Fachleute gehen davon aus, dass diese Kosten wohl durchschnittlich nach vier bis fünf Jahren wieder eingefahren werden können.

Die IHK Schleswig-Holstein hat in ihrer Stellungnahme zu dem letzten Antrag darauf hingewiesen, dass im deutschen Qualifikationsrahmen die Bachelor-Prüfung an einer Hochschule und die Abschlüsse der Aufstiegsfortbildung zum Meister oder zur Meisterin auf einem Niveau gleichgestellt werden. Eine Studentin oder ein Student muss aber keine Prüfungsgebühren berappen und muss - bis auf die Semestergebühren - natürlich auch keine weiteren Kosten befürchten.

Diese Ungerechtigkeit ist mir schon ein Dorn im Auge. Ich bin davon überzeugt, dass die Motivation der Meisterschülerinnen und Meisterschüler unter Kostenfreiheit nicht abnehmen wird. Im Gegenteil, wenn die Ausbildung kostenlos ist, werden sich vielleicht mehr junge Menschen an diese Weiterqualifikation herantrauen. Dazu benötigen wir letztlich eine bundesweite Reform des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes. Damit wäre einem even-

**(Flemming Meyer)**

tuellen Fördertourismus, zum Beispiel im Hamburger Speckgürtel, mittels einer bundeseinheitlichen Regelung ein Riegel vorgeschoben. - Jo tak.

(Beifall Lars Harms [SSW] und Peer Knöfler [CDU])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass wir alles dafür tun, dass Qualifizierungen im Handwerk stattfinden. Es soll mehr dieser Qualifizierungen geben. Wir schicken alles auf die Reise, was dazu einen positiven Beitrag leistet.

(Beifall FDP und CDU)

Wir haben das mit einer Meistergründungsprämie getan. Dabei haben wir einen klaren Schwerpunkt auf die Gründungsthemen gesetzt. In der Tat müssen wir uns irgendwann entscheiden, ob wir das eine oder das andere machen.

Lieber Herr Hölck, ich habe, ehrlich gesagt, mit Ihrem Antrag so meine Schwierigkeiten. Es ist ja nun mehrfach gesagt worden: Am 10. Oktober 2017 wurde er eingebracht. Das war die Zeit, als Sie, die Sozialdemokraten, noch still beobachteten, wie andere Sondierungsgespräche für Jamaika in Berlin führten.

(Zuruf FDP: Erinner uns nicht daran!)

Nun, nachdem die Sozialdemokraten im Koalitionsvertrag auf Bundesebene eine zwar nicht identische, aber immerhin annähernd gleiche Forderung untergebracht haben, stellen Sie hier denselben Antrag freundlicher Weise noch einmal. Eines allerdings fehlt in dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene, nämlich die Antwort auf die Frage, wer dieses gute Anliegen bezahlen soll.

(Zuruf CDU: Herr Scholz!)

Ihr Antrag wäre rasend glaubwürdig, wenn Sie sagen würden: Lieber Kollege Olaf Scholz in Berlin, nimm doch bitte freundlicher Weise in die Hand, dass das, was wir beim BAföG schon an anderer Stelle haben, nämlich die Vollfinanzierung durch den Bund, nun auch für die Ausbildungsgebühren für die Meisterinnen und Meister gilt. Wenn der

Bund die Kosten übernehme, wäre alles in Ordnung.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich bin übrigens ganz bei dem Kollegen Voß - falls das jemand missverstehen sollte. Die Frage der Ausbildungskosten stellt sich nicht nur in Bezug auf die Meisterinnen und Meister, sondern in Bezug auf alle Berufsgruppen, die im AFBG vorgesehen sind. Es geht auch um die Qualifizierungen für Fachwirte, Techniker und andere Fachkräfte. Und ja, natürlich geht es auch um die Erzieherinnen und Erzieher. Warum sollen sie das denn bezahlen? Es wäre sinnvoll, eine einheitliche Regelung für alle zu treffen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insoweit sind wir uns in der Sache einig. Es geht aber nicht an, dass nur wir, gerade aus dem Vollen schöpfend, zusagen, für die eine oder andere Gruppe die Gebührenfreiheit herzustellen, während der Bund die Vollfinanzierung ablehnt, obwohl in den dortigen Koalitionsvertrag vollmundig die Forderung nach Erhöhung der Mittel für das AFBG hineingeschrieben wurde. Bisher ist die Erweiterung des Kostenanteils des Bundes jedenfalls nicht vorgesehen.

Meine Damen und Herren, Beschlüsse fassen zulasten Dritter - das fällt auch mir leicht. Wir im Land können aber aufgrund des Konnexitätsprinzips keine Beschlüsse zulasten unserer Kommunen fassen. Der Bund kann das freundlicher Weise machen. Da lassen wir Sie von der SPD nicht aus Ihrer Verantwortung.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir alle gemeinsam wollen zu gebührenfreien Ausbildungen kommen. Der Ball gehört aber bitte schön auch in das Feld derjenigen, die diesen Stein ins Rollen gebracht haben, das heißt, die das AFBG beschlossen haben.

Wir als Ministerium arbeiten übrigens intensiv an diesem Thema. Wir haben im Bundesrat um Unterstützung für entsprechende Anträge geworben. Diese sind aber alle abgesetzt oder vertagt worden. Sorgen wir jetzt dafür, dass die Bundesregierung das macht, was dieser Landtag mit Mehrheit will, nämlich die Gebührenfreiheit für alle diese Ausbildungsberufe durch eine Finanzierung des Bundes sicherzustellen! Das wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir haben mit der Meister-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

gründungsprämie für das Handwerk in Schleswig-Holstein unseren Beitrag geleistet. Ich glaube, die Handwerkerinnen und Handwerker in diesem Land wissen das zu schätzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Drucksache 19/1366 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion und die Abge-

ordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:30 Uhr**